

leiden
1982
SONDERDRUCK AUS
↗

Bonner Geschichtsblätter

Alfred Herges

Herausgegeben vom
Bonner Heimat- und Geschichtsverein
und dem
Stadtarchiv Bonn

Band 35

Bonn 1984



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545323_0023

Der Kottenforst

Ein Beitrag zur Forstgeschichte Kurkölns
unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Waldeigentums,
des Forstrechts, der Forstorganisation und der Waldnutzung

von Albert Hexges*

Einführung	23
Name und Lage des Kottenforstes	23
Der Kottenforst im Früh- und Hochmittelalter	26
Forstrecht und Forstorganisation	26
Die Jagdbannbestätigung Ottos II. von 973 für die Kölner Kirche	28
Der Kottenforst vom 11. bis zum 16. Jahrhundert	29
Die Abtei Siegburg als Inhaber der Forstrechte	29
Regelungen der Waldnutzung vornehmlich in den Weistümern	31
<i>Holznutzung</i>	34
<i>Waldmast</i>	36
<i>Waldweide</i>	39
Forstorganisation	40
<i>Die Erbförsterämter von Muffendorf und Meckenheim</i>	42
<i>Die Geschworenen zu Muffendorf</i>	43
<i>Das Waldschultheißenamt zu Morenhoven</i>	44
<i>Die Viermänner</i>	44

* Die folgende Untersuchung ist die gekürzte Fassung meiner 1982 der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br. zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegten Inaugural-Dissertation.

Ein herzliches Wort des Dankes sei vorangestellt. Es gilt vor allem meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Dr. Dr. K. Mantel, der mich während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Forst- und Holzwirtschaftspolitik zu dieser Arbeit angeregt hat, und Herrn Professor Dr. J. Pacher für die Übernahme der Betreuung sowie für die vielfältige Förderung und hilfreichen Rat, ohne die der Abschluß dieser Dissertation nicht denkbar gewesen wäre. Herzlichen Dank auch denen, die mir bei der Suche des umfangreichen Quellenmaterials behilflich waren: Herrn Abteilungsdirektor Dr. E. Wisplinghoff, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, und insbesondere seiner Mitarbeiterin, Frau I. Henßen, für die Hilfe beim Lesen und Übersetzen der älteren Archivalien; ferner den Herren Dr. D. Höroldt und Dr. M. van Rey, Stadtarchiv Bonn, Herrn Archivrat H. Linn, Kreisarchiv Siegburg, und Herrn Forstdirektor R. Hocker vom Staatl. Forstamt Kottenforst. Herrn N. Zerlett aus Bornheim gilt mein besonderer Dank für die zahlreichen Diskussionen bei der Durchdringung der heimat- und forstgeschichtlichen Zusammenhänge des Bonner Raumes.

Die Waldgerichte des Kottenforstes	45
<i>Das Waldgeding zu Muffendorf</i>	45
<i>Das Waldgeding zu Morenhoven</i>	46
Der Kottenforst unter den Erzbischöfen und Kurfürsten von Köln	48
Forstgesetzgebung	48
Forstverwaltung	50
Forststrafrecht und Forstgerichtsbarkeit	55
Der Einfluß des Merkantilismus auf die Waldnutzung	56
<i>Forstberechtigungen</i>	56
<i>Holzmarkt</i>	60
<i>Waldmast</i>	66
<i>Waldweide</i>	70
Ursachen der Waldverwüstungen	71
Verbesserung der forstlichen Verhältnisse	76
<i>Forstpolitische Maßnahmen</i>	76
<i>Ansätze einer waldbaulichen und betrieblichen Planung</i>	78
Traditionelle Nutzungsformen der Niederwaldbewirtschaftung	85
<i>Rott- und Schiffelwirtschaft</i>	85
<i>Kopfbolzwirtschaft</i>	86
<i>Lohwirtschaft</i>	86
Sonstige Nebennutzungen	88
<i>Streu- und Plaggennutzung</i>	88
<i>Pottaschegewinnung</i>	89
<i>Bienenweide</i>	89
Holzernte und gebräuchliche Holzsortimente	90
Maßnahmen zur Walderschließung	91
<i>Waldvermessungen</i>	91
<i>Grenzsicherungen und Limitengänge</i>	92
<i>Waldwegebau</i>	94
Ungedruckte Quellen	96
Gedruckte Quellen und Literatur	97

Einführung

Als landschaftsbestimmendes Element hat der Kottenforst schon im Mittelalter auf die Zeitgenossen einen tiefen Eindruck hinterlassen. Als in einer der Wundererzählungen des Caesarius von Heisterbach (gest. 1240) der Teufel schildern will, welche unendlich große Zahl von Teufeln sich, freilich vergeblich, versammelt hätten, um sich der Seele einer Äbtissin zu bemächtigen, sagt er: *„Du kennst den Wald im Cottinforst. An dessen Bäumen gibt es nicht so viele Blätter, als wir dort zusammen waren. Es gibt keinen so großen Wald in unserem Lande.“*¹

Der Kottenforst überstand fast ungeschmälert die verschiedenen Epochen von Rodung und Besiedlung und nimmt somit als großflächiges, nur von vereinzelten Rodungsinseln durchzogenes Waldgebiet in der kulturgeographischen Entwicklung der Niederrheinischen Bucht eine bedeutende Stellung ein; denn gerade in diesem Altsiedelraum richteten sich die Eingriffe des Menschen in das natürliche Landschaftsgefüge gegen den Wald. Die Geschlossenheit verdankt der Kottenforst vor allem seiner Rechtsstellung als herrschaftlicher Forst in Mittelalter und Neuzeit. Kaiser Otto II. unterstellte ihn als Teil eines Jagdbanngebietes (973) der Kölner Kirche. Im Laufe der Besitzverfügung der Abtei Siegburg (1075–1549) war der Kottenforst von einer Phase der waldzersetzenden Okkupation überschattet. Der Verfall der grundherrlichen Autorität der Abtei führte zum Verkauf des Kottenforstes an die Kurfürsten und Erzbischöfe von Köln. Als bedeutendster landesherrlicher Waldbesitz der Kurfürsten von Köln bewirkten die Einflüsse des Merkantilismus auf die Waldnutzung sowie die Überbetonung der jagdlichen Interessen ein Stadium völliger Devastierungen. Nach dem französischen Zwischenspiel (1794–1814) setzte unter Preußen mit dem Beginn der planmäßigen Forstwirtschaft eine Erneuerung des Kottenforstes ein.

Name und Lage des Kottenforstes

Die Bezeichnung ‚Kotten‘ leitet sich vom altkeltischen Wort ‚coat‘ ab und bedeutet ‚Wald‘; im Bretonischen, einer Fortentwicklung der keltischen Sprache, bezeichnet ‚goat‘ noch heute ein Waldstück oder Waldgelände. Die fränkischen Herrscher faßten ‚coat‘ offensichtlich als Eigennamen auf und fügten im Zuge der Einforstungen großer Waldgebiete zur besonderen Kennzeichnung des Rechtsanspruchs des Königs auf diese Waldgebiete den Zusatz ‚forestis‘ = ‚Forst‘ hinzu.²

¹ CASARIUS VON HEISTERBACH, *Dialogus miraculorum*, XII 5. Hrsg. von JOSEPH STRANGE, Köln-Bonn-Brüssel 1851, Bd. I S. 319.

² Zum Begriff ‚Forst‘ siehe H. RUBNER, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hrsg. von A. ERLER und E. KAUFMANN, Bd. I, Berlin 1971, Sp. 1168–1180. Eine andere Deutung hat in einem Artikel im Bonner General-Anzeiger vom 28./29. 1. 1984 in der Rheinischen Chronik S. IV der Sprachwissenschaftler und hervorragende Kenner der rheinischen Toponymie, HORST BURSCH, vorgelegt. Bursch denkt eher an das indogermanisch-keltische Wort ‚kot‘ in der Bedeutung ‚dunkel‘ und verweist auf ähnliche Waldnamen wie Schwarzwald, Finsterwald oder Dunkelwald.

Das Vorhandensein eines „*Rennweges*“ im Kottenforst muß als weiteres wesentliches Kennzeichen eines aus der Frankenzeit stammenden königlichen Forstes gewertet werden. Nach Rübel³ handelt es sich bei diesen auch in anderen Forstgebieten (s. a. Königsforst bei Köln) vorkommenden „*Rennwegen*“ („*ad viam Rennweg*“, 9. Jh.) um systematische Grenzziehungen innerhalb der Forste durch fränkisches Forstpersonal. Kaspers⁴ hingegen deutet ihn in seiner engen, fast ausschließlichen Beziehung zu den fränkischen Forsten als eine volksetymologische Umdeutung von „*regni via*“ = „Reichsstraße“ oder „*regis via*“ = „Königsstraße“.

In den ersten schriftlichen Überlieferungen über den Kottenforst 886 (Gütertausch zwischen der Abtei Prüm und Hartmann) und 973 (Wildbannbestätigung Ottos II. für die Kölner Kirche) begegnen wir der Urfassung „*Cotenforst*“. Seit dem 10. Jahrhundert hat sich die Schreibweise vom ursprünglichen „*Cotenforst*“ bis zum 16. Jahrhundert zum „*Kottenforst*“ gewandelt⁵.

Die Kurfürsten von Köln teilten den Kottenforst, dessen Grenzen erstmals das Wildbannprivileg aus dem Jahre 973, später das Weistum aus dem Jahre 1550, beschreiben, in den „*Großen*“ und „*Kleinen Kottenforst*“, die sich durch einen „*Limitsgraben*“ („*Grenzgraben*“) abgrenzten.

Der „*Kleine Kottenforst*“, der auch „*Gelehnter Kottenforst*“ genannt wurde, stand einzelnen Berechtigten („*Interessenten*“), wie auch den angrenzenden Gemeinden, für die Waldweide und zur Brennholznutzung zur Verfügung („*Interessentenforst*“). Als Synonym treten in den Waldprotokollen des 17. und 18. Jahrhunderts für Kottenforst auch die Bezeichnungen „*Bischoffsholz*“ oder „*Bischoffswald*“⁶ auf.

In neuerer Zeit wurden hoheitsrechtliche Begriffe dem Namen Kottenforst hinzugefügt; während der französischen Besatzungszeit hieß der Kottenforst „*Forêt Impériale*“; 1815–1918, unter Preußen, „*Königlicher Kottenforst*“ und ab 1918 „*Staatsforst Kottenforst*“.

Der Kottenforst gehört naturräumlich zur Niederrheinischen Bucht. Er liegt auf einem über Rheintal und Börde sich erhebenden Plateau, der „*Kottenforstplatte*“⁷. Den natürlichen Grenzverlauf bildet im Südosten das tief eingeschnittene

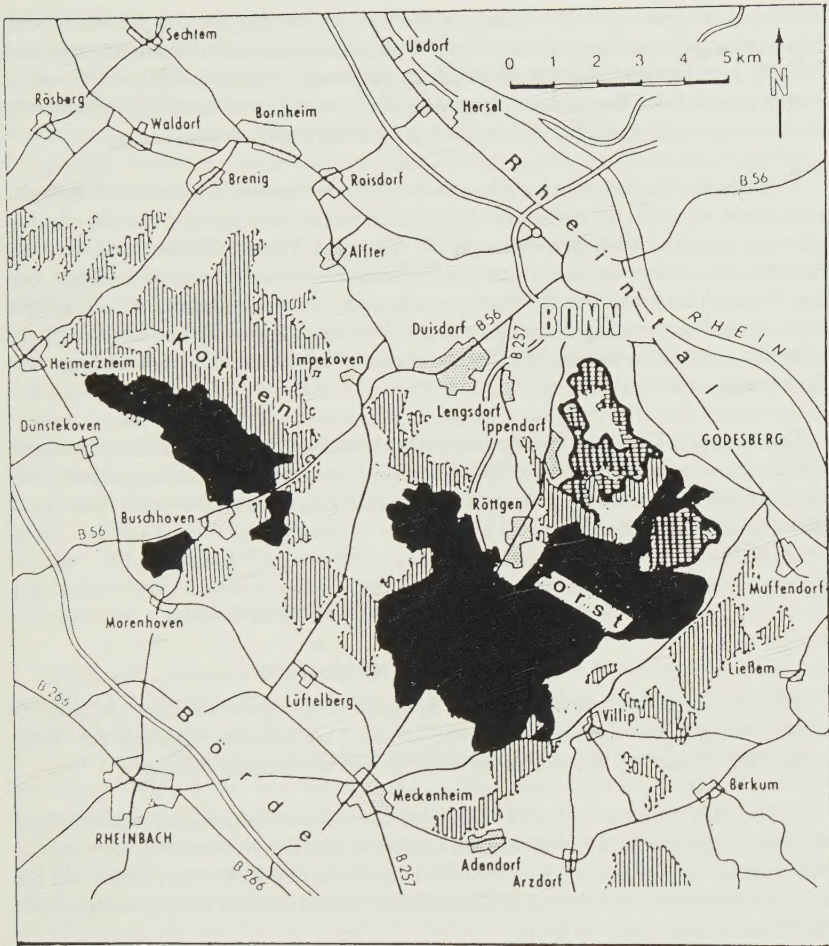
³ K. RÜBEL, Die Franken, Bielefeld-Leipzig 1906, S. 275–287.

⁴ W. KASPERS, Untersuchungen zu den politischen Ortsnamen des Frankenreiches, in: Beitr. zur Namensforsch. 1, 1949, S. 105 ff.

⁵ Im Verzeichnis der an die Abtei Prüm übergebenen Güter heißt es: „... et alia silva in Cotenforst waltamarca habunde“. Vgl. BEYER, Urkundenbuch I, Nr. 120, S. 125; 923: „Cotenforst“ (MGH DO II. 50; LACOMBLET, Urkundenbuch I, Nr. 114); 1211: „Kottinvorst“ (WISPLINGHOFF, Urkunden Siegburg, Nr. 136); 1320: „Kottevorst“ (ebd. Nr. 352); 1387: „Cottenforst“ (ebd. Nr. 524); 1550: „Kottenforst“ (vgl. Weistum von 1550).

⁶ HSTA, Kurköln II, 1636.

⁷ Mit „*Kottenforstplatte*“ ist hier das gesamte Waldgebiet des Kottenforstes vom Godesberger Bachtal im Süden bis zum Bornheim-Breniger Tal im Norden durch zahlreiche Querwerfungen gegliederte Plateau der Hauptterrasse gemeint. Vgl. H. MÜLLER-MINY, Die Abgrenzung der Kölner Bucht als geographisches Problem. In: Köln und die Rheinlande. Festschrift zum Dt. Geographentag, Köln 1961, S. 28 f.; H. MÜLLER-MINY, Geographisch-landeskundliche Erläuterungen zur Topographischen Karte 1 : 50 000, 1. Lfg., Bad Godesberg 1963, S. 26.



Staatswald



Stadtwald Bonn



Privat- und Gemeindewald

Geographische Lage und Besitzverhältnisse im Kottenforst (Stand 1968).

Tal des Arzdorfer- und Godesberger Baches, im Nordosten der Steilabfall der Hauptterrasse zum Rheintal hin. Im Norden sind es kaum auffallende tektonische Verwerfungen, die das Waldgebiet abgrenzen (Braunkohleformationen). Der Westabfall der Kottenforstplatte wird im wesentlichen durch die Verwerfung des Swistsprungs gebildet und verläuft im ganzen ziemlich geradlinig.

Heute wird das Gebiet des „historischen Kottenforstes“ durch eine in sich geschlossene Verwaltungseinheit des Staatlichen Forstamtes Kottenforst abgedeckt, das sich aus den Forstbetriebsbezirken Röttgen, Venne, Schönwaldhaus und Buschhoven zusammensetzt. Im Laufe dieser Untersuchung (insbesondere bei der Entwicklung des Forstrechtes) wurden die oben aufgezeigten natürlichen bzw. verwaltungsmäßig festgelegten Grenzlinien des Kottenforstes oftmals überschritten, sofern sie für die Erklärung forstgeschichtlicher Zusammenhänge von Bedeutung sind.

Die heutigen Grenzen des Kottenforstes bestehen in wesentlichen Abschnitten seit dem Ende der hochmittelalterlichen Siedlungs- bzw. Rodungsperiode, die die Umwandlung von Wald in landwirtschaftlich genutzte Fläche im Rheinland zum Abschluß brachte.

Der Kottenforst im Früh- und Hochmittelalter

Forstrecht und Forstorganisation

Wurden durch Rodung die Waldbestände auf Dauer gemindert und die gewonnenen Flächen rein landwirtschaftlich genutzt, so unterlag daneben der Wald selbst einer Nutzung, die sich in zwei Hauptbetriebsformen vollzog⁸:

a) Der *Röderwaldbetrieb*, der durch eine Ordnung im regelmäßigen Wechsel zwischen der forstlichen und landwirtschaftlichen Nutzung hervorging. Man brannte an bequem gelegenen Stellen den Wald streckenweise nieder, säte für ein paar Jahre Getreide an und ließ, sobald der Boden keinen Ertrag mehr zeigte, den Wald wieder nachwachsen.

b) Der *regellose Plenterbetrieb* in den Waldgebieten, die in Folge ihrer besonderen Rechtsstellung — wie der Kottenforst — als fränkische Königsforste schon früh von größeren Rodungen verschont blieben. Im Gegensatz zur geregelten Waldnutzung der Neuzeit war der regellose Plenterbetrieb die ursprüngliche, aber zugleich „roheste Form“ der Waldnutzung. Der Mensch befriedigte seine Bedürfnisse rein okkupatorisch, was er gerade benötigte, und nutzte wegen der fehlenden Erschließung (Wege) nur die siedlungsnahen Randzonen des Waldgebietes. Das Ergebnis des regellosen Plenterbetriebes waren verlichtete, teils plenterartige Wälder in der Nähe der Siedlungen, in denen der Jungwuchs wegen des hohen Wildbestandes und der ungeordnet betriebenen Waldweide nicht aufkam, oder durch die breit ausladenden Äste der Mastbäume verdrängt wurde.

⁸ BERNHARDT, Geschichte des Waldeigentums S. 236 f.; HILF, Der Wald S. 168; ELLENBERG, Vegetation Mitteleuropas S. 30 f.

Stockausschläge einzelner Laubweichhölzer bildeten einen unvollkommenen, wenig wertvollen Unterwuchs. Der Kern des Kottenforstes wird deshalb in den frühen Perioden noch einen urwaldartigen Charakter gezeigt haben, und die dort stockenden großen Holzvorräte blieben wegen Transportschwierigkeiten größtenteils ungenutzt. Nur sehr hochwertige Nutzholzsortimente, die in den siedlungsnahen Bereichen nicht mehr zu finden waren, dürften plenternd herausgezogen worden sein. Die Köhlerei entwickelte sich als erste Gewerbeform.

Parallel mit der Bewirtschaftung des Waldes entwickelte sich das Forstrecht, das Kaspers für unseren Raum sorgfältig untersucht hat⁹. Aus dem allgemeinen Recht der fränkischen Könige an allem herrenlosen Land und Gut entwickelte sich ein Herrschaftsrecht des Königs über die wirtschaftliche Nutzung alles dessen, was außerhalb der Besiedlung und damit außerhalb bereits vorhandener Beherrschungsrechte lag. Die fränkischen Rechtsreferendare bildeten für dieses Hoheitsrecht des Königs den vermutlich auf ‚foris‘ = „außerhalb“ zurückgehenden Rechtsbegriff ‚forestis‘ = „das außerhalb Befindliche“. Alles was außerhalb anderweitiger Hoheit stand, war nach dem Einfluß des römischen Rechts herrenlos und damit dem Bannbereich des Königs unterlegen. Der König bestimmte solche meist wenig besiedelten Gebiete, in erster Linie Waldgebiete, zur „*forestis nostra*“, d. h. zu einem Rechtsbezirk, in dem die gesamte Nutzung, die Holzmast, Jagd, Fischfang, Rodung und Besiedlung seiner unmittelbaren Verfügungsgewalt unterworfen war.

In den zur „*forestis*“ erklärten Rechtsbezirken waren Nutzungen nur mit besonderer Genehmigung und bei entsprechenden Abgaben¹⁰ möglich. Die Verletzung des Königsbannes durch Unbefugte wurde mit strengen Strafen geahndet. Wenn auch das Interesse der fränkischen Könige an der Jagd bei der Bannung bestimmter Waldgebiete eine wesentliche Rolle spielte und das Jagdrecht in den Forsten grundsätzlich dem Bannherrscher vorbehalten blieb, so sind sie mit fortschreitender Besiedlung doch in immer stärkerem Maße zu Nutzungsbereichen der Umwohner geworden. Waldweide, Eichelmast der Schweine, Holzung, Köhlerei und nicht zuletzt die Rodung und womöglich auch die Ansiedlung im Forstgebiet hatten für die Siedler große wirtschaftliche Bedeutung und trugen dem Forstinhaber nicht zu unterschätzende Einnahmen ein. So dienten die unter Königsrecht stehenden Forsten nicht nur dem herrschaftlichen Jagdvergnügen, sondern auch fiskalischen Interessen und der Förderung des Landesausbaus¹¹.

⁹ H. KASPERS, Comitatus nemoris. Die Waldgrafschaft zwischen Maas und Rhein. Untersuchungen zur Rechtsgeschichte der Forstgebiete des Aachen-Dürener Landes einschließlich Bürgen und Ville, Düren-Aachen 1957 (Beitr. zur Gesch. des Dürener Landes 7 = Zschr. des Aachener Geschichtsver., Beih. 2) S. 18 ff.; zur Herleitung des Begriffs s. den Artikel „Forst“ von RUBNER (wie Anm. 2), Sp. 1170 f.

¹⁰ Als Abgaben wurden dem König das Weidegeld = „*pascuaria*“, der Schweinezehnt für die Eichelmast = „*decima porcorum*“, der noch 1000 Jahre später als „*dechtem*“ oder „*dem*“ eine wichtige Rolle im Forstrecht spielte, und das Ackergeld für Rodeland = „*agrarum*“, „*medem*“, „*Rottzehnt*“ oder „*Neubbruchzehnt*“, das für den Inhaber der Forsthoheit eine gute Einnahmequelle war.

¹¹ WESSLING, Jagdprivileg S. 101; s. auch H. RUBNER, Vom Saltus zum Forst, in: Hist. Jahrbuch 83, 1964, S. 271 ff.

Die fränkischen Forstorganisations- und Rechtsverhältnisse haben sich bis zum Ausgang des Mittelalters erhalten und sind z. T. in modifizierter Form bis Ende des 18. Jahrhunderts wirksam geblieben.

Über die Verwaltung und Organisation des Kottenforstes in der fränkischen Zeit liefern die schriftlichen Quellen leider keine direkten Hinweise. Unter Einbeziehung der Erkenntnisse über den angrenzenden „*comitatus nemoris*“, die „*Waldgrafschaft*“¹², ist es jedoch wahrscheinlich, daß schon in fränkischer Zeit die Verwaltung des königlichen Kottenforstes von der „*villa*“ Muffendorf ausging. In einer Urkunde von 888 bestätigte König Arnulf die durch König Lothar II. (855–869) erfolgte Schenkung des neunten Teils („*nona*“) der Einkünfte jeder Art von 44 königlichen „*villae*“ — darunter Muffendorf — an das Marienstift zu Aachen¹³. Aus der Lage Muffendorfs am Rande des Kottenforstes und der Beobachtung, daß Forstrechte häufig mit königlichen Höfen verbunden waren, besonders mit mehreren der in der Nonenschenkung König Lothars an das Aachener Marienstift genannten, dürfen wir schließen, daß wohl auch Muffendorf Sitz eines „*magister forestariorum*“, eines Forstmeisters also war, der für die Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben mit Gerichtsgewalt ausgestattet war. Mit der Überwachung der Forstnutzung und den Aufgaben des Jagdschutzes waren die „*forestarii*“ (= „Förster“) betraut, denen „*servi forestarii*“, Forstknechte, für die untergeordneten Verrichtungen zur Seite standen. Der Jagdbetrieb wurde von den zum königlichen Jagdfolge gehörenden Jägern, den „*venatores*“, und Falknern, den „*falconarii*“, ausgerichtet.

Die Forste waren Immunitäten. Mit der Rechtswahrung in den Bannforsten beauftragten die Karolinger Sondergerichte, deren Kompetenz sich im allgemeinen auf forstliche Belange beschränkte. Es wurde vom „*magister forestariorum*“ als Vorsitzendem und Richter sowie von den vereidigten „*forestarii*“ als Schöffen besetzt. Es war dem Königsgericht direkt untergeordnet. Zum ersten Mal wird ein solches Forstsondergericht in einer Urkunde Ludwigs des Frommen erwähnt¹⁴.

Die Jagdbannbestätigung Ottos II. von 973 für die Kölner Kirche

Die mit der Errichtung der Forste geschaffene Rechtsordnung erhielt sich weitgehend auch bei dem häufig vorkommenden Übergang der Forste vom König auf andere Rechtsinhaber. Dieser Übergang hat sich im Rheinland bis 1350 fast überall vollzogen. In Bezug auf den Kottenforst setzte er mit dem Jagdprivileg Kaiser Ottos II. vom 25. Juli 973 für die Kölner Kirche ein¹⁵.

¹² KASPER, *Comitatus nemoris* (wie Anm. 9) S. 229.

¹³ Zu Muffendorf s. REINER NOLDEN, Besitzungen und Einkünfte des Aachener Marienstifts von seinen Anfängen bis zum Ende des Ancien Régime, in: *Zschr. des Aachener Geschichtsver.* 86/87, 1979/80 (1981), S. 210, zu den Orten der Nonenschenkung S. 252–269.

¹⁴ E. BAUER, *Soonwald* S. 51.

¹⁵ MGH DO II, 50; LACOMBLET, *Urkundenbuch I*, Nr. 114; FR. W. OEDIGER (Bearb.), *Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter*, I: 313–1099, Bonn 1954–1961, Nr. 510, HÖROLDT, *Tausend Jahre Kottenforst* S. 125–128.

In seiner Urkunde bestätigte Otto II. Erzbischof Gero von Köln eine Schenkung wohl König Ludwigs d. Kindes (900–911)¹⁶, und zwar die Jagd aller Tiere und die Banngewalt über sie im Kottenforst sowie aller Tiere, nämlich Hirsche und Kahlwild, samt Bann über sie mit Zustimmung des Volkes in der an den Kottenforst anschließenden Ville. In beiden Bezirken erhielt der Kölner Erzbischof also Jagdrecht und Jagdhoheit, die übrigen Forstrechte und die Forsthoheit behielt sich der Kaiser offensichtlich vor. Die in der Urkunde durch Grenzangaben näherhin beschriebenen beiden Jagddistrikte Ville und Kottenforst umfaßten etwa 140 000 ha, die damals zu mehr als 60 % aus Wald bestanden¹⁷. Die Übertragung von Jagdrecht und Jagdhoheit „*cum populi consensu*“ erhellet, daß neben König und Kölner Kirche noch Benutzungsberechtigungen Dritter bestanden, hier wohl der Umwohner der Waldungen¹⁸. Tatsächlich begegnen Forstberechtigungen Dritter am Kottenforst seit dem 9. Jahrhundert.

853 übertrug Erzbischof Gunthar von Köln dem Bonner Stift St. Cassius und Florentius neben einem Herrenhof samt dazugehörigem Ackerland das Recht zur Mast von 40 Schweinen und zur Holznutzung „*de foraste vero in ipsa marca in duobus locis*“, an zwei Stellen der Meckenheimer Gemarkung eines nicht näher bezeichneten Forstes, bei dem es sich laut eines späteren Zusatzes jedoch um den Kottenforst handelt¹⁹. 886 erhielt ein Hartmann von der Abtei Prüm u. a. in der „*villa*“ oder Mark Villip einen Hof samt Martinskirche, zu der „*de foreste Casnino*“ die Mast von 300 Schweinen gehörte, zu Lehen, ferner zum Herrenhof in Villip gehörige „*de silvis ad porcos CCCC et alia silva in Cotenforast walt-marca*“, d. h. das Recht zur Mast von 400 Schweinen und andere Waldrechte in der Waldmark Kottenforst²⁰.

Der Kottenforst vom 11. bis zum 16. Jahrhundert

Die Abtei Siegburg als Inhaberin der Forstrechte

Nach der Bestätigung von Jagdrecht- und Jagdhoheit Kaiser Ottos II. von 973 für die Kölner Kirche schweigen die Quellen über den Kottenforst etwa zweieinhalb Jahrhunderte. In einer undatierten Urkunde Abt Gottfrieds von Siegburg von 1211/24 bzw. 1248/59²¹ erhielten die Siegburger Höfe zu Flerzheim und

¹⁶ HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 125; WESSLING, Jagdprivileg S. 102.

¹⁷ Die Flächenangaben, wie auch der Waldanteil, basieren auf Schätzungen des Verfassers. Zum Waldflächenanteil vgl. auch Angaben über die Verteilung der Königsgüter unter den Karolingern, in: J. NIESSEN, Geschichtlicher Handatlas der Deutschen Länder am Rhein. Mittel- und Niederrhein. Köln und Lörrach 1950, Karte 14. Zur geographischen Auswertung des Grenzlängenverlaufs s. A. DITTMAYER, Zur Geographie der Wildbannbestätigung für die Kölner Kirche von 973, in: Rhein. Vjbl. 24, 1959, S. 210 ff.

¹⁸ HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 126; WESSLING, Jagdprivileg S. 106.

¹⁹ OEDIGER, Regesten der Erzbischöfe von Köln, I, Nr. 67 (wie Anm. 15); HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 127.

²⁰ Vgl. BEYER, Urkundenbuch I, Nr. 120 S. 125 f. mit falschem Datum 882; HEUSGEN, Dekanate Meckenheim und Rheinbach S. 363 f.; HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 127.

²¹ WISPLINGHOFF, Urkunden Siegburg, Nr. 136 S. 248; HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 127 f.

Weiler (bei Rheinbach) das gleiche Recht („*ius*“) „*in nemore nostro Kottin-vorst*“, wie es die Holzgenossen zu Meckenheim schon besaßen. Wie diese mußten sie eine Abgabe („*pensio*“) an den Siegburger Hof in Muffendorf entrichten, deren Charakter und Höhe leider nicht genannt sind. „Aus dieser Zahlung geht hervor — und spätere Zeugnisse bestätigen diesen Schluß —, daß dem Muffendorfer Hof der Abtei Siegburg weitergehende Rechte am Kottenforst zustanden. Damit läßt sich aber die große Lücke vom 10. bis 13. Jahrhundert in der Geschichte des Kottenforstes wenigstens etwas überbrücken, indem wir die Geschichte des Hofes bzw. Ortes zurückverfolgen.“ (Höroldt)²².

Anfang des 11. Jahrhunderts ist das Kloster Hersfeld Besitzer des Hofes Muffendorf. Im Jahre 1020 erwirbt Heinrich II. durch Tausch den Hof, um ihn kurze Zeit später dem Marienstift zu Aachen zu schenken, das seine Besitzrechte wohl kaum hat wahrnehmen können, denn kurze Zeit später ging der Hof zu Muffendorf in den Besitz des Kölner Erzbischofs über. In einer Schenkungsurkunde aus dem Jahre 1057 nämlich übertrug ihn Erzbischof Anno Richeza, der Tochter des Pfalzgrafen Ezzo, auf Lebenszeit. Als sie 1063 starb, fiel Muffendorf wieder an die Kölner Kirche zurück, bis Anno den Hof der von ihm 1075 gegründeten Abtei Siegburg schenkte²³. Zwar sind in allen vorgenannten Urkunden Forstrecht und Forsthoheit nicht genannt, doch klebten sie offensichtlich am ehemals königlichen Hofe zu Muffendorf, so daß sie jetzt in Siegburger Besitz übergingen. Da das 973 der Kölner Kirche übertragene Jagdrecht und die Jagdhoheit beim Erzbischof verblieben, stellt sich die Frage nach der Herkunft der übrigen erzbischöflichen Forstrechte und der Forsthoheit. Nach einem im 17. Jahrhundert überlieferten, jedoch um 1400 zustande gekommenen Weistum über den Tomburger Wildbann (hier in der umfassenden Bedeutung von Bann über alles „wilde“ = herrenlose, unbebaute Land)²⁴ schloß dieser eindeutig auch den Kottenforst mit ein. Die Herrschaft Tomburg ging ihrerseits auf die Ezzonen zurück, so daß angenommen werden darf, daß schon die Pfalzgrafenfamilie den Wildbann besessen hatte, ob als Schenkung, Lehen, Amtsgut aus königlicher Hand oder durch Usurpation, steht offen. Aus pfalzgräflichem Besitz ging er wahrscheinlich in erzbischöflich-kölnischen und mit der „*villa*“ Muffendorf in seinem südlichen Teil in Siegburger Abteibesitz über²⁵.

Die Abtei Siegburg behielt fast ein halbes Jahrtausend den südlichen Kottenforst in ihrem Besitz, bis sich Abt und Konvent 1549 entschlossen, ihn nach vielen Übergriffen widerrechtlicher Holznutzungen und mangelhafter Wahrnehmung des Forstschutzes an den Erzbischof von Köln gegen eine Jahresrente von 250 Gulden zu verkaufen, der ohnehin darin berechtigt, dort Landesherr und zudem Besitzer des Forstes zwischen seinen Burgen Poppelsdorf und Buschhoven war. Die Abtei verkaufte den Kottenforst mit dem Holze, den Hutungen, Weiden, Wiesen, Waldrechten, Waldbrüchten und anderen Nutzbarkeiten. Sie behielt sich nur die sog. Viermänner, deren Rechte nach Weistum und altem Her-

²² HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 128.

²³ Wie Anm. 13.

²⁴ HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 126.

²⁵ HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 126–128.

kommen anerkannt wurden, als Vasallen vor, ferner die Pacht-, Zins- und Kurmutsländereien nebst Wein- und Korngülten²⁶.

Ein Jahr später ließ der Erzbischof die ehemals dem Abt von Siegburg zustehenden Rechte im Weistum der Geschworenen zu Muffendorf schriftlich aufzeichnen. Das Weistum gibt die Grenzen des Siegburger Wildbanns wieder, die sich teilweise mit denen des Tomburger Wildbanns decken, und weist dem Abt freie Schäferei, Fischerei und das Jagdrecht auf Niederwild zu — „*sonder hoichwildt*“, das ja schon seit dem 10. Jahrzehnt dem Kölner Erzbischof zustand. Das Weistum beschreibt ferner die vier freien Wege, die vom Muffendorfer Hof u. a. in den Kottenforst führten, regelt den Betrieb der Bannmühle des Siegburger Abtes und führt die Weide- und Holzrechte der Muffendorfer Geschworenen sowie die Berechtigungen Dritter auf²⁷.

Regelungen der Waldnutzung vornehmlich in den Weistümern

Wie das Muffendorfer Weistum von 1550 beiehen sich auch andere Weistümer des Untersuchungsraums z. T. ausschließlich auf Regelungen der Waldnutzung, so daß sie als „lokale Waldordnungen“ aufgefaßt werden können²⁸. In der überlieferten schriftlichen Form entstanden sie meist nach 1400, oft anlässlich von Rechtsstreitigkeiten, doch enthalten sie vielfach älteres Rechtsgut, das auf Versammlungen mündlich gewiesen wurde. Die erste überlieferte Waldordnung für den Kottenforst datiert von 1413. Der Siegburger Abt Pilgrim von Drachenfels wollte hiermit u. a. dem Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Holzvorräten einerseits und den Nutzungsbedürfnissen andererseits sowie der dadurch eintretenden drohenden Gefährdung der Holzversorgung begegnen.

Der Verkauf des Kottenforstes durch die Abtei von Siegburg an den Erzbischof von Köln im Jahre 1549 verbreitete bei den Nutzungsberechtigten die Sorge, althergebrachte Forstberechtigungen zu verlieren, und veranlaßte die Geschworenen zu Muffendorf und die Viermänner sowie den Fronhofsverband von Meckenheim (Lehenleute zu Meckenheim), die althergebrachten Forstrechte schriftlich zu fixieren. Dies war die Geburtsstunde der Weistümer des Kottenforstes von 1550, die wohl zu den bedeutendsten Zeugnissen des spätmittelalterlichen Forstrechts im Rheinland zählen.

Dem Schultheiß und seinen Förstern sowie den Geschworenen des Siegburger Hofes zu Muffendorf kam als Forstorganen des Kottenforstes eine herausragende Stellung zu, wie die im Weistum von 1550 fixierten Forstrechte verdeutlichen. Gegenüber den „konkurrierenden“ Weistümern des Kottenforstes kam dem Muffendorfer Weistum eine höhere Rechtsverbindlichkeit zu, man könnte es daher als „Oberweistum“ bezeichnen. Wir verzeichnen folgende Weistümer mit forstlicher Bedeutung für den Kottenforst:

²⁶ VON MIRBACH, Geschichte des Kottenforstes S. 108 f.

²⁷ HStAD, Kurköln IV 1259 fol. 24, 34; VON MIRBACH, Geschichte des Kottenforstes S. 109–113. GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 657–659 (gekürzt).

²⁸ Vgl. MANTEL, Aufsätze S. 180.

Weistümer mit forstlicher Bedeutung für den Kottenforst:

Waldordnung des Siegburger Abtes ²⁹	1413
Weistum des Morenhover Waldes ³⁰	1463
Weistum zu Buschhoven ³¹	1547
Weistum der Geschworenen zu Villip ³²	1550
Weistum des Forsthofes zu Meckenheim ³³	1550
Weistum des Siegburger Hofes zu Muffendorf ³⁴	1550
Weistum des Dingstuhls Endenich ³⁵	1552
Weistum des Propsthofes von St. Cassius in Endenich ^{35a}	1557.

Der stetige Bevölkerungsanstieg und die dadurch bedingte zunehmende Nutzung des Kottenforstes zeigt eine Entwicklung, die sich vom Übergang der „freien“ zur „geregelten“ Waldnutzung vollzog und in allen Weistümern zur Ausbildung der nachfolgenden Rechtsnormen führte:

1. Bindung von Forstnutzungsberechtigungen an ein bestimmtes Waldgebiet, wobei die Berechtigung vererbt oder verkauft werden konnte (fast alle Forstberechtigungen im Kottenforst und den Markwaldungen, z. B. Anerbenwald Morenhoven).
2. Der Grundsatz des notwendigen Bedarfs: Die Knappheit des Holzes führte zu Nutzungsbeschränkungen; ausnahmslos alle Berechtigungen unterlagen dem Grundsatz des häuslichen Bedarfs (der „Nothdurft“) und entwickelten sich zu festen Nutzungsgrößen- bzw. -einheiten (Holzgewalten oder bei der Mastberechtigung die Anzahl der einzutreibenden Mastschweine). Über den Eigenbedarf hinausgehende Nutzungen, also Verkauf oder Handel des über eine Berechtigung bezogenen Holzes, bleiben untersagt.
3. Ausbildung von Nutzungsprioritäten, die von der ständisch-sozialen Stellung des Berechtigten abhängig war; dem Klerus und dem Adel wurden größere Nutzungsprivilegien als den unteren Bevölkerungsschichten eingeräumt.
4. Besondere Holzzuweisungen an die Forstbediensteten.

Die Weistümer enthalten im Gegensatz zu den späteren Forstordnungen keine Bestimmungen bzw. technischen Anleitungen zur Waldbewirtschaftung.

²⁹ HStAD, Kurköln IV 1259.

³⁰ LACOMBLET, Archiv IV, 6. Bd. S. 229–233; GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 665–667; HStAD, Kurköln IV 529; HANSMANN, Burgarchiv Morenhoven S. 221–225.

³¹ GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 662–664; HANSMANN, Burgarchiv Morenhoven S. 226–229.

³² Kopie im Gudener Arch., vgl. VON MIRBACH, Geschichte des Kottenforstes S. 113.

³³ LACOMBLET, Archiv IV, 6. Bd. S. 347–350; HStAD, Kurköln IV 1259 fol. 101, 520.

³⁴ VON MIRBACH, Geschichte des Kottenforstes S. 109–113; GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 657–659 (gekürzt); HStAD, Kurköln IV 1259 fol. 24, 34.

³⁵ LACOMBLET, Archiv IV, 6. Bd. S. 319–322; GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 661 (gekürzt); HStAD, Kurköln IV 1260 fol. 260.

^{35a} LACOMBLET, Archiv IV, 6. Bd. S. 322–326.

Anno Dñi em tauſent
 fünffhundert
 funffzigk.

Item der höſſe Schoultis haide
 angezeigt offte itz zeil vnd ſtüt
 ſie des Werdigen Apts von Si-
 burg Hocheidt vnd alte gebrauch
 von wegen der Ebuverdiger
 Bründt herren zu Sanct Mariē
 Frieden binnen Coln zu bedringe
 off dem Forſt hofſe gelegen zū
 Meckenheim.

Darauff ſprach der Scherffen Ja.

Sum ersten darauff ſtellte der Schulteis alen vñ meim Werdiger
 Herr der Apts von Siborch ader keine geknechte als er können

^{folgt}
 Derauff hat der Scherffen bedacht auff Neide Jais abende
 ſind her kommen die priuſt von Müſſendort bey dem Forſthofe

Holznutzung

Holz war zu dieser Zeit der einzige und wichtigste Energieträger und somit ein lebensnotwendiger Grundstoff für alle Schichten der Bevölkerung. Der Bevölkerungsanstieg im Mittelalter bedingte die Entwicklung von nutzungsrechtlichen Bestimmungen. Schon Abt Wolfard (I). von Siegburg begrenzte bei der Belehnung der Vasallen im Jahre 1320 die Holznutzungsrechte im Kottenforst auf den notwendigen Bedarf („also wil houltz as hei verbrinnen [verbrennen] mach ind vertzimmern [verbauen] uiss dem Kottenvorst“)³⁶. Allein aus den Begriffen „Holzhauen“ und „Holzsammeln“, die in den ersten Weistümern auftreten, erklärt sich die Qualität des Nutzungsrechtes.

Das Sammeln des Holzes gehörte zum Grundrecht eines jeden und wurde vornehmlich von der ärmeren Bevölkerungsschicht ausgeübt, so daß sich hierfür, insbesondere in den späteren Forstordnungen, der Begriff „*Armenrecht*“ manifestierte. Nach dem Weistum von Morenhoven aus dem Jahre 1463 durften die „*Kütter*“ (Kleinbauern) ihren Holzbedarf nur aus dem Windbruchholz decken. „*Ind of einiche wintfelle fielen, die mogen die kütter zu Morenh. mit burden tragen heim*“^{36a}. Das Recht zum planmäßigen Hauen von gesundem Holz konnte nur durch eine besondere Zuweisung erworben werden und gehörte zu den Nutzungsprivilegien einzelner, in den Weistümern namentlich benannter Personen oder Personenkreise.

Als *Brennholz* wurde nur solches Material verwendet, das als Nutz- und Werkholz nicht tauglich war, also Abfallholz, Dürrhoiz, sog. Weichholz (Erlen, Birken, Weiden, Aspen, Strauchhölzer usw.) und Windbruchholz. Fast ausnahmslos findet sich in allen Weistümern über Nutzungsberechtigungen das generelle Verbot, keine Eichen für Brennholzzwecke zu verwenden. In den Archivalien des 15. und 16. Jahrhunderts begegnet man als Synonym für Brennholz dem Begriff „*Daubholz*“, worunter in Laubholzgebieten die nicht masttragenden Bäume zusammengefaßt wurden.

Die Trennung zwischen Holzsammeln und Holzhauen beinhaltet auch die ökonomische Nutzung der Hölzer. Im allgemeinen bildete die Brennholzerzeugung erst das sekundäre und mittelbare Wirtschaftsziel gegenüber der Bau- und Nutzholzproduktion³⁷. Bis Ende des 16. Jahrhunderts wurde noch kein Mangel an Brennholz beklagt. Erst im 17. Jahrhundert zeichnet sich infolge einer stetigen Bevölkerungszunahme und der dauernden Kriegseinwirkungen ein wesentlich höherer Brennholzbedarf ab, wie die strengeren Nutzungsvorschriften dieser Zeit erkennen lassen. Selbst das Brennholz war seinerzeit anweisungspflichtig. Auf einem Umritt zeichneten die Förster das „*Berechtigtenholz*“ mit dem Weisbeil an.

Bezüglich des *Bauholzes*, auf dessen Erhaltung und Nutzung die wirtschaftliche Tätigkeit sich vor allem konzentrierte, enthalten alle Weistümer des

³⁶ WISPLINGHOFF, Urkunden Siegburg, Nr. 352 S. 447.

^{36a} Weistum von 1463 (wie Anm. 30).

³⁷ ENDRES, Waldbenutzung S. 35 f.

Kottenforstes besondere Schutzbestimmungen, die sich zum Teil aus dem Bestreben, die Altbestände in ihrer Geschlossenheit für die Mastnutzung so lange wie möglich zu erhalten, erklären. Der Bauholzbedarf nahm seit dem Spätmittelalter progressiv zu.

Höroldt³⁸ gibt an, daß für den Bau eines normalen Hauses bis zu 30 ausgewachsene Eichen benötigt wurden, in einer Zeit, als Fachwerkbau in Stadt und Land die Regel und nicht die Ausnahme war. Die Nutzung von Bauhölzern war ohne ausschließliche Berechtigung unter Androhung höchster Strafen verboten und blieb nur einer bestimmten Zahl in den Weistümern namentlich aufgeführter Personen unter Angabe einer festgelegten Nutzungsmenge vorbehalten. Nach dem Weistum von 1550 war jeder Lehensträger aus Meckenheim berechtigt, das zum Hausbau benötigte Eichenholz im Kottenforst zu schlagen; falls die sog. „*Nothdurft*“ dabei überschritten wurde, konnte der Erbförster dem Delinquenten ein Bußgeld von 5 Schilling abverlangen. Gelang diesem aber, das Holz vor dem ihn verfolgenden Förster durch das Dorftor von Meckenheim zu bringen, entfiel die Strafe.

Für öffentliche und insbesondere kirchliche Bauvorhaben galten hinsichtlich der Bauholznutzung Ausnahmegenehmigungen. Der Bürgermeister von Meckenheim erhielt jährlich das Recht, einen Forstbaum zum Nutzen der Gemeinde verbauen zu lassen — und das Weistum führt hierzu weiter aus: „*Falls es nicht bei einem Forstbaum bliebe, soll sich der Abt nicht erzürnen.*“ Nach dem Buschhovener Weistum aus dem Jahre 1547 wird das Recht zur Bauholznutzung aus dem Morenhovener Wald für auftretende Reparaturen an der Buschhovener Kirche ausdrücklich eingeräumt.

Eine besondere Bedeutung unter allen spätmittelalterlichen Forstberechtigten im Kottenforst kommt dem Propst des Bonner Stiftes St. Cassius zu. Schon im Jahre 1413 weist Abt Pilgrim von Drachenfels ohne nähere Angaben dem Propst umfangreiche Forstberechtigungen im Kottenforst zu („*soll beziehen, wat ein Probst von Bonn gebühret*“). Mit der Zunahme des grundherrlichen Machtanspruchs erweitern sich die Rechte der Propstei, die in den Endenicher Weistümern aus dem Jahre 1552 und 1557 neu festgelegt wurden.

Im Weistum von 1552 wurden dem Propst eine unbeschränkte Gewinnung von Bauholz und 10 Wagen Brennholz zuerkannt. Diese Berechtigung ist die einzige, die sich von der quantitativen Nutzungsbeschränkung zu einer territorialen Nutzungsverfügung über einen ganzen Walddistrikt im Kottenforst erweiterte. In älteren Kartenwerken finden wir deshalb im nordöstlichen Teil des Kottenforstes einen Ausschnitt als „*Probstforst*“ oder „*Probsteyische Büsche*“ gekennzeichnet³⁹. Das exklusive Vorrecht einer flächenweisen und unbeschränkten Nutzung

³⁸ HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 131.

³⁹ Zu den den Kottenforst betreffenden Waldflurnamen s. HERBERT MÜLLER-HENGSTENBERG, Waldflurnamen im Kottenforst, in: Bonner Geschichtsbll. 30, 1978, S. 26–43, und DERS., Flurnamen in Röttgen und Ückesdorf, ebda. 28, 1976, S. 24–36, ferner DERS., Waldflurnamen im nördlichen Kottenforst, ebda. 36, 1984 (im Druck).

behielt das Stift St. Cassius auch unter den Kurfürsten von Köln; denn als der Kottenforst an den Kölner Erzbischof überging (1549), wandte sich der Bonner Propst Johannes Gropper im Jahre 1558 in einer Protestnote an den Abt zu Siegburg, damit dieser sich als Vermittler für die alten Gerechtsame der Propstei einsetze⁴⁰. Nur das Recht der Hohen Jagd behielten sich die Kurfürsten im Propstforst vor; hingegen bezog der Propst das Recht zur „*Kleinen Jagd*“ aus dem Weistum von 1552.

Der Propst war als Grundherr der „*Propsteilichen Herrlichkeit*“ auch mit der Gerichtsgewalt ausgestattet und konnte in seinem Wald Holzfrevler zur Rechenschaft heranziehen⁴¹. Nach dem Weistum von 1557 erkennen die Geschworenen dem Propsthof vier „*Stapel-Hofstätten*“ als Lehen zu. Die vier Lehensleute hatten das Recht, 30 Schafe und einen Widder auf die Trift zu schicken.

Waldmast

Die Mastnutzung spielte während des späten Mittelalters eine bedeutende Rolle, einmal wegen des Schweinefleisches, zum andern auch wegen der für den Eintrieb der Schweine zu entrichtenden Abgabe, dem „*Dechtem*“ oder dem „*Schweinezehnt*“. Die Einkünfte, die dem Abt zu Siegburg aus der Mastnutzung im Kottenforst und später dem Kurfürsten von Köln zufließen, waren beträchtlich.

Nach dem Verlesen des Weistums auf dem Waldgeding schloß sich eine Waldbesichtigung der Geschworenen zu Muffendorf und der Viermänner unter der Führung des Waldschultheißen an⁴². Der Zeitpunkt der Eckernbesichtigung entwickelte sich zu einem festen Datum. Im „*Capitulare de villis*“ aus dem späten 8. Jahrhundert wird der 1. September als Besichtigungstag angegeben⁴³. Nach der ersten Waldordnung des Kottenforstes (1413) sollte die Besichtigung des Waldes in der Woche nach Maria-Himmelfahrt (15. August) stattfinden.

Die Einbeziehung witterungsbedingter Faktoren bei der Schätzung der zu erwartenden Eichelmast war seinerzeit schon bekannt und wurde bei der Festlegung der Ausschöpfungsmöglichkeiten der Mast berücksichtigt. Im Jahre 1596 konstatierte man deswegen: „*Wenn in Zukunft kein einfallender Frost anstünde, sind der Eckeren so erschienen zeitlich und sie reif werden*“⁴⁴.

Schon im 9. Jahrhundert wurde das Recht zur Mast im Kottenforst auf eine bestimmte Anzahl Schweine festgelegt. Erzbischof Gunthar von Köln verlieh dem Propst des Bonner Cassiustiftes im Jahre 853 das Recht, 40 Schweine und einen Beren (Zuchteber) an zwei Waldstellen einzutreiben. Bemerkenswert dabei ist, daß die Anzahl nach über 500 Jahren im Muffendorfer Weistum erneut bestätigt wird; ein Beweis für die Kontinuität der Forstberechtigungen im Spätmittelalter.

⁴⁰ StAB, Gräflich Westerholtsche Akten 1.

⁴¹ Weistum von 1552: „*Item overhau* (Holzfrevel), *jeder Stumpf dem Probst fünf Mark*“.

⁴² Weistum von 1550, HSTA Kurköln, IV, 1259.

⁴³ C. L. TEN CATE, *Wan god mast gift* S. 67.

⁴⁴ HSTA, Kurköln IV, 546.



Schweinehirten bei der Eichelmast im 15. Jahrhundert.

Die Vasallen des Siegburger Abtes erhielten das Recht zur Mast in den Lehenbriefen für 30 Schweine und einen Beren. Dieses Recht war erblich oder ging durch Verkauf auf den neuen Inhaber über⁴⁵. Die ständische Abstufung der Mastberechtigungen wird insbesondere in dem Weistum der Geschworenen von Muffendorf aus dem Jahre 1550 deutlich. Hiernach war den Geschworenen und den Meckenheimer Lehenleuten die Mastberechtigung nur nach dem Grundsatz der „*Notdurft*“ eingeräumt; sie durften nur so viele Schweine eintreiben, „*als ihnen vonnoethen ist zu ihrer Haushaltung sonder Arglist* (also kein Verkauf) ... *oder was sie auf ihren Trögen ziehen können*“.

Neben dem Kreis der Privilegierten konnten auch die Bauern der umliegenden Gemeinden gegen eine Abgabe von durchschnittlich 4 Pfennigen pro Schwein an der Mast im Kottenforst teilnehmen. Falls die Mast in einem Jahr gering ausfiel, erhielten sie jedoch nur das Recht zur „*Nachmast*“ bzw. zur „*Buchenmast*“.

Im benachbarten Morenhovener Anerbenwald bildete sich ebenfalls eine Hierarchie bei der Nutzungsregelung aus. So räumte das Waldgeding dem Schall von Bell als dem „*obristen nachbar*“ ein, „*nach altersgebrauch die mastschweine drei dag vor die anerbensschwein ungebrannt auftreiben zu lassen*“⁴⁶.

Nach der Eckernbesichtigung bestimmten die Erbförster diejenigen Stellen im Wald, an denen die „*Stiefel*“ (Schweinehürden) eingerichtet werden sollten. Noch heute weisen zahlreiche mit „*Stiefel*“ (von lat. *stabulum* = „Stall“) zusammengesetzte Forstortsbezeichnungen auf die Stellen hin, an denen die zur Mast eingetriebenen Schweine zusammengetrieben wurden, wie z. B. „*Obere Vosenstiefel*“, „*Alten Vosenstiefel*“, „*Großer Saunstiefel*“, „*Am Stiefelsweg*“ usw. Die Stiefel blieben über viele Jahre hinweg erhalten und durften nur aus „*unschädlichem Holz*“ gebaut werden; vereinzelt begrenzte man diese Stellen aus Gründen der Holzeinsparung auch durch Mauerwerk. Getrennt von den gemeindlichen Stiefeln besaß der Propst zu Bonn einen eigenen. Nach „*gebrochenem Stiefel*“, d. h. nach dem Austrieb der gebrannten Schweine, durften die Geschworenen nach Maßgabe des noch vorhandenen Eckers ihre „*Faselschweine*“ (ein- bis zweijährige, zur Mast bestimmte Jungschweine) zur Nachmast in den Wald treiben. Bei der Hauptmast waren die Faselschweine nicht zugelassen⁴⁷. Normalerweise begann die Trift in der Woche nach St. Michael (29. September) und dauerte bei einer Vollmast zwischen 6–9 Wochen, wobei die Schweine nach der „*Durchtrift*“ vor Anbruch des Abends bis zum nächsten Morgen im Stiefel blieben. Die Gemeinde Meckenheim bestimmte am Allerseelentage die Hirten, die zur „*Buchmast*“ (Buchecker) die Herde der Gemeindemitglieder in den Wald trieben⁴⁸.

⁴⁵ 1599, Juli 30: Abt Wilhelm zu Siegburg belehnt Wilhelm Blanckardt, kurfürstlichen Vogt zu Ahrweiler, mit dem Haus Odenhausen und 40 Morgen I and „*nebst der gerechtigkeit desselben haus auf dem Kottenforst nach weisthumb unsers hof zu Muffendorff gelegen*“. Nach A. TILLE, Übersicht über den Inhalt der kleineren Archive der Rheinprovinz I, Bonn 1899, S. 158 (Annalen des Histor. Ver. für den Niederrhein, Erg.-Bd. 1), S. 158.

⁴⁶ BAM Nr. 195, S. 85 f.

⁴⁷ Weistum von 1550.

⁴⁸ Weistum von 1597 des Kölner Mariengradenstiftes und Cassiusstiftes: HSTA, St. Casius, Akte 67.

Die seit dem Jahre 1559 erhaltenen und heute im Hauptstaatsarchiv aufbewahrten „*Mastregister*“ führte der Waldschultheiß des Hofes zu Muffendorf. Sie enthalten folgende Angaben: Besitzer und Anzahl der eingetriebenen Schweine nach Größe und Alter aufgeteilt; Einteilung des Waldes in Bezirke nebst den darin ausgewiesenen Stiefeln.

Demnach befanden sich im Kottenforst drei große Stiefel, wovon dem „*Podauer Stiefel*“ 975 Schweine zugeordnet waren. Insgesamt wurden mehr als 3000 Stück zur Mast zugelassen, wofür die Hofkammer einen Betrag von über 1830 Goldgulden verbuchen konnte⁴⁹. Selbst aus anderen Territorien, wie dem „*Jülichen Lande*“, kamen die Bauern zur Mast in den Kottenforst. Ein Protokoll aus dem Jahre 1576 verzeichnet, daß „*der Rhein kein Hindernis sei ... sie kommen (mit Schiffen) über den Rhein in den Cottenforst*“⁵⁰.

Die Aufsicht des Mastbetriebes übernahmen vom Schultheißen bestimmte Hirten, denen auch das „*Brennen*“ der Schweine übertragen wurde. Wie hoch die Verantwortung des Hirtenamtes seinerzeit eingeschätzt wurde, zeigt die Ableistung des Eides⁵¹ vor dem Waldschultheißen. Bei den großen Auftrieben bekamen die Hirten Unterstützung durch die Bauern, die mit dem Abschlagen der eichelbehängten Äste und Zweige beschäftigt waren. In den Mastregistern finden wir auch Aufstellungen über die Entlohnung der Hirten, die sich aus einem Natural- und Geldlohn zusammensetzte; so erhielt im Jahre 1559 der Oberhirte allein drei Schweine „*Zehrung*“ (Verpflegung) und die einfachen Hirten ein jeder 15 Gulden, wobei ein Betrag für die Zehrung einbehalten wurde⁵².

Waldweide

Im Mittelalter stand der Kottenforst allen Haustieren, vom Rind bis zur Ziege, zum Weidgang offen. Die Waldweide war die ursprünglichste Form einer frühen, auf Viehzucht gegründeten Landwirtschaft. Die im Rheinland vorwiegend als „*Trifft*“ oder „*Weidgang*“ bezeichnete Waldweide wurde im Gegensatz zu der Mast in den Weistümern weniger ausführlich behandelt.

Die Berechtigungen zur „*Trifft*“ unterlagen bis zum 17. Jahrhundert einem lockeren Reglement und entsprachen dem Kollektivrecht einer ganzen Gemeinde, im Gegensatz zur Mastberechtigung im Kottenforst, die ein in den Weistümern ausführlichst behandeltes subjektives Nutzungsrecht Einzelner darstellte⁵³. Erzbischof Anton von Schauenburg verlieh im Jahre 1558 den Gemeinden Kessenich, Dottendorf und Friesdorf das Recht zur Waldweide im Kottenforst⁵⁴.

⁴⁹ HSTA, Kurköln IV, 544, 546: Der „*Venner*“ Stiefel mit 455 Schweinen wurde von einem Oberhirten und 4 Hirten betreut; er brachte 356 Gulden und 8 Albus ein.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Eidesformel des Hirten: „*Ihr sollt geloben, und zu den Heiligen schwören, die Schweine, die Euch geliefert werden, treulich zu hüten und zu versorgen nach Eurem besten Sinnen für Euren Lohn.*“ Vgl. K. ZIMMERMANN, Die Waldweide II, in: Eifelvereinsblatt 33, 1932, S. 87 ff.

⁵² HSTA, Kurköln IV, 544 fol. 63. Nach einem „*Kopfsteuerverzeichnis*“ aus dem Jahre 1664 gab es im Amte Bonn nur 4 Schäfer, aber 15 Sauhirten; StAB, Ku 98.

⁵³ Weistum von Meckenheim 1550: LACOMBLET, Archiv IV, 6. Bd. S. 347: „*wie man deß Kottenforsts gebrauchen soll mit allem hornviehe*“.

⁵⁴ HSTA, Kurköln IV, 544 von 1558.

Die Waldweide unterlag wie die Mastnutzung einer Abgabeverpflichtung gegenüber dem Grundherrn. Der Erbförster zu Meckenheim erhielt am Freitag vor Johann Baptist (24. Juni) von den Meckenheimer Berechtigten einen halben Pfennig, den er bei versäumter Zahlung unter Beugezwang eintreiben konnte, wobei das Dorf von Meckenheim so lange geschlossen blieb, bis der Erbförster sein Geld bekommen hatte⁵⁵. Einen „sicheren Pfennig“ mußten auch die anderen Gemeinden, die die Waldweide im Kottenforst ausübten, dem Abt zu Siegburg entrichten⁵⁶. Schon im 16. Jahrhundert wurde eine zeitliche Befristung der Waldweide eingeführt. Den Berechtigten in der Grundherrlichkeit Bornheim war der Eintrieb des Viehs von St. Remigius (1. Oktober) bis zum 1. Mai gestattet, wofür sie dem Herrn zu Bornheim „alle Jairs eine sätliche Verehrung thuen müssen“⁵⁷. Die Folge war eine räumliche Ordnung des Viehtriebs. Jede angrenzende Gemeinde bekam einen der Ortsrichtung zugewandten Bezirk oder Korridor als „Trifft“ zugesprochen, die in alten Kartenwerken und neuen Forstbetriebskarten, z. B. als „Pecher, Merler, Villiper, Röttgener Viehtrifft“ usw., wiederzufinden sind. Der Gemeinde Schweinheim wurde das Recht zur Viehtrift unter der Bedingung eingeräumt, daß sie die Unterhaltung der Wege übernahm⁵⁸. In Buschhoven trieben die vier freien Höfe nur so viele Tiere in den Wald, wie sie durch den Winter bringen konnten. Die Schafhaltung wurde auf 30 Schafe und einen Widder begrenzt⁵⁹.

Forstorganisation

Eine der ältesten Forstorganisationen des Mittelalters im Rheinland war mit dem Hof zu Muffendorf verbunden. In der fast fünfhundertjährigen Besitzverfugung (1075–1549) der Abtei Siegburg über den Kottenforst kam ihm als Sitz der klösterlichen Forstverwaltung und des Waldgerichts („Kottenforstgeding“) für die forstgeschichtlichen Zusammenhänge dieser Epoche eine zentrale Bedeutung zu.

Die seit der Karolingerzeit bekannte Dreiteilung der Forstorgane hatte sich auch hier hinsichtlich der damit verknüpften Befugnisse offensichtlich erhalten, ebenso die Trennung zwischen den Organen der Forstwirtschaft und des Jagd-

⁵⁵ Weistum von Meckenheim 1550: LACOMBLET, Archiv IV, S. 347 f.: „Es ist ein Erfforster zue Meckenheim von wegen unsers herren Abts und unser Grundhern zue S. Mariengreden, davon hat der Erfforster jährlichs von jedem stückh einen pfennigh von dem Nachpaurn zu Meckenheim auff vuir St. Johann Baptistae, mach der Erfforster die portzen zuehalten, biß er sein gelt hat; soll der scheffen geben $\frac{1}{2}$ pfennigh von jedem stücke.“

⁵⁶ Weistum von Muffendorf 1550: HSTA, Kurköln IV, 1259 fol. 24: „Item denen von Villip, Pech, Merl, Lüftelberg, aus dem Roetchen, Uckersdorf, Ippendorf, Lessenich, Dollendorf (verschrieben für: Kessenich, Dottendorf) und Friesdorf weisen die Geschworenen keine Gerechtigkeit zu, allein hat der Schultheiß angezeigt sie haben jährlichs sich mit ihnen von wegen des Abtes müssen vergleichen für den Weidgang um einen sicheren Pfennig.“

⁵⁷ Vgl. Rechtsaltertümer von Bornheim, Handschrift von 1576, Bl. 60, hrsg. von N. ZERLETT, Bornheim 1972, S. 30 f.

⁵⁸ Weistum von Muffendorf 1550, HSTA, Kurköln IV, 1259, fol. 24.

⁵⁹ Weistum von Buschhoven 1547, GRIMM, Weistümer II, 2. Bd. S. 662.

betriebes⁶⁰. Die forstliche Leitung oblag dem Forstmeisteramt, das — 1421 erstmals erwähnt — der Mönch Jacob Breitbach als „*prepositus et commissarius nemo-ris*“ des Klosters Siegburg inne hatte⁶¹.

Die Forstmeister kamen bis zur Übereignung des Kottenforstes an die Erzbischöfe von Köln vorwiegend aus den Priestermonichen der Abtei und wurden vom Abt ernannt. In der Wahrnehmung der Interessen vertrat der Forstmeister des Muffendorfer Weistums, „*Waldschultheiß*“ genannt, den Abt nach außen in allen Forstrechtsangelegenheiten, insbesondere bei den Waldgedingen. Ebenso überwachte er die Tätigkeiten des untergeordneten Forstpersonals, der „*custodes*“ und „*forestarii*“⁶². In der Waldordnung aus dem Jahre 1413 des Abtes Pilgrim von Drachenfels (1388–1477) wird diese Stellung auf dem Hof zu Muffendorf von „*Hermano von dem Forst custode*“ eingenommen.

Die Dienstbezeichnungen der Forstorgane wurden etwa in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eingedeutscht, die Bezeichnungen „*forestarii*“ oder „*custodes*“ durch die „*waldforster*“ ersetzt, unter denen es „*reitende*“ und „*nicht reitende*“ gab; darüberhinaus unterschied man den mit einem Lehen ausgestatteten „*Erbförster*“ (s. u.). Dem Förster waren aus dem Stande der Unfreien und Hörigen die „*Forstknechte*“, „*Buschknechte*“ und „*Jegerknechte*“ untergeordnet.

Das Forstpersonal genoß, mit Ausnahme der Forstknechte, — wie schon zur Zeit Karls des Großen — die Befreiung von allen öffentlichen Abgaben, woraus sich die Bezeichnung „*freie Förster*“ erklärt. Sie leisteten ihrem Dienstherrn den Eid und versahen ihre Aufsichtsfunktion innerhalb bestimmter Bezirke, sog. „*hoeden*“ (Huten), die unseren heutigen Revieren entsprechen⁶³.

Eine Besonderheit der hoheitsrechtlichen Funktion der „*Vorster*“ lag im sog. Pfändungsrecht gegenüber Forstfrevlern, deren Übertretung sie vor das Waldgeding vorzubringen hatten. Die „*Brüchten*“ (Geldbußen) notierten sie auf „*Brüchtenzetteln*“, auch „*Churenzetteln*“ genannt, und forderten sie unter Verweis auf ihre Qualifikation ein⁶⁴. Außer den hoheitsrechtlichen Forstschutzaufgaben wiesen die Waldförster den Holzhauern das zur Fällung bestimmte Holz an und überwachten Eckernttrift und Viehweide; selbst das „*Gras- und Streuholen*“ aus dem Walde durfte nach einer um 1550 erstmals erlassenen Verordnung zur Verbesserung des Waldzustandes nur nach Anweisung der Waldförster erfolgen⁶⁵.

Die Einkünfte der Forstbediensteten setzten sich aus einem Geld- und einem Naturallohn, z. T. auch aus Strafgeelderquoten zusammen. Dem Forstpersonal des

⁶⁰ Vgl. SCHWAPPACH, Handbuch, S. 242 f.

⁶¹ Vgl. WIEDEMANN, Geschichte Godesbergs, S. 76.

⁶² Vgl. MANTEL, Forstwissenschaft, S. 186 f.

⁶³ Vgl. A. S. HILLIGER, zitiert nach KRUEWIG, Königsforst S. 47.

⁶⁴ BAM, Nr. 195, S. 52.

⁶⁵ HSTA, Kurköln IV, 1259, fol. 9.

herrschaftlichen Kottenforstes wurde zusätzlich die Dienstuniform („hofklyder“) gestellt⁶⁶. Hinzu kamen finanzielle bzw. naturale Zuwendungen der im Kottenforst zur Nutzung Berechtigten⁶⁷. Die Förster im Kottenforst erhielten auf St. Johann vom Stift Dietkirchen 1 Mark. Später gab der Hof zu Dietkirchen dem Waldförster von Poppelsdorf anstelle von Essen und Trinken auf St. Johann 5 Gulden. Dafür stand dem Hof „seit undenklichen Jahren“ das nötige Brand- und Bauholz aus dem Kottenforst zu. Freies Bau- und Brennholz und das Recht zur Waldweide gewährten den herrschaftlichen Förstern eine für diese Zeit ungewöhnliche materielle Unabhängigkeit. Nach dem Weistum von 1550 durften die Förster auf ihren Gütern sieben Stück Holz zum „Nothbau“ verhauen, aufgeteilt in vier Schwellen, zwei Sohlen und darüber ein Wersbaum (Querbalken für das Fachwerk), desgleichen Brandholz und „Zunsel“ (Zaunstecken) mit Ausnahme von Eichenholz⁶⁸.

Das Forstpersonal der umliegenden Gemeinden setzte sich aus Buschhütern und Forstknechten zusammen, die ihre Tätigkeit nebenamtlich ausübten. Von den Einkünften, beklagte der Forstknecht von Buschhoven im Jahre 1427, könne man „kaum leben“⁶⁹.

Die Erbförsterämter von Muffendorf und Meckenheim

Bis zur Ausbildung der kurkölnischen Forsthoheit und der damit einsetzenden Neuorganisation der Forstverwaltung blieben die Forstlehen im Kottenforst bestehen. Wie in der fränkischen Zeit, war mit dem Försteramt eine besondere Forsthufe verbunden, die von den Nutzungsberechtigten gestellt werden mußte. Die Forsthufe, die nur dem Forstrecht unterstand, wurde vom Inhaber der Forsthoheit dem jeweiligen Berechtigten zu Lehen gegeben, und mußte von diesem grundsätzlich bedient werden, d. h., ihr Besitzer war verpflichtet, den Dienst als Förster auszuüben. Aus der engen Verbindung von Amt und Hufe entstand im Mittelalter ein erbliches Amt, was zu der Amtsbezeichnung „Erbförster“ geführt

⁶⁶ Besoldung des herrschaftlichen Forstpersonals im Kottenforst nach Verzeichnissen: HSTA, Kurköln IV, 1259, Jahr 1495: Der „Waldförster“ erhielt zu seiner Besoldung von 29 Goldgulden noch 20 Malter Hafer für das Pferd, 4 Malter Gerste, 4 Malter Korn und „zwey hofkleyde“ (Uniform). Der Erbförster zu Meckenheim erhielt im gleichen Jahr nur 3 Malter Korn und ein „hofkleyde“ aus der Kellnerei zu Bonn. Jahr 1600: Der „vorsteimer“ Hans Goir von der Kellnerei Poppelsdorf erhielt einen Wagen Heu zu seinem Gehalt. Sechs weitere Förster waren damals im Kottenforst beschäftigt. Ein jeder hatte Anspruch auf ein Malter Korn. Nach einer Rechnung von 1622 erhielten Kertgen aufm Röttgen und Christoffel auf der Phennen an Gehalt 23 Gulden 20 Albus und drei Malter Korn. Vgl. auch J. DIETZ, Der Kottenforst und Röttgen, in: Rhein. Heimatpflege NF 10, 1973, S. 209 f.

⁶⁷ HSTA, Kurköln IV, 530 von 1660.

⁶⁸ HSTA, Kurköln IV, 509; Weistum von 1550.

⁶⁹ Nach den Statuten des Klosters Dietkirchen aus dem Jahre 1615 mußten die „Buschhüter den Wald fleißig beaufsichtigen, das Holz richtig verteilen, nämlich der Äbtissin und den Jungfern 10 Wagen Scheitholz (Brennholz) . . .“ vgl. MAASSEN, Dekanat Bonn, S. 231. Dem Forstknecht zu Buschhoven standen jährlich 4 Malter 2 Sümber Korn zu. Zusätzlich erhielt er einen „Rock“ (ein Stück Stoff) zu 5 Ellen, die Elle für 13 Schilling, sein Nachbarcollege aus Hessekoven erhielt im Jahr 1427 an Lohn 4 Mark, in den folgenden Jahren 2 Malter Korn. J. DIETZ, Kulturbild des Klosters Dietkirchen aus dem 15. Jahrhundert II, in: Bonner Geschichtsbll. 19, 1965, S. 30.

hat. Diese Erbllichkeit klebte an der Forsthufe, so daß das Försteramt in der Familie (wie sehr häufig) vererbt oder aber durch Verkauf an einen neuen Lehens-träger übergehen konnte.

Zum abteilichen Hof zu Muffendorf gehörten zwei Erbförsterlehen. Aus den Weistümern gehen die hoheitlichen Funktionen ihrer Inhaber hervor, und ihre subjektiven Forstrechte (das Recht zur Holznutzung) werden genauestens ausgeführt⁷⁰. Im Jahre 1495 bekleideten Jan Frentzen und Heinrich Krammer dieses Amt. Das zum Brandholz berechnigte Kölner Stift Mariengraden war verpflichtet, den Erbförstern „jedem ein Wachslicht von einem Pfund auf Lichtmeß zu geben“⁷¹.

Der Meckenheimer Stiftshof von Mariengraden verfügte selbst über ein Försterlehen (den Stapelhof), das im Weistum des Stiftes über die Waldgerechtigkeiten im Kottenforst 1550 bestätigt wurde. Danach war einer der 21 geschworenen Lehensleute des Hofes mit dem Erbförsteramt belehnt. Der Erbförster wurde vom Kölner Stift ernannt und hatte dem Abt zu Sieburg als Inhaber der Forsthoheit den Eid zu schwören⁷². Neben seinen dienstlichen Aufgaben hatte der Erbförster die Verpflichtung, alljährlich am Neujahrstag den Dienern von Sieburg, den Schöffen des Stiftshofes und den übrigen Forstbediensteten ein Essen zu geben. Die Einkünfte des Erbförsteramtes bestanden neben Holz- und Mastgerechtigkeit auch aus Strafgeelderquoten sowie aus Abgaben für die Waldweide⁷³. Das Anweisen des Bauholzes für die Gemeinde erbrachte ihm zusätzlich zwei Viertel (umgerechnet ca. 14 l) Wein.

Die Geschworenen zu Muffendorf

Als Kontrollorgan über Waldförster und Erbförster wachten die Geschworenen; sie waren die Urteiler in der niederen Gerichtsbarkeit. Für den Kottenforst nahmen die Geschworenen zu Muffendorf innerhalb der Forstaufsicht eine bedeutende Stellung ein. Der Kreis der Geschworenen setzte sich aus vier bis sechs geachteten und vom Abt zu Sieburg bestimmten Personen des Hofes sowie aus sechs ehrenwerten Bürgern der umliegenden Gemeinden zusammen. Die Geschworenen waren mit dem Hofherrn zu Muffendorf (Schultheiß) und den Viermännern die Garanten des abteilichen Besitzes.

Bei ihrem mindestens einmal jährlich stattfindenden Waldgeding wurden die Forstrechte und Berechtigungen festgesetzt und die Waldnutzungsmaßnahmen in Hinblick auf die Holznutzung, die Mast und die Weide neu bestimmt. Sie nahmen die Berichte der Förster entgegen, „ob der Wald verhauen, verschmäleret oder verlegt wurde“⁷⁴. In den Fällen, in denen die Autorität der Geschworenen nicht aus-

⁷⁰ HSTA, Kurköln IV, 520 (Weistum von 1550).

⁷¹ Ebd.

⁷² Meckenheimer Weistum von 1550.

⁷³ Von dem im Walde weidenden Hornvieh erhielt der Förster am Freitag vor Johann Baptist (= 24. Juni) pro Stück einen Pfennig, wobei die Dorftore von Meckenheim so lange geschlossen blieben, bis der Erbförster sein Geld bekommen hatte.

⁷⁴ Muffendorfer Weistum von 1550.

reichte, sollten sie nach der Waldordnung von 1413 und dem Weistum von 1550 die Viermänner um Unterstützung anrufen. Gegenüber anderen Nutzungsberechtigten im Kottenforst genossen die Geschworenen Privilegien bei Mast und Holznutzung⁷⁵.

Das Waldschultheißenamt zu Morenhoven

Eine herausragende Stellung innerhalb der genossenschaftlichen Selbstverwaltung nahm das Waldschultheißenamt des Morenhovener Anerbenwaldes ein. Es war das wichtigste und einträglichste Amt, das an den acht sog. Anerbenhöfen klebte und von den Anerben selbst oder durch von ihnen Beauftragte ausgeübt wurde: im Jahre 1566 durch den kurfürstlichen Kellner zu Poppelsdorf für den Morenhovener Fronhof, 1567 durch Amtmann Wilhelm von Metternich für den Kolfenhof und 1623 durch Luther Hertzgen für die Burg Morenhoven⁷⁶.

Der Waldschultheiß hatte seinen Amtseid anlässlich des Waldgedings zu leisten. In einem schlechten Eckernjahr entfiel die Besetzung. Durch den turnusmäßigen Wechsel bei der Besetzung dieses Amtes sollten vor allem persönliche Vorteile und Bereicherungen durch den jeweiligen Amtsinhaber unterbunden werden. Im Jahre 1643 beklagten die Anerben anlässlich eines Waldgedings, daß der Schultheiß Wilhelm Fützingk „40 oder 50 Wagen Holz unberechtigt aus dem Walde verführt habe, er ist der größte Schaden des Waldes und darüber er uff die Finger zu kloppen wäre“⁷⁷.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Waldschultheißen zählte die Durchführung des zweiten Teils des Waldgedings. Im vom kurfürstlichen Schultheißen abgehaltenen Vorgeding war er Sprecher der Anerben und auch gegenüber dem Kurfürsten, der sich den Morenhovener Wald mit den Anerben teilte, ihr Vertreter. Er ernannte ferner die Hirten für die Eckertrift, die er zur Vermeidung einer „Übertrift“ zu überwachen hatte.

Die Viermänner

Die höchste Autorität in der Forstaufsicht über den Kottenforst verkörperten die „Viermänner“, die neben den herrschaftlichen Förstern als gemeinschaftliches Forstorgan eine besondere Stellung einnahmen⁷⁸. Seit 1320 wurden sie als Vasallen der Abtei Siegburg erwähnt. Als Besitzer der Güter und Höfe Odenhausen, Adendorf, Münchhausen, des Turmhofes zu Friesdorf und des Binsfelderhofes zu Friesdorf standen sie über die Vasallität mit dem Abt zu Siegburg in einem besonderen Rechtsverhältnis⁷⁹.

⁷⁵ Ebd. „Die Geschworenen des Hofes Muffendorf moegen treiben so viele Schweine als ihnen vonnoethen ist, zu ihrer Haushaltung“, und „Die Geschworenen haben aus dem Walde nothdürftiges Bau- und Brennholz zu ihren Lebengütern.“

⁷⁶ BAM Nr. 195; VAN REY, Morenhoven S. 41.

⁷⁷ HSTA, Kurköln IV, 529 a.

⁷⁸ Vgl. MANTEL, Aufsätze S. 188 (Die „Bannwarte“ in Eberheimmünster).

⁷⁹ Vgl. WISPLINGHOFF, Urkunden Siegburg Nr. 352, S. 447; vgl. auch Übertragung von Nutzungsrechten im Kottenforst aus dem Jahre 1387, ebd., S. 572; HÖROLDT, Tausend Jahre Kottenforst S. 128 f.

Die vier hofgebundenen Lehen, die in der Regel aus einer großzügigen Zuweisung Ackerland (30–40 Morgen) und den Forstberechtigungen für den Kottenforst bestanden, wechselten im Laufe der Geschichte durch Veräußerung den Besitzer⁸⁰.

Die „*Viermännnergerechtigkeit*“ und die damit verbundenen Verpflichtungen, wozu hinsichtlich der Forstorganisation im Kottenforst auch die Unterstützung der Forstbediensteten des Siegburger Hofes zu Muffendorf gehörten, wurden zuletzt im Muffendorfer Weistum aus dem Jahre 1550 bestätigt. Die „*Viermänner*“ legten den Umfang der Mast- und Holznutzung nach der vorausgehenden Waldbegehung im Benehmen mit den Geschworenen fest.

Die ursprüngliche Autorität als gemeinschaftliches Forstorgan verloren die Viermänner nach der Ausweitung der kurkölnisch-landesherrlichen Forstorganisation. Ihre Forstberechtigungen wurden unter den Kurfürsten weitgehend reduziert und waren mit einer Gegenleistung verbunden, die aus der Verpflichtung zur Beteiligung an den Aufforstungsmaßnahmen im Kottenforst bestand⁸¹.

Die Waldgerichte des Kottenforstes

Das Waldgeding zu Muffendorf

Neben der allgemeinen Gerichtsbarkeit bestand seit dem Mittelalter zur Regelung der forstlichen Nutzungsverhältnisse und der Forstberechtigungen eine ausschließlich dafür zuständige Sondergerichtsbarkeit, die als „*Forstgeding*“, „*Holzgeding*“ und „*Waldgeding*“ bezeichnet wurde. Diese Forstgerichte entschieden über alles, was Wald, Wasser, Wind, Weide oder sonstige im Forstbegriff enthaltenen Rechte betraf, also über alle mit der Forstnutzung oder Forstaufsicht zusammenhängenden Angelegenheiten. Schon bevor die Forstrechte seit dem 15. Jahrhundert in Form der Weistümer aufgezeichnet wurden, erhielten diese Gerichte ihre Rechtskraft und Strafbefugnisse aus den mündlichen Überlieferungen der Gewohnheitsrechte.

Für den Kottenforst lag die Forstgerichtsbarkeit seit frühester Zeit schon bei dem Hof zu Muffendorf. Das maßgebliche Recht wurde deshalb auch „*Hofrecht*“ („*jus curiae*“) genannt. Nach dem Weistum aus dem Jahre 1550 wurde dort das Waldgericht dreimal im Jahr abgehalten, wobei das Weistum nur am Montag nach Johannes (24. Juni) zur Verlesung kam. Die Gerichtsversammlung setzte sich unter dem Vorsitz des Abtes der Abtei Siegburg oder seines eigens für Forstangelegenheiten benannten Vertreters, dem Waldschultheißen zu Muffendorf sowie aus den Viermännern und zehn bis zwölf Hofesgeschworenen zusammen.

⁸⁰ Vgl. WIEDEMANN, Geschichte Godesbergs S. 130 f., HSTA, Kurköln IV 1259 vol. 1, fol. 7.

⁸¹ Die Forstordnung von 1759 verpflichtet „auch die Viermänner ihrer hergebrachten Obliegenheit gemäß von dem Monat November bis den halben April junge bequem-wüchsige Stahlen im Beysein deren Wald-Försteren, wo es den Waldungen an nöthig- und nützlichsten, zu setzen“.

In der Regel stellte jedes Hofeslehen der Abtei Siegburg einen Vertreter für das Hofgericht, der dem Grundherrn, dem Abt zu Siegburg, den Treueeid leistete und daher Geschworener genannt wurde. Da jedoch viele Hofeslehen oder Kurmuts-güter durch Teilung in die Hand mehrerer Besitzer gelangt waren, konnte nicht jeder von ihnen Geschworener sein, so daß aus der größeren Zahl der tatsächlichen Besitzer für jedes Lehen ein sog. „*Vorgänger*“ als Geschworener am Hofgericht teilnahm, oft nur der Besitzer der ursprünglichen Hofstätte⁸². Die Deutschordensritter waren seit dem Jahre 1254 mit vier „*Vollerlehen*“ begütert und nahmen am Waldgeding als sog. „*Hauptgeschworene*“ gegenüber den „*Gemeingeschworenen*“ teil. Nach dem Weistum von 1550 wurde den Hauptgeschworenen jedoch keine besondere Rechtsstellung gegenüber den Gemeingeschworenen zuerkannt. In wechselnder Folge tagte das Hof- oder Forstgericht auf dem Siegburger Hof zu Muffendorf bzw. auf dem Deutschritterhof, der Kom-mende Muffendorf⁸³.

Die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Gerichte fand schon durch Kurfürst Hermann von Wied (1515–1547) ausdrückliche Anerkennung⁸⁴. Die Hofgerichte haben sich bis zur Auflösung des Kurstaates erhalten. Noch 1729 weist Kurfürst Clemens August auf die ausschließliche Gerichtsbarkeit dieses Gerichtes und auf die Pflicht der gewöhnlichen Lokalgerichte hin, die von den Hofgerichten „*erlassenen, in Rechtskraft erwachsenen Urteile auf der letzteren Requisition hin zu vollziehen*“⁸⁵.

Das Waldgeding zu Morenhoven

Ein weiteres Waldgericht, welches für die forstgeschichtlichen Zusammenhänge im Untersuchungsraum von Bedeutung ist, wurde in Morenhoven abgehalten. Es ist vermutlich aus der Hofgerichtsbarkeit des Klosters Dietkirchen hervorgegangen und wird erstmals in einer Urkunde aus dem Jahre 1218 erwähnt⁸⁶. Im Gegensatz zum „*Kottenforstgeding*“ sind hier ausschließlich die genossenschaftlichen Rechtsbeziehungen unter den Anerben (Waldgenossen) von Bedeutung. Die im Burgarchiv zu Morenhoven⁸⁷ aufbewahrten Waldgerichtsprotokolle aus dem 15. und 16. Jahrhundert erhellen die Zusammenhänge dieses genossenschaftlichen Gerichtes, dessen Fortgang bis zum Ende der landesherrlichen Zeit verfolgt werden kann.

Zum Schutze der Forste und „*um des Waldes Gerechtigkeit zu weisen*“, wurde einmal jährlich auf Anordnung des Grundherrn vor dem Schultheißen des Erzbischofs das Waldgeding abgehalten. Das Waldweistum Morenhoven aus dem

⁸² Vgl. VAN REY, Morenhoven S. 46.

⁸³ Vgl. H. LOERSCH, Beiträge zur Geschichte Kölns und der Rheinlande, Köln 1895, S. 343.

⁸⁴ SCOTTI, Bd. I, Nr. 392.

⁸⁵ Vgl. SCHORN, Landgericht Bonn S. 71.

⁸⁶ Vgl. HEUSGEN, Dekanate Meckenheim und Rheinbach S. 59 f.

⁸⁷ Aufzeichnungen aus den Waldgerichtsprotokollen (Nr. 195 und 196) wurden dem Verfasser in dankenswerter Weise von Herrn M. van Rey, Stadtarchiv Bonn, zur Verfügung gestellt.

Jahre 1463 bezeichnet den Erzbischof von Köln als den Grund- und Gewaltherrn, dem die Blut- oder Hochgerichtsbarkeit („*Richten über Halß und Bauch*“) zuerkannt wurde. Auf der Grundlage der von Richard und Luther Hertzgen geführten Gerichtsprotokolle aus den Jahren 1569–1614 sollen der Aufbau und die Kompetenzen dieses Gerichtes aufgezeigt werden⁸⁸.

Einleitend „*hegte*“ (begrenzte) der Schultheiß von Morenhoven die Gerichtsstätte und eröffnete „*von wegen des Churfürsten*“ das Vorgeding. Zunächst mahnte er alle Geschworenen bzw. alle Schöffen und Nachbarn aus, welche Hoheit und Gerechtigkeit sie dem Kurfürsten zuerkennen wollten. Daraufhin traten die Befragten beiseite, berieten sich, betraten wieder das Gericht und antworteten, daß darüber das von Erzbischof Ruprecht gesiegelte alte Waldweistum (von 1463) Auskunft gebe. Sie forderten deshalb den Schultheißen auf, es zu verlesen. Der Schultheiß befragte dann die Schöffen und Nachbarn über die Zuwiderhandlungen gegen das Waldweistum und, falls nichts vorgebracht wurde, konnte er das Vorgeding wieder schließen; andernfalls wurde die Verhandlung aufgenommen.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Vorladung des Waldboten, der anhand seines „*Churenzettels*“, eines schriftlichen Verzeichnisses über die vorgenommenen Waldfrevel sowie über die vorgenommenen Pfändungen zu berichten hatte. Die „*Churen*“ wurden bis ins 16. Jahrhundert hinein unter den Geschworenen oder Anerben gemäß ihrem Anteil am Wald verteilt oder „*zu Nutz und Fortpflanzung*“ (Aufforsten des Waldes) verwandt.

Die in den Waldprotokollen aufgeführten Streitpunkte zeigen, daß auf dem Vorgeding konkurrierende Rechtsansprüche behandelt wurden, als vorwiegend Rechtsstreitigkeiten zwischen den Nachbarn und den Anerben; so gaben im Jahre 1570 die Nachbarn (von Buschhoven) im Vorgeding an, sie dürften seit alters her ihre Schweine ungebrannt drei Tage in den Wald treiben und baten die Anerben, ihnen dieses Recht zu lassen. Unter Berufung auf das Waldweistum und das kurfürstliche Verbot der Vortrift wurde dieser Wunsch von den Anerben zurückgewiesen. Ebenso waren Unstimmigkeiten bei der Holznutzung Gegenstand des Vorgedings.

Am Nachgeding nahmen nur die Anerben teil, also nicht mehr die Geschworenen bzw. Schöffen und Gemeindenachbarn. Niemand durfte ohne Erlaubnis die Gerichtsstätte betreten oder in die Gerichtsverhandlung eingreifen. Bei der sog. Ausmahnung, einer Befragung der Anerben über Zuwiderhandlungen gegen das Waldweistum, wurden im Nachgeding nur Streitigkeiten unter den Anerben verhandelt; ferner wurden Beschlüsse über die zukünftige Mast- und Holznutzung gefaßt. Eine wichtige Handlung des Nachgedings bestand in der Wahl und Ernennung des Waldboten und Försters des Anerbenwaldes.

⁸⁸ VAN REY, Morenhoven S. 42–44.

Die genossenschaftlichen Waldgerichte verloren durch den zunehmenden Einfluß der kurfürstlichen Forstorganisation schließlich an Bedeutung. Die allgemeine Überführung der Forstgerichtsbarkeit in die allgemeine Justiz fand im linken Rheinland mit dem Einmarsch der Franzosen im Jahre 1794 statt.

Der Kottenforst unter den Erzbischöfen und Kurfürsten von Köln

Forstgesetzgebung

Bevor die Erzbischöfe und Kurfürsten von Köln durch die Forstordnungen⁸⁹ einen speziellen Gesetzesbereich schufen, waren die im 16. Jahrhundert noch spärlich aufkommenden forstlichen Bestimmungen Kurkölns in sog. Polizeiordnungen aufgenommen. Die Polizeiordnung aus dem Jahre 1538 erwähnt erstmals neben allgemeinen Anordnungen zur Lebensführung die Verpflichtung der begüterten Untertanen zur „*Aufforstung von mindestens 12 wydenstämmen*“⁹⁰.

Im 17. und 18. Jahrhundert wurden die Forstordnungen zu den Regalien gezählt und definiert als „eine öffentliche Macht und Gewalt, wegen der Jagden, Forsten und Wälder etwas zu gebieten und zu verbieten, über die Forst- und Jagdstreitigkeiten zu erkennen, die Übertreter zu bestrafen und allen Nutzen aus dem

⁸⁹ Der Bestand der Forstordnungen, einschließlich der auf den Wald bezogenen Polizeiordnungen, die in der folgenden Untersuchung ausgewertet wurden (ca. 35), ist einer Sammlung aus dem Jahre 1772* und der von J. J. Scotti** 1830 herausgegebenen Gesetzesammlung entnommen. Von den bedeutendsten kurkölnischen Forstordnungen, die zugleich einen engen Bezug zum Kottenforst aufweisen, sind besonders hervorzuheben:

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 1. „ <i>Erz-Stift Cöllnische Busch-Ordnung</i> “ | Tag der Verkündung: 26. Februar 1692 |
| 2. „ <i>Erz-Stift Cöllnische Busch-Ordnung</i> “ | Tag der Verkündung: 9. März 1718 |
| 3. Forstordnung | Tag der Verkündung: 27. Mai 1741 |
| 4. „ <i>Erz-Stift'sche Jagd-, Busch- und Fischerey-Ordnung</i> “ | Tag der Verkündung: 9. Juli 1759 |

Darüberhinaus befinden sich im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf folgende im Original erhaltenen Edikte betreffend:

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 1. Aufsicht der Wälder/Holzabfuhrverbot | Tag der Verkündung: 3. Januar 1691 |
| 2. Verbot des Rindvieheintriebs | Tag der Verkündung: 10. März 1701 |
| 3. Verbot des Wacholderklopfens | Tag der Verkündung: 12. August 1715 |
| 4. Beschränkung des Holzsammelns | Tag der Verkündung: 20. Januar 1745 |
| 5. Verbot des Rindvieheintriebs | Tag der Verkündung: 14. März 1746 |
| 6. Holz- und Ausfuhrverbot | Tag der Verkündung: 8. März 1746 |
| 7. Brennholz | |
| 8. Verordnung gegen Holzdiebe | Tag der Verkündung: 14. März 1746 |
| 9. Verordnung gegen Roden der Wälder | Tag der Verkündung: 14. März 1746 |
| 10. Kleine Buschordnung | Tag der Verkündung: 27. Mai 1741 |
| 11. Verbot des Eckerich-Auflesens im Kottenforst | Tag der Verkündung: 10. Oktober 1747 |
| 12. Rodeverbot/Wiederaufforstungspflicht | Tag der Verkündung: 16. Mai 1785 |

* Sammlung deren die Verfassung des Hohen Erzstifts Cölln betreffend Stucken etc., Zweite Abteilung Regalia und Cameralia. Dritter Abschnitt Forst- und Jagdsachen. 1632 bis 1768, Cöln: Simonis und Krakamp 1772.

** Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Churfürstenthum Cöln ... über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, vom Jahre 1463 bis zum Eintritt der Königl. Preussischen Regierungen im Jahre 1816, hrsg. von J. J. SCOTTI, 4 Bde., Düsseldorf 1830–1831.

⁹⁰ Polizeiordnung von 1538, vgl. SCOTTI, Nr. 37.

Forst zu genießen“⁹¹. Damit erlangte der Landesherr als Träger der öffentlichen Gewalt allgemeine Forstbefugnisse und dehnte die Forsthoheit auch auf die Wälder seiner Untertanen, der Körperschaften und der Standesherrn aus, soweit sie nicht reichsunmittelbar waren.

Endres sieht in den landesherrlichen Forstordnungen ein „schwer (zu) analysierendes Konglomerat von forstpolitischen Zielen, die nur über eine hohe Staatskunst oder rücksichtslosen Absolutismus“ bewältigt werden konnten und die im wesentlichen von drei charakteristischen Zielen geprägt waren⁹²:

- aus dem Walde ständige und hohe Einnahmen zu erzielen,
- in dem Walde die Jagdleidenschaft zu befriedigen und
- mit dem Walde die wirtschaftliche Existenz der Untertanen zu ermöglichen oder wenigstens zu erleichtern.

Der Wald hatte als Finanzquelle eine große Bedeutung für die Landesherren, so daß die Bewirtschaftung nach den von ihnen für zweckmäßig erachteten Grundsätzen vollzogen werden sollte. Ihre Bevormundung ging so weit, daß die Waldeigentümer keinen Baum fällen durften, der nicht von herrschaftlichen Forstbeamten angewiesen war. Diese hoheitliche Einflußnahme auf die Untertanen, die schon in den vorangegangenen Polizeiordnungen Ende des 16. Jahrhunderts zum Ausdruck gebracht wurde, hat nicht zuletzt darin ihren Grund, daß sich der Landesherr im Sinne eines einheitlichen, geschlossenen Staatswesens für verpflichtet hielt, auf allen Gebieten des Lebens bis in die private Lebensführung des Einzelnen hinein „für Ordnung und guten Zustand zu sorgen“⁹³.

Die Zunahme der Forstordnungen im 18. Jahrhundert hatte nicht nur ihre Ursache in der merkantilistischen Wirtschaftsauffassung der Landesherren, vielmehr scheint die Holznot und der schlechte Zustand der Wälder ernste Sorge bereitet zu haben. Entsprechend den Präambeln der heutigen Forstgesetzgebung, wo die „Nachhaltigkeit“ als oberster Grundsatz vorangestellt wird, motivierte man den Erlass einer Forstordnung mit dem großen Abgang der Wälder, mit der Sorge für Posterität usw. Klagende Sprache und Pessimismus gehörten zum Unterton einer Verordnung und klingen auch in allen gewerblichen Verordnungen in jener Zeit wider⁹⁴.

Obgleich u. a. die in den Weistümern über den Kottenforst aufgezeichneten Gewohnheitsrechte in der Polizeiordnung des Kurfürsten Ernst von 1595 in Artikel 29 ausdrücklich anerkannt und eine jegliche Änderung bei 1000 Mark Strafe verboten wurde⁹⁵, verloren sie teilweise durch den Eigentumsübergang des Kottenforstes an die Kurfürsten ihre Rechtskraft, wie dies aus der schärferen Regle-

⁹¹ BERNHARDT, Geschichte des Waldeigentums I, S. 225.

⁹² ENDRES, Waldbenutzung S. 106 f.

⁹³ SCHORN, Landgericht Bonn S. 57.

⁹⁴ ENDRES, Waldbenutzung S. 106.

⁹⁵ Polizeiordnung 1595, § 29 und Polizeiordnung 1723, § 2, Scotti Nr. 358.

mentierung der in den Weistümern festgehaltenen Forstberechtigungen in den Protokollen des 17. und 18. Jahrhunderts sichtbar wird. Allgemein gilt für Kurköln, daß die allmähliche Auflösung der markgenossenschaftlichen Bindungen zu einer Substitution der alten Gewohnheitsrechte durch Bestimmungen der landesherrlichen Forstordnungen führte.

Mit der zunehmenden Verschlechterung des Waldzustandes ging gleichzeitig ein Anwachsen der Forstordnungen in kürzeren Zeitabständen einher. Zwar wurden die Forstordnungen den jeweiligen Bedürfnissen der Zeit immer wieder neu angepaßt, jedoch zeigt der Vergleich der Forstordnungen aus den Jahren 1692, 1718 und 1741 annähernd gleiche Rechtsgrundsätze und Inhalte. Jede neuerlassene Forstordnung enthält einleitend fast ausnahmslos den Nachsatz, daß die frühere Forstordnung nicht genügend beachtet wurde⁹⁶. Besonders in den Körperschaftswaldungen dürften diese Klagen berechtigt gewesen sein. Die Bevölkerung konnte sich nur schwer daran gewöhnen, ihre überlieferten Gewohnheiten und Rechte aufzugeben und sich an die landesherrlichen Forstordnungen zu halten, die ihre Handlungsfreiheit sehr einschränkten.

Wenn auch die älteren Forstordnungen Kurkölns noch als reine „Verbotsordnungen“ aufgefaßt werden können, enthalten die Forstordnungen des 18. Jahrhunderts direkte Anleitung über Waldbehandlung, Produktverwertung, Nutzungsregelung etc.; sie beinhalten das gesamte forstliche Wissen ihrer Zeit. Die Erzstiftische Jagd- und Forstordnung gliedert sich im Caput II: „*Von Forst und Waldungen*“, allein in 119 Paragraphen.

Forstverwaltung

Während bis zum Ende des Mittelalters die Administration des Jagdwesens von der Forstverwaltung vollständig getrennt war, wurde seit Beginn des 16. Jahrhunderts dem Jagdpersonal zunächst die Aufsicht und dann auch die Bewirtschaftung der landesherrlichen Forste übertragen. Diese Strömungen verstärkten sich, als einerseits die Jagdliebe der Wittelsbacher Kurfürsten und die zum großen Teil aus Frankreich übernommenen Jagdmethoden mehr Personal in der Jagd- und Forstverwaltung erforderten als früher; andererseits gaben die steigenden Holzpreise, bedingt durch eine weiter um sich greifende Verschlechterung des Waldzustandes, den Anstoß, die Erhöhung der Holzproduktion über eine bessere Organisation der Waldbewirtschaftung zu erreichen.

Die Jagd, die unter Kurfürst Clemens August (1723–1761) schon den zunftmäßigen Charakter eines Handwerks angenommen hatte — namentlich die strenge Formulierung der Regeln bei den verschiedenen Jagdarten —, stand einer Verbesserung der forstlichen Verhältnisse diametral entgegen. Erst unter dem letzten Kurfürsten aus dem Hause Habsburg, Max Franz, erlangte die Erkenntnis, daß dem Wald im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine hohe Bedeutung zukommt, einen besonderen Stellenwert.

⁹⁶ Forstordnung von 1759.

In den ersten Jahrzehnten der Regierung des Kurfürsten Ferdinand (1612 bis 1650) erfolgte die Trennung der umfassenden, ressortmäßig noch nicht gegliederten obersten kurkölnischen Behörden in drei große Kollegien: den Hofrat für Finanzen, den Geheimen Rat für die wichtigsten, vor allem auswärtigen sowie die Hofkammer für innere Angelegenheiten⁹⁷. Die Forst- und Jagdverwaltung ressortierte bei der Hofkammer. 1759 war sie wie folgt organisiert:

Die Kurkölnische Forst- und Jagdverwaltung im Jahre 1759⁹⁸

Kurfürst
Hofkammer
Obrist-Jägermeisteramt ⁹⁹ Ltg.: Obrist-Forst- und Jägermeister Ferd. Joseph Freiherr von Weichs
Rhein. Forst- und Jägeramt Ltg.: Vizeobrist-Forst- und Jägermeister Clemens Freiherr von Weichs
Kellnerei Bonn und Landjägerei Kottenforst Ltg.: Forstverwalter Stephan Ostler, Castellan zu Herzogsfreude und Leutnant der franz. Jagd Forst- und Jagdschreiber: Marcus Josephus Ignatius Zols Waldförster: Johann Georg Wenzel, Franz Philip Wenzel Adj. Berittene Jäger: Stephan Ostler, Johann Mandt, Martin Mandt Adj., Henrich Schonewald, Johann Schonewald Adj., Johann Adam Steitz, Johann Georg Mandt Hofjäger: Anton Hahn Jäger und Förster: Johann Gotschka, Godfrid Wunsch Förster: Johann Henrich Ruland

Die Geschichte der kurkölnischen Forstverwaltung beginnt im Jahre 1595, als Kurfürst Ernst den späteren Reichsfreiherrn Gaudenz von Weichs nach Bonn berief und ihn mit der Neuorganisation der Jagd- und Forstverwaltung beauftragte. Der hohen Bedeutung dieses Amtes entspricht die großzügige Belehrung von Gaudenz von Weichs im Jahre 1623 mit Herrschaft und Burg Rösberg¹⁰⁰. Fast 200

⁹⁷ H. AUBIN, Das Reich und die Territorien, in: Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, 1922, S. 35 ff.

⁹⁸ Nach Angaben des Hofkalenders ab 1759.

⁹⁹ Das Obrist-Jägermeisteramt gliederte sich in: a) Rheinisches Forst- und Jagdamt; b) Westfälisches Forst- und Jagdamt; c) Vest-Recklinghausisches Forst- und Jagdamt. Gesamtpersonalbestand: 120–130 Bedienstete.

¹⁰⁰ Transfixbrief ehemals im Archiv der Freiherrn von Weichs, Schloß Rösberg, heute verschollen: D. HOROLDT (Bearb.), Die Urkunden des Archivs von Burg Rösberg, Köln 1981 (Inventare nichtstaatlicher Archive 26) S. 9; Druck bei G. H. MAASSEN, Geschichte der Pfarreien des Dekanates Hersel, 1885 (Gesch. der Pfarreien der Erzdiözese Köln 24), S. 390 ff. E. RENARD, Aus dem Kurkölnischen Jagdrevier, in: Mitt. des Rhein. Ver. für Denkmalpflege und Heimatschutz, 1918, S. 125. R. HOCKER, Jagdgeschichte S. 25.

Jahre hat dieses Geschlecht in ununterbrochener Erbfolge das Obrist-Jägermeisteramt bekleidet. Auf Gaudenz von Weichs folgten: 1645 Ferdinand von Weichs, 1679 Dietrich Adolf von Weichs, 1722 Ferdinand Joseph von Weichs und schließlich Clemens August von Weichs, der bis zum Einmarsch der Franzosen im Amt blieb. Der bedeutendste unter ihnen war Ferdinand Joseph von Weichs, der während der gesamten Regierungszeit Clemens Augusts tätig war. Auch das Jägermeisteramt im benachbarten Herzogtum Westfalen stand in erblicher Folge der Familie von Weichs¹⁰¹.

Das Obrist-Jägermeisteramt blieb, wie in anderen landesherrlichen Forstverwaltungen, stets eine Domäne des Adels. Grundsätzlich gehörte die Besetzung dieses Amtes, wie auch die Ernennung bedeutender Forstmeisterstellen, zu den Reservat-Angelegenheiten, die sich der Landesherr selbst zur Entscheidung vorbehält¹⁰².

Kurfürst Clemens August erhöhte die personelle und finanzielle Ausstattung der Jagd- und Forstverwaltung. Das Rheinische Forstamt unter der Leitung von Vizeobrist-Forst- und Jägermeister Clemens Freiherr von Weichs zählte im Jahre 1759 allein 58 Forstbedienstete, ohne Forst- und Buschknechte.

Die Zuständigkeit für die Verwaltung des Kottenforstes, dem bedeutendsten kurfürstlichen Waldbesitz, lag 1759 in den Händen von Stephan Ostler¹⁰³. Ihm unterstand die „*Landjägerey Kottenforst*“, deren Dienstsitz im Schloß Herzogsfreude untergebracht war. Ostler waren zwei Waldförster, sieben berittene Jäger, ein Hofjäger, zwei Jäger und Förster (für die Wahrnehmung forstlicher und jagdlicher Aufgaben) zugeordnet. Sein militärischer Rang eines Leutnants zeigt die damals enge Verbindung des Militärs mit der Forstpartie, eine Erscheinung, wie sie besonders häufig in Preußen hervortrat. Eine Vielzahl von Ostlers Niederschriften, die uns die Zusammenhänge über die Aktivitäten der damaligen Forstverwaltung erhellen, befindet sich heute im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Sie zeigen sein besonderes Engagement für den Ausgleich im Interessenkonflikt zwischen der höfischen Jagd und den Sorgen der Forstwirtschaft.

Das untere Forstpersonal entstammte den niederen Bevölkerungsschichten. Über die Besetzung der Waldförsterstellen entschied auf Vorschlag des Jäger- und Forstmeisters die Hofkammer. Voraussetzung für die Übernahme in den landesherrlichen Forstdienst war neben einem guten Leumund die Empfehlung eines adligen Jagdherrn und praktische Erfahrung bei Jagddiensten oder Waldarbeiten¹⁰⁴. Besonders die existenziellen und materiellen Vorteile, die mit dem unteren

¹⁰¹ A. FAHNE, Geschichte der Kölnischen, Jülichen und Bergischen Geschlechter, 2 Bde., Köln-Bonn 1848–1853, I S. 179 ff., Tafel 14.

¹⁰² PACHER, Untersuchung S. 31; D. HAUFF, Zur Geschichte der Forstgesetzgebung und Forstorganisation des Herzogtums Württemberg im 16. Jahrhundert, Diss. Forstl. Fakultät Freiburg i. Br. 1977, S. 91 f.

¹⁰³ Zu Ostler s. R. THOMAS, Privataarchiv Ostler, Bonn-Siegburg (Quellen zur Gesch. des Rhein-Sieg-Kreises 2), S. 16–25 und die dort S. 58–61 verzeichneten Urkunden.

¹⁰⁴ HSTA, Kurköln IV, 414: Bewerbungsschreiben des Nikolaus Esser aus Bliesheim und des Effert Dringlinkes zu Kempen an das Rheinische Forstamt 1691.

Forstdienst durch die Zuweisung eines Dienstgehöftes und Dienstland verbunden waren, bestimmten eine große Nachfrage in diesem Berufsstand. Das Försteramt war zwar kein erbliches Amt mehr, doch in vielen Fällen, wie die Chroniken der Forstfamilien im Kottenforst zeigen, ging es vom Vater auf den Sohn über, z. B. gingen aus den Familien Mandt, Ostler, Ruland, Schönewaldt, Wenzel viele kurfürstliche Forstbedienstete hervor.

Schon in der Forstordnung aus dem Jahre 1666¹⁰⁵ waren alle im Forst „*Bedienstete*“ zum Eid gegenüber dem Landesherrn verpflichtet. Bei der Übernahme wurde dem Kandidaten ein Eidgeld für seine Vereidigung abverlangt, das ab dem Jahre 1788 entfiel. Kurfürst Max Franz begründete die Einführung des Dienst-eides mit dem Hinweis, „*damit dem Forstbeamten in Forst- und Jagdvorfällen zu leistenden Zeugnisse gerichtlicher Glaube beigemessen werden kann*“¹⁰⁶. Zu den dienstlichen Aufgaben der Waldförster und Buschhüter gehörten der Forstschutz, die Holzanweisung und die Überwachung der Holzernte. Kurfürst Joseph Clemens fordert in seiner Dienstanweisung an die Forstbeamten des Erzstiftes aus dem Jahre 1691¹⁰⁷ von den „*bestellten Waldförstern, Buschhütern, Land- und andere Botten den Wald täglich fleißig zu visitieren*“ und die „*Wegführung deß Gehölztes . . . in ein täglichs dazu formirtes Register zu verzeichnen*“.

Der forstliche Berater des Bonner Hofes, Nikolaus Cless, entwarf im Jahre 1715 nach einer Informationsreise in Lothringen eine neue Dienstanweisung für die Beaufsichtigung des Kottenforstes: „*Damit diesem Befehl nachgekommen wird, muß man pro Ort mindestens zwei Buschhüter unterhalten, bei der Größe des Kottenforstes mindestens vier. Weil man den Buschhütern nicht ganz vertrauen darf, müssen zwei Inspektoren zu gegebener Zeit den Busch besichtigen und der Hofkammer Bericht erstatten. Um jeden Betrug seitens der Buschhüter oder Arbeitsleute auszuschließen, muß man ein Beil anfertigen lassen, das auf einer Seite scharf und auf der anderen das kurfürstliche Wappen trägt, um damit die Stämme an der Wurzel abzuhaue. Genanntes Beil muß einem ehrlichen Mann anvertraut werden, der entweder sein jährliches Gehalt haben soll oder 3—5 sumber pro Baum. Das Gehalt der Buschhüter beträgt ein Stüber pro libra, welches vom Käufer bezahlt wird wie in Lothringen üblich auch ohne den 3. Teil des erlegten Strafgeldes (erlegt = eingenommen).*“¹⁰⁸

Schreibarbeiten übernahmen die „*Forstschreiber*“. Diese führten die Verkaufslisten, kontrollierten Materialausgaben, führten die Rügeverzeichnisse und verbuchten die Geldeinnahmen. Als 1789 eine Forstschreiberstelle vakant wurde, zeigte sich Kurfürst Max Franz ungehalten darüber, daß die Bewerber zwar juristische, aber keine forstwirtschaftlichen Kenntnisse aufzuweisen hatten. Er wünschte unbedingt einen Forstsachverständigen anzustellen, „*da Natur und Wachstum der Bäume sich nicht leges kehren*“¹⁰⁹.

¹⁰⁵ SCOTTI, Nr. 114.

¹⁰⁶ HSTA, Kurköln IV, 414/430, vgl. Verordnung über Vereidigung von Forstbeamten vom 14. März 1788.

¹⁰⁷ HSTA, Kurköln IV, 414.

¹⁰⁸ HSTA, Kurköln IV, 408.

¹⁰⁹ Vgl. HESMER, Wald- und Forstwirtschaft S. 416.

Erstmals verfügte Kurfürst Joseph Clemens im Jahre 1718 die Einsetzung einer „*Kommission zur Kontrolle der Forstbediensteten und der Wälder (Buschkommission)*“. Er benannte eigens zwei Hofkammerräte, die die „*Waldungen zu besichtigen, und daß gegenwärtige unsere verbesserte Ordnung darin auffsgenaweste beobachten werde, verfügen und wie solches Geschehen, zu unserer Hof-Cammer monatlich referiren sollen*“¹¹⁰. Besonderes Interesse an den forstlichen Problemstellungen im Kottenforst zeigte Hofkammerrat Noyseux, der hierüber eine Vielzahl von Buschkommissionsprotokollen verfaßt hatte.

Anläßlich einer Inspektion der Ville und des Kottenforstes, die wegen zunehmender Wilderei im Jahre 1745 von Stephan Ostler durchgeführt wurde, rügte dieser die schlechte Dienstauffassung seiner Forstbeamten: „*Sie sind mehr unnützlich als nützlich*“, und drohte ihnen, für eine bestimmte Zeit den „*Sold*“ auszusetzen. Er wies die Beamten an, „*Holzfrevler und Wilddiebe in Zukunft anzupetzen*“ und in regelmäßigen Abständen an das Rheinische Forstamt Bericht zu erstatten¹¹¹.

Kurfürst Clemens August führte im Jahre 1759 die wöchentliche Dienstbesprechung von Forstbeamten ein und erweiterte die polizeiliche Befugnis der Forstbeamten bei der Strafverfolgung im Walde um das Recht der Hausdurchsuchung. Besonders schwere Delikte („*Exzesse*“) hatten die Jagd- und Forstbedienten an die kurfürstlichen Kellnereien bzw. Oberkellnereien weiterzuleiten¹¹².

Das Einkommen des Forst- und Jagdpersonals bestand aus einem festen Gehalt und den Strafgeelderquoten¹¹³, die sich aus dem 3. Teil der „*Brüchten*“ zusammensetzten. Ferner erhielten sie das „*Bestallungsholz*“, das im Jahre 1721 drei bis sechs Wagen Brandholz ausmachte. Die bestbezahltesten Dienstposten gehörten der jagdlichen Abteilung an, namentlich der Falknerei. Allein im Jahre 1748 wies die Finanzkammer den dort Beschäftigten 6666 Taler für ihre Dienste an¹¹⁴.

Im Sinne merkantilistischer Wirtschaftspolitik und kameralistischer Finanz- und Verwaltungslehre übte die Hofkammer in allen Bereichen der kurfürstlichen Verwaltung im 18. Jahrhundert einen immer stärkeren Einfluß auf die Geschäftsbereiche der Forstverwaltung aus. Die rechtliche Grundlage erhielt sie durch die 1724 erlassene „*Churkölnische Hof-Kanzley-Ordnung*“¹¹⁵. Die Hofkammer durchleuchtete jeden Vorgang und übernahm schließlich die Leitung der bislang selbständigen Forst- und Jagdverwaltung. Hofkammerrat Breuer vermerkt hierzu in einem Protokoll aus dem Jahre 1787 ausdrücklich, daß „*der Obrist-Jägermei-*

¹¹⁰ Aus der Präambel der „*Ertz-Stifts Cöllnischen Büsch-Ordnung*“ von 1718.

¹¹¹ HSTA, Kurköln IV, 407.

¹¹² Forstordnung von 1759, § 115.

¹¹³ Ebd., § 119.

¹¹⁴ Ausgabeetat Jagd (Jahr 1748): Parforcejagd 2556 Taler, deutsche Jagd (seltener eingestellte Jagden, meist wohl Einzeljagd mit Büchse) 406 Taler und Fasanerie nur 65 Taler; hierzu s. HSTA, Kurköln II, 856–860, dort u. a. Schriftwechsel mit dem König von Dänemark bzw. dem dänischen Oberstjägermeister Baron von Gram wegen Überlassung isländischer Falken an Kurfürst Clemens August.

¹¹⁵ SCOTTI, Nr. 367

ster als ein der Hofkammer subordinierter Beamter angewiesen werden mögte und selbst zukünftige Aufforstungen der Hofkammer anzuzeigen und sie (die Hofkammer) das ihr anvertraute Forstwesen behördend zu respizieren habe¹¹⁶.

Neben den Maßnahmen der Waldbewirtschaftung bestimmte die Hofkammer den Umfang der Holznutzung und attestierte die Holzberechtigungen. Seit dem Jahre 1746 erweiterte sie ihren Einfluß durch die Einführung des kameralen Rechnungswesens in allen Bereichen der Verwaltung¹¹⁷. Gegen Ende der kurfürstlichen Zeit ließen sie ihre Kontrollfunktionen letztlich zur mächtigsten Institution des landesherrlichen Verwaltungskörpers werden¹¹⁸.

Einer der berühmtesten geistigen Vertreter des Kameralismus, dessen Wirken in Bonn nur allzu kurz gewesen ist, war Jakob Trunk¹¹⁹. Nach der Gründung der Bonner Universität (1786) berief der auf die Förderung der Forstwirtschaft seines Landes bedachte Kurfürst Max Franz Jakob Trunk im Jahre 1792, und ernannte ihn zum „*Kurfürstlichen und Wirklichen Hofrat*“ an die kurfürstliche Akademie und Universität. Trunk lehrte die politischen und Kameralwissenschaften, die Polizei-, Land- und Forstwissenschaften und hatte sich zuvor als Professor an der Universität Freiburg durch mehrere forstliche Schriften, insbesondere durch sein 1789 erschienenes „*Neues vollständiges Forstlebrbuch*“ einen Namen gemacht. Die drohende Besetzung Bonns durch die Franzosen haben ihn wohl im Jahre 1794 bewogen, die Stadt zu verlassen¹²⁰.

Forststrafrecht und Forstgerichtsbarkeit

Das Forststrafrecht in der kurkölnischen Zeit hat sich, im Vergleich zum Mittelalter, unter dem Einfluß der landesherrlichen Gesetzgebung und des römischen Rechts wesentlich verändert. Dabei erlangten die forststrafgesetzlichen Bestimmungen, die in Kurköln im allgemeinen in den Forstordnungen eingearbeitet waren, für alle Besitzarten Gültigkeit. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts konnten auf dem „*Herrengeding*“ Delikte zur Anzeige gebracht und abgeurteilt werden, wie sie in der von Kurfürst Ferdinand im Jahre 1616 erlassenen „*Churkölnischen Brüchtenordnung*“ vorgesehen waren¹²¹. Im 17. Jahrhundert wurde die Verhängung der „*Brüchten*“ weitgehendst den Forstämtern übertragen, wo-

¹¹⁶ HSTA, Kurköln IV, 484.

¹¹⁷ HSTA, Kurköln IV, 437–447 (Generalrechnungen aus den Jahren 1746–1756).

¹¹⁸ Verordnung betr. die Forst- und Jagdverwaltung vom 4. 2. 1788 und 31. 12. 1793: SCOTTI, Nr. 870, 979.

¹¹⁹ R. HESS (Lebensbilder hervorragender Forstmänner, Berlin 1885, S. 374–376) urteilt über Trunk: „Ein scharfer, namentlich rechtskundiger Forstkameralist, welcher zwar das Forstwesen materiell nicht gefördert, aber durch seine Tätigkeit als Oberforstbeamter, Lehrer und Schriftsteller zur Hebung und Verbreitung desselben beigetragen hat. Sein Hauptinteresse war den mathematischen Grundlagen des Forstbetriebs (Betriebseinrichtung) zugewendet, welche er besser beherrschte als die übrigen Kameralisten seiner Zeit.“

¹²⁰ Ausführliche Angaben über das Leben und Wirken von Jakob Trunk in: MANTEL/PACHER, Forstliche Biographie S. 112–118; s. a. M. BRAUBACH, Die erste Bonner Universität und ihre Professoren, Bonn 1947; HESMER, Wald- und Forstwirtschaft S. 479.

¹²¹ Vgl. SCHORN, Landgericht Bonn S. 75.

bei der Waldförster die Funktion des Vollzugsbeamten übernahm. Er besaß das Recht zur Pfändung (Pfändungsrecht)¹²².

Die z. T. im Mittelalter bei Forstfrevel üblichen barbarischen Strafen kamen nicht mehr zur Anwendung. Ausnahmslos wurde eine jegliche Übertretung der in den Forstordnungen angeführten Verbote mit einem differenzierten Strafmaß belegt; dies reichte von der Konfiszierung des Viehs bei unberechtigtem Vieheintrieb im Walde, über Geldstrafen wegen Nichtbeachtung der Buschtage, bis hin zu Gefängnisstrafen, aber nur besonders schwere Vergehen, namentlich „*exzessiver Holzfrevel*“, welcher unter Widerstand gegen die Forstbeamten ausgeführt wurde, war meist mit Stockhaus bedroht¹²³. Im Zeichen wachsender Holznot wurden Holzdiebstähle zu Beginn des 18. Jahrhunderts verschärfend geahndet. Die am 17. März 1746 hierzu erlassene Verordnung besagt, daß derjenige, der beim Holzdiebstahl gestellt wurde, mit einer Geldstrafe von 10 Goldgulden rechnen mußte. Die Forstbeamten wurden angewiesen, bei Übertretungen durch „*ausländische Exzessisten*“ (insbesondere aus den jülischer Dörfern) sogar von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, um den „*beständig Holtz-Diebereyen Einhalt zu gebieten*“¹²⁴. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ging man in Kurköln dazu über, die Forstgerichtsbarkeit „*Ordentlichen bzw. den Appellationsgerichten*“ zu übertragen¹²⁵.

Der Einfluß des Merkantilismus auf die Waldnutzung

Forstberechtigungen

Für die Eigentumsverhältnisse, wie auch für die Forstberechtigungen, war der Einfluß des römischen Rechts von Bedeutung. In kurkölnischer Zeit kann gegenüber dem Spätmittelalter eine Zunahme der Forstservitute festgestellt werden, deren Ursachen aus der allgemeinen Entwicklung des Forstrechtes erklärt werden können: a) Aneignung des vollen Grundeigentums der Markwaldungen durch die Kurfürsten als Obermärker, wobei die Markgenossen zu Servitutsberechtigten degradiert wurden, b) Anstieg der Bevölkerung, c) Einfluß des Merkantilismus auf die Waldbewirtschaftung (Schaffung von „*Interessentenforsten*“, wie der „*Gelehnte Kottenforst*“).

¹²² Forstordnung von 1759, § 109: „*Die Wald-Förster, Amts-Jäger, Förster- oder Busch-Hüter, und dergleichen zur Aufsicht der Wald- und Felderen bestellte und veraidete Leute haben Macht diejenige zu pfänden, welche sie über Beschädigung und Mißbrauch antreffen, und wird ihnen in dem Anbringen, so sie bey ihren Aiden thun, ohne anderen Beweis völliger Glaub zugestellet, es sollen jedoch dieselbe jederzeit dabey Jahr, und Tag, die Ursach ihres Anbringens, oder Wissenschaft, ob nemlich den Thäter auf frischer That gesehen, oder den Baum in seinem Haus gefunden haben, und dan auch darneben die Größe des Baumes angeben.*“

¹²³ § 112: „*Diejenige, welche sich bey der Pfändung mit Axt, Beil, oder dergleichen widersetzen, sollen dafür, denen Umständen nach, mit einer beschwärlichen Geld-Buß, dem Stockhaus, oder Leibs-Straf angesehen werden.*“

¹²⁴ HSTA, Kurköln IV, 409.

¹²⁵ Für den westfälischen Teil wurde durch Verordnung vom 13. August 1743 bestimmt, die „*Kriminaljurisdiction . . . solle das ordentliche Gericht die Erkenntnis darüber führen*“.

Der Bedarf des Berechtigten war im allgemeinen der Maßstab für die Ausdehnung der Berechtigung, soweit nicht Verleihung oder Herkommen ein bestimmtes Maß fixierten; dementsprechend beriefen sich die seit altersher zur Holz- oder Mastnutzung im Kottenforst Berechtigten auf ihre in den Weistümern dargelegten Gerechtsame. Neu gegenüber den dort noch unentgeltlich gewiesenen Nutzungsprivilegien gewann die Verpflichtung zu einer Gegenleistung an Bedeutung. Erzbischof Anton von Schauenburg verpflichtete die zum Vieheintrieb berechtigten Gemeinden im Jahre 1558 als Ausgleich für ihre Gerechtigkeit, „*junge bäum im Cottenforst zu possen (pflanzen)*“¹²⁶. Die Geschworenen zu Muffendorf und Meckenheim, selbst die Viermänner, waren seit dem Jahre 1654 zur Pflanzung von „*Eichenstahlen*“ (Eichensetzlingen) verpflichtet¹²⁷.

Seit dem Jahre 1692 wurden die Pflanzungen auch durch die Forstordnungen für jeden Berechtigten verbindlich¹²⁸. Erst im 18. Jahrhundert erfolgte die Umwandlung der naturalen Entschädigungen durch sog. „*Holzstahlgelder*“¹²⁹. Die Forstverwaltung übernahm selbst die Pflanzenarbeiten mit dem Ziel, zukünftige Pflanzungen erfolversprechender und kontrollierbarer durchzuführen. Von nun an waren nicht nur die „*Holzberechtigten*“, sondern auch die „*Mastbeteiligten*“ zur Zahlung von Holzstahlgeldern verpflichtet.

Mit der Einsetzung der „*Buschkommissionen*“ im Jahre 1691 versuchte Kurfürst Joseph Clemens dem Mißbrauch der Forstberechtigungen energisch gegenzuwirken, um die Wälder in Zukunft „*ordentlich und zulässiger weiß abnützen zu lassen*“¹³⁰. Jeder Berechtigte mußte über eine „*Attestation*“ durch einen Sach-

¹²⁶ HSTA, Kurköln IV, 544.

¹²⁷ HSTA, Kurköln II, 1645: „*Pflanzung und setzung von neuen stämmen im Kottenforst durch schuldiger (Berechtigte)*:

Geschworene zu Muffendorf 3 $\frac{1}{2}$ hundert bäum,
Geschworene zu Meckenheim 4 $\frac{1}{2}$ hundert bäum,
Viermänner jeder 32 junge bäum.“

¹²⁸ Die „*Ertz-Stift-Cöllnische Büsch-Ordnung*“ vom 26. Febr. 1692 verpflichtet „*alle Anerben und Berechtigte, wer sie auch seindt, ein jeder pro quota seiner unterhabend- und geniessender Buschen, nemlich ein jeglicher Geschworne, so ein Viertel hat, vier Bäume, ein jedes Hauß im Ambt, Godesberg, und bey den Dingstühlen Dottendorff, und Duistdorff zwey Bäum, die Meckenheimer, als auch die Miel- und Luftelberger von jedem Beest einen Baum, und so fort alle übrige Mitbeerbt- und Belehnte . . . zu setzen.*“

¹²⁹ HSTA, Kurköln IV, 485 Holzstahlgelder: „*Die von den Beerbten im Kottenforst jährlich zu zahlenden*“ Holzstahlgelder und deren Berechnung betreffend (1791):

1. Berechnung/Aufstellung von 1780–1789 der im Kottenforst zur Anpflanzung der Stahlen verwandten Kosten.

	Reichstaler	Albus
1783	12	
1784	66	60
1785	38	24
1786	329	71
1787	466	10
1788	397	48
1789	94	10
Summa	1973	63

2. „*Über dies sind die Mastbeteiligten im Kottenforst jährlich zur Anpflanzung von 1138 Stahlen verbunden (verpflichtet) . . . Kosten pro Stahlen 3 Stüber.*“

¹³⁰ HSTA, Kurköln IV, 402.

verständigen seinen tatsächlichen Holzbedarf nachweisen. Der Verkauf des auf Berechtigung gekauften Holzes wurde untersagt. Seit dem Jahre 1718 durfte eine Übertragung „von Holzgerechtsamen von Buschbeerbten an andere nicht erfolgen“¹³¹.

Forstverwalter Stephan Ostler versuchte, die Holzberechtigungen der Halbwinner im Morenhovener Wald, wo sich der Kurfürst die Holznutzung mit den Anerben teilte, zu kürzen. In einem Protokoll vom 29. Juli 1752 begründete er seinen Schritt mit dem Hinweis: „Der Churfürst könne nicht minder auch sodann ihriges Anteil selbst einziehen und davon Ihro Halbwinner noch ein gewisses Participium lassen (wegen des schlechten Waldzustandes) zumal nirgends im ganzen Erzstift es Praxis ist, daß ein Halfmann das gantze Anerbenrecht seines Herren aus einem solchen Wald genießt.“¹³²

Unter dem Druck akuter Holznot wurden die Forstberechtigungen quantitativ beschränkt. Die Reduzierung der Holzzuteilungen rief den Widerspruch der Betroffenen hervor, die sich auf ihre alten, überlieferten Rechte bezogen. Schon im Jahre 1732 sahen die Waldförster keine Möglichkeit, den Anträgen der Berechtigten nachzukommen¹³³. Eine Welle von Protesten, angeführt von den Geschworenen des Siegburger Hofgerichtes zu Muffendorf, die ihr Recht auf Bau- und Brandholz gemäß dem Muffendorfer Weistum erfüllt sehen wollten, bis hin zu den Jahrzehnte überschreitenden Prozessen des Schlosses Gudenau, führte zu einer Zuspitzung der Situation¹³⁴. Die Beweisführung über den Rechtsstreit dieser Viermännnergerechtigkeit, die im Jahre 1663 durch den Kauf des Sitzes Odenhausen durch Freiherr Waldbott zu Gudenau an das Schloß Gudenau gelangte, zog sich bis zum Jahre 1768 hin¹³⁵. Die zwei Höfe zu Friesdorf, nunmehr im Besitze des Grafen Belderbusch, und das Kloster Marienforst erklärten sich mit je 32 Wagen Holz pro Jahr zufrieden. Graf von der Leyen zu Adendorf sowie sein Nachbar Freiherr von der Vorst zu Gudenau und Odenhausen wollten sich auf ein bestimmtes Quantum nicht einlassen. Der kurfürstliche Forstmeister Ostler, der sich diesen Forderungen energisch widersetzte, erhielt letztlich eine persönliche Anweisung des Kurfürsten, den Häusern Odenhausen und Gudenau den jährlichen Holzbedarf zu gewähren¹³⁶. Die zugestandene Holzmenge mußte jährlich bei der Hofkammer angezeigt werden, worauf die „Lagen angewiesen“ wurden, wo das Holz eingeschlagen werden konnte¹³⁷.

¹³¹ HSTA, Kurköln IV, 411.

¹³² HSTA, Kurköln IV, 529.

¹³³ HSTA, Kurköln IV, 514.

¹³⁴ HSTA, Kurköln IV, 518 von 1726: „Die Geschworenen haben aus dem Kottenforster Wald notdürftig Bau- und Brandholz zu ihren Lebengütern und den Meckenheimer Geschworenen steht dasselbe gemäß Artikel 12 des Muffendorfer Weistums zu; ... obwohl Muffendorfer Geschworene das nötige beobachten und mit jungen Eichen jährlich bepflanzen müssen, bekommen sie kein Brandholz.“

¹³⁵ HSTA, Kurköln IV, 515 von 1761.

¹³⁶ HSTA, Kurköln IV, 515 von 1760: Holzgerechtigkeit aus Gudenau: „Forstmeister Ostler das nöthige Brandtholtz in dem Kottenforst dem Haus Gudenau anzuweisen, damit bemehltes Haus seine 30 Wagen Holtz erhält.“

¹³⁷ HSTA, Kurköln IV, 1261 „Waldförster durften nur noch mit Specialbefehl der hiesigen Hofkammer holtz anweisen; ... als die dazu angestellte verpflichteten holzhawer gegen Zahlung ihres gebührenden Lohnes fällen, zu Klasteren zu mach und folgen (abfahren) zu lassen.“

Die Reglementierung der Forstberechtigungen ging soweit, daß Kurfürst Clemens August im Jahre 1752 ein generelles Zuzugsverbot für das Erzstift verhängte, um eine „Beeinträchtigung der angesessenen Bevölkerung an ihren Forstservituten zu verhindern“¹³⁸.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann die Hofkammer mit der Ablösung der Servitute und zahlte gewöhnlich einen einmaligen Geldbetrag¹³⁹.

Die kurfürstlichen Bediensteten kamen — wie die „nach altem Herkommen Berechtigten“ — in den Genuß der freien Brennholzlieferung, die man auch als „Bestallungsholz“¹⁴⁰ bezeichnete. Die Verantwortung über die genaue Bemessung und Qualität des Bestallungsholzes lag beim Oberkellner, der die Aufarbeitung mit den Förstern überwachen mußte.

Seit dem 17. Jahrhundert gingen die Kurfürsten von Köln dazu über, Nutzungsberechtigungen auf möglichst viele „Interessenten“ gegen eine jährliche Pachtabgabe zu übertragen. Die früheren Lehensverhältnisse wurden vielfach aufgelöst, die Zehntabgaben in Pachtgelder umgewandelt, und immer mehr bürgerliche Interessenten sicherten sich für ihren privaten Verbrauch Holzrechte. Im

¹³⁸ HSTA, Kurköln IV, 422.

¹³⁹ HSTA, Kurköln IV, 1444 von 1752: „Ablösung des Rechts Reisigholz und Gras aus dem Thiergarten zu holen für 6 Reichstaler Supplicantin Maria Magdalena Zeppleß“.

¹⁴⁰ Forstordnung von 1718: „Solle die Abmessung des Bestallungs-Holz, und so Wir gnädigst affegnieren, durch die Förstere in Beyseyen des Ober-Kellners, oder dessen, so von ihm dazu bestellt, jedesmahl vorgenommen, und die Größe der Glaffteren und der Schantzen nach dem Maaß, wie sie in der nechst-angelegener Statt oder Flecken üblich ist, hergenommen und verstanden werden.“

HSTA, Kurköln IV, 433: „Specificatio deren, so zum Brandholz auf dem Kottenforst berechtigt seyen (1721):

Erstlich die Herren Viernänner vom Kottenforst haben nötiges Brandholtz	
Meckenheimer Lehnleut ad	63 Wagen Brandholtz
Wassermüller in Bonn nötiges Brandt- und Bauholtz	
Stifts Dietkirchen Hoff nötiges Brandt- und Schwelholtz	
Konvent zum Kreuzberg	12 Wagen
Cölln Hoff zu Meckenheim	10 Wagen
Mahrhoff zu Bonn	12 Wagen
Oberkellner laut Bestellung	6 Wagen
Gerichtsstube zu Bonn	3 Wagen
Waldförster	6 Wagen
Unterkellner	3 Wagen
Hünerjäger Martin Langer	4 Wagen
Hofräthe	2 Wagen
beide Gärtner zu Poppelsdorf	4 Wagen
Landbott	2 Wagen
Burggraf	4 Wagen
Fontainenmeister	1 1/2 Wagen
Jäger Winand Crümmel	4 Wagen
Jäger Hans Georg Dahlhof	4 Wagen
Förster Jacob Ostler	3 Wagen
Förster Peter Creutz	3 Wagen
Förster Gerard Zorn	3 Wagen
Förster Gotfried Wünsch	3 Wagen
Wagenmeister Oster	6 Wagen
Burggraf in Vinea Domini	2 Wagen.“

„Großen“ Kottenforst verpachtete die Hofkammer nur kleinere Bezirke mit der Auflage, daß diese zur Gewinnung der begehrten Rampfähle (Rebpfähle) genutzt und für die kurfürstlichen Weingärten bereitgestellt wurden¹⁴¹. Seit dem Jahre 1578 dehnte die Hofkammer die Holz- und Weideberechtigungen auf den „Gelehnten“ Kottenforst aus. Die Brennholzberechtigungen wurden im Jahre 1742 nur noch flächenweise überlassen. „Im Gelehnten Kottenforst ist das Holz morgenweise verleht für 9 Stüber pro Morgen jährlich“¹⁴². 1762 ging die Hofkammer dazu über, den „Gelehnten“ Kottenforst nur noch an die umliegenden Gemeinden zu verpachten. Auf eine Pacht von 24 Stüber pro Morgen, die die Hofkammer ansetzte, wollten die Gemeinden jedoch wegen der „Geldklemme“ nicht eingehen und einigten sich auf 20 Stüber pro Morgen. Die Pachtbedingungen legte Vizeobrist-Forst- und Jägermeister von Weichs persönlich fest¹⁰³.

— Conditiones —

1. Die Verpachtung geschieht auf 24 Jahre.
2. Jede Gemeinde bekommt ihre Anteile nach Proportion (Einwohnerzahl).
3. Ein jeder solle in dem Stück, was ihm bei der Subrepartition (Unterteilung) angewiesen, Heyd und Streusel unschädlich an denen gewöhnlichen Buschtagen, zu machen befugt sey.
4. Pacht jährlich auf Nativitatis Christi (25. Dez.) bezahlt werden.
5. Jede Gemeinde haftet für die pünktliche Entrichtung der Pacht.
6. Jede Gemeinde haltet den neuen Limitengraben in Ordnung.
7. Sollen neue Lagbäume, so die Kottenforster jeden Dorfs bezieren als auch die Venner Wiese seprieren, angerichtet werden.
8. Jedes Dorf soll seine Schätzen (Wächter) anstellen und die, wenn Schaden zugeführt wird, gehalten seyn, solche mit Benennung deren Taten dem Waldforster auf der Venne anzuzeigen, welcher sofort allsolche mit übrigen Waldbrüchten einzubringen hat.
9. Die Verpachtung geschieht Sacra ratificatione Eminentissimi (nach Unterzeichnung des Kurfürsten).

Holzmarkt

Im Rahmen merkantilistischer Wirtschaftsprinzipien gewann die Erschließung neuer Geldquellen zum Zwecke einer allgemeinen Erhöhung der landesherrlichen Einnahmen, insbesondere durch den Verkauf des Holzes aus den kurfürstlichen Wäldern, eine große Bedeutung¹⁴⁴. Noch Mitte des 18. Jahrhunderts bildeten die Einkünfte aus dem Holzverkauf eine der Haupteinnahmequellen für die „kurfürstliche Schatulle“.

Seit dem 18. Jahrhundert belegen die Generalrechnungen der kurfürstlichen Jagd- und Forstverwaltung die Einnahmen aus dem Holzverkauf, die im Jahre

¹⁴¹ HSTA, Kurköln II, 1646: Verpachtung von 40 Morgen Ramenbusch, ab 1660 „in der Dicke“ an 4 Bauern aus Röttgen.

¹⁴² HSTA, Kurköln IV, 406.

¹⁴³ HSTA, Kurköln II, 1639.

¹⁴⁴ PACHER, Untersuchung S. 28 f.

1753 einen Bruttowert, bezogen auf das Erzstift, von 8809 Reichstalern auswiesen, von denen rund drei Fünftel als Gewinn zu verbuchen waren, während der Gewinn aus den Ämtern Brühl, Bonn und Nürburg ein Jahr später nur zwei Reichstaler bei einem Einnahmeverolumen von 2347 Reichstalern ausmachte¹⁴⁵. Konnten 1745 für den Holzverkauf im Kottenforst noch 3503 Reichstaler verbucht werden, so zeigten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts — bedingt durch fortgeschrittene Devastierungen — rückläufige Ergebnisse ab.

Unter Kurfürst Clemens August führte die Übersteigerung des Jagdvergnügens (da der Holzeinschlag zu einem „*Versprengen des Wilds*“ führen konnte) zu einer Reduzierung des Holzeinschlags im Kottenforst und damit zu einem Rückgang der Verkaufserlöse. Sein Bemühen, die Holznutzungen der Berechtigten und „*Interessenten*“ auf den südöstlichen Teil des Kottenforstes, dem „*Gelehnten*“ Kottenforst, zu verlagern, führte zu übermäßigen Holzeinschlägen, wie aus den Einnahmen des Jahres 1748 zu entnehmen ist¹⁴⁶, denn allein das aus diesem Forst genommene Holz brachte einen Verkaufserlös von gut 1313 Reichstalern.

Als Verkaufsweise wurde in den landesherrlichen Forsten schon früh die Versteigerung an den Meistbietenden angewandt. In den ersten dafür ergangenen Dienstanweisungen im 16. Jahrhundert galt, daß „*das Holz mit der Kerze zu verkaufen sei*“¹⁴⁷. Dieser oft für Versteigerungen angewandte Ausdruck erklärt sich dadurch, daß die Versteigerung bei einer brennenden Kerze vorgenommen wurde. Die Erteilung des Zuschlages erfolgte durch das Ausblasen der Kerze; das beim Verlöschen abgegebene höchste Gebot galt als angenommen. Nach den Protokollen der kurfürstlichen Jagd- und Forstverwaltung wurde diese Verkaufsweise im 18. Jahrhundert durch die offene Versteigerung im Wald abgelöst. Jeder zum Verkauf anstehende Stamm mußte, „*unten an der Wurzel (Stockende) mit der Waldaxt bezeigt werden, welches Waldzeichen (mit dem kurfürstlichen Wappen) ein jeder unter willkürlicher Straff sollte stehen lassen*“¹⁴⁸.

Nach der Holzverkaufsvorschrift aus dem Jahre 1748 wurde das Holz auf dem Stock verkauft und mußte unter Einhaltung einer zuvor festgesetzten Abfuhrfrist aus dem Walde abgefahren werden; ferner wurde ein Zahlungstermin (meist Ostern) festgesetzt¹⁴⁹. Die Abgabe des Holzes erfolgte direkt an den Konsumenten (den „*Interessenten*“). Ein Verkaufsverzeichnis aus dem Jahre 1748 enthält eine Auflistung von 125 einzelnen „*Interessenten*“ und die Verkaufsbedingungen über den Verkauf von Brennholz aus dem „*Gelehnten*“ Kottenforst¹⁵⁰. Erst im Jahre 1777 wurden auch ausländische Holzverkäufer z. B. aus den jülicher Dörfern zugelassen¹⁵¹.

¹⁴⁵ HSTA, Kurköln IV, 445 von 1753 und 446 von 1754.

¹⁴⁶ HSTA, Kurköln IV, 440.

¹⁴⁷ Dienstanweisung für den jülicher Wermeister aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts, vgl. HESMER, Wald- und Forstwirtschaft S. 394.

¹⁴⁸ HSTA, Kurköln IV, 439.

¹⁴⁹ HSTA, Kurköln IV, 439: Holzverkaufsvorschrift von 1748.

¹⁵⁰ HSTA, Kurköln IV, 440.

¹⁵¹ HSTA, Kurköln IV, 449.

Auch die Transportentfernungen zum Verbrauchsort hatten Einfluß auf den Verkauf; so empfahl die Hofkammer im Jahre 1715, um Frachtkosten zu sparen, soll man das Brandholz zur nächsten Garnison bringen, „*wenn der Busch aber abgelegen ist, soll es an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden*“¹⁵².

Die ersten Rechnungen über Holzlieferungen stammen aus der Zeit um 1499. Es handelt sich um den Verkauf von Bauhölzern an den Wichelshof des Stiftes Maria im Kapitol¹⁵³. Die Preise für bearbeitetes Holz haben sich seit dem späten Mittelalter auf der wertmäßigen Grundlage des Brotpreises und unter Berücksichtigung existenzieller Gesichtspunkte des Handwerks ohne Einflußnahme der Landesherren (vorwiegend frei) entwickelt¹⁵⁴.

Unter Berücksichtigung des merkantilistischen Gesichtspunktes, Holz müsse als Rohstoff der Produktion möglichst billig geliefert und der Preis niedrig gehalten werden, entsprach es der landesherrlichen Bevormundung, eine Normierung des Holzpreises durch obrigkeitliche Taxen festzulegen. Dieses Prinzip war in anderen Gegenden schon im 16. Jahrhundert (Bamberg im Jahre 1568)¹⁵⁵ bekannt. Die Kurfürsten von Köln machten von Holzpreisen zu festen Taxen erst später Gebrauch. Zur Erhöhung der Verkaufserlöse beim Brennholz aus den kurfürstlichen Wäldern setzte die Hofkammer im Jahre 1715 die Holztaxen für Brandholz und Buschholzkohle aus Lothringen an¹⁵⁶.

Neben dem Verbot der Ausfuhr unterlag die Holzeinfuhr einem besonderen Holzeinfuhrzoll¹⁵⁷. Die Holzeinfuhrzölle unterschieden sich je nach Holzart und Sortiment. Nach der Neufestsetzung der „*landesherrlichen Landzollgefälle*“ im rheinischen Erzstift wurde die Einfuhr von Fichten und Tannenholz, das bekanntlich so gut wie gar nicht natürlich vorhanden war, mit einem niedrigen Zoll

¹⁵² HSTA, Kurköln IV, 408.

¹⁵³ Älteste nachweisbare Rechnung über eine Holzlieferung aus dem Kottenforst um 1500; HSTA, Kurköln IV, 1259 fol. 89: „*Item 5 große Hölzer zu 30 Mark und 7 Schillingen ... Item die Hölzer zu hawen 2 Mark ... Item die Hölzer zu weisen 1 Mark 2 Schilling ... Item für den Wein, den sie (die Förster) trinken 4 Mark.*“ 1 Mark = 12 Schilling.

¹⁵⁴ Holzpreise (vorwiegend Eiche) im Bonner Raum im 15./16. Jahrhundert:

100 Ramen (Weinbergpfähle)	= 8 Schilling
100 Bort Holz	= 5 Schilling
4 Mainzer Türbretter (= 2 Türen)	= 4 Schilling
1 Wagen Holz	= 20 Schilling
1 Wagen Gerten	= 2 Mark
1 Kaffer (Dachsparren)	= 3 Schilling
1 Mühlenrad	= 11 Gulden
1 Wagenachse	= 10 Schilling

Vgl. auch B. KUSKE, Quellen zur Geschichte des Kölner Handels und Verkehrs im Mittelalter IV, 1934, S. 486 f.

¹⁵⁵ SCHWAPPACH, Handbuch S. 494.

¹⁵⁶ HSTA, Kurköln IV, 480: „*Danach beträgt der Preis des Brandholzes (ein Stoß auf francopis la carte = 7 Schuh breit, 3 1/2 Schuh hoch, das Holz 4 Schuh lang) Macherlohn ohne Fracht 9 Stüber. Die Äste und das übrige Kleinholz kann man für Schanzen oder Reistigbündel gebrauchen, hundert Bündel ohne Frachtkosten, ungefähr 30 Stüber. Eine Karre Buschholzkohle soll ungefähr 4 franz. Livres, 10 Stüber kosten.*“

¹⁵⁷ Zollerhebungen erstmals überliefert im 14. Jh. W. LEVISON, in: Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart I, 1922, S. 151 ff.

belegt. Auch für Eichenwertholz mußte ein geringerer Zoll bezahlt werden, als für Brandholz („*Kluppelholz*“) ¹⁵⁸.

Erst im Jahre 1771 hat man Fremde zum Kauf von Holz aus den kurfürstlichen Wäldern zugelassen. Inländische Holzkäufer genossen gegenüber ausländischen Interessenten bei gleicher Zahlung ein Vorkaufsrecht. Die Überwachung des Holzmarktes verfolgte die Finanzverwaltung, und jeder größere Holzverkauf mußte öffentlich angezeigt werden ¹⁵⁹.

Die Holzausfuhren, namentlich der Exporthandel mit sog. „*Holländerholz*“ aus dem Kottenforst, wurden schon sehr früh gepflegt. Wirtschaftliche Not veranlaßte das Stift Dietkirchen im Jahre 1668 zum Verkauf von 250 Eichen aus dem Buschhovener Wald an den holländischen Holzhändler und Schiffer Martin Arretzen. Der Erlös von 875 Reichstalern wurde dringend zur Begleichung von Schulden benötigt ¹⁶⁰. Der kurkölnische Oberkellner rügte diese umfangreiche Plenterung der Alteichen mit dem Hinweis, daß der Kurfürst nunmehr seine „*Halbscheid*“ (halbe Mastung) nicht mehr wahrnehmen könne. Das Stift rechtfertigte seinen Schritt mit seinen althergebrachten Gerechtigkeiten, die ihm seit Urzeiten (seit 1578 nachzuweisen) überlassen waren ¹⁶¹. Noch im Jahre 1715 prognostizierte Nikolaus Cless, der als „*forstökonomischer Berater*“ von der Hofkammer verpflichtet war, in einer für die damalige Zeit typisch merkantilistischen Anschauung, ein hohes Holzaufkommen im Kottenforst, das zu einer Gesundung der kurfürstlichen Finanzen führen würde: „*Nachdem der Kurfürst sich das Bauholz ausgesucht hat, kann das übrige, ebenso wie das Floßholz verkauft werden und damit der Zeit eine beträchtliche Summe einbringen.*“ ¹⁶²

Der Mangel an Landstraßen führte schon früh dazu, den Rhein zum Holztransport zu benutzen. Die Floßschiffahrt gehörte hier zu den ältesten Gewerben, das noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts in Blüte stand. Der Zolltarif des Trierer Stiftes St. Simeon zu Koblenz erwähnt bereits im Jahre 1209 „*vloze*“ ¹⁶³. Eigentums-

¹⁵⁸ Zolltaxe vom 27. April 1733: „Für die Erhebung der landesherrlichen Landzollgefälle im rheinischen Erzstift wird, nach stattgefundener Revision der alten Zoll-Rollen, der nachfolgende Tarif publiziert:

	Taler	Albus	Heller
einem dennenem Bort (Fichte/Tanne) Eichen			3
und dergleichen Borten von Pferdlasten		6	
Kluppelholz vom Fiertel		12	
einem Fiertel Spelderholz		10	
einem hundert Schantzen		8	
einem tausend gleich Kleiner		4	
Müllemer Schantzger		4	
eines Pferdslast Reiffen		6	
einem hundert Scheuffband oder Korbweiden		9	

Clemens August, Erzbischof
und Churfürst, Bonn, 27. 4. 1733“

¹⁵⁹ HSTA, Kurköln IV, 449.

¹⁶⁰ HSTA, Kurköln IV, 530.

¹⁶¹ HSTA, Kurköln IV, 530 fasc. 2.

¹⁶² HSTA, Kurköln IV, 408 (17).

¹⁶³ ZITZEN, Scholle und Strom S. 220.

rechtliche Regelungen „*gelandeter Floßhölzer*“ auf dem Rhein enthält die Verordnung aus dem Jahre 1724¹⁶⁴.

Die geographische Lage des Kottenforstes, insbesondere die kurzen Transportentfernungen zum Rhein, haben in der Zeit des Holzüberschusses den Holländerholzhandel wohl begünstigt. Das vermutlich über längere Zeit getrocknete Eichenholz — dann erst floßtauglich — fand für den Aufbau der holländischen Handelsflotte Verwendung.

Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ging die Holzausfuhr aus merkantilistischen Gründen (z. B. wegen des Entzugs des Arbeitsverdienstes bei der einheimischen Bevölkerung) und insbesondere aus Furcht vor der wachsenden Holznot zurück. Die rege Bauaktivität von Clemens August und die wachsende Zahl städtischer Bauvorhaben infolge des hohen Bevölkerungszuwachses führten zu einem sehr hohen Bedarf an Eichenstarkholz; der Verkaufs- und Transportradius des Eichenwertholzes wurde schließlich immer enger¹⁶⁵.

Zur Bevorratung des Brennholzbedarfes diente das kurfürstliche Holzmagazin, in dem 1756 für die Bonner Residenz 5000 Bündel Brennholz gelagert wurden¹⁶⁶.

Die im Laufe der Zeit stark übernutzten Wälder, gepaart mit einer planlosen Durchplenterung der Bestände, die die Verjüngung sehr beeinträchtigte, führte zu immer größerem Holzmangel, was eine strengere Reglementierung der Holzausfuhr nach sich zog. Kurköln verhängte erstmals im Jahre 1701 „*Verbote gegen die Ausfuhr von Holz und anderen Forstprodukten*“¹⁶⁷. Die Bestimmungen wurden der jeweiligen Holzmarktlage angepaßt; sie konnten zeitlich begrenzt, als Repressalie oder auch nur auf bestimmte Länder oder Städte angewendet werden.

¹⁶⁴ Verordnung vom 11. 6. 1724, vgl. SCOTTI, Nr. 366 und vom 19. 7. 1785, vgl. ebd., Nr. 808.

¹⁶⁵ „*Das Holz wird größtenteils in der Gegend konsumiert und findet eine Verschickung in entferntere Gegenden selten nur bis in die Gegend von Köln statt. Der Transport des Holzes geschieht nur auf der Achse und für den überaus selten vorkommenden Fall, das Verschicken von Holz bis in die Gegend von Cölln wird solches auf der Achse bis an den Rhein und von da auf Schiffen weiter gebracht.*“: Beschreibung des früheren Holzverkaufes aus dem Betriebswerk von 1829, S. 11.

¹⁶⁶ HSTA, Kurköln IV, 437.

¹⁶⁷ Das bis zum Jahre 1742 im westfälischen Teil des Kurfürstentums bestandene, dann wieder aufgehobene Verbot der Kohle- und Holzausfuhr wurde wegen des beim dortigen Bergbau empfundenen Holzmangels von Zeit zu Zeit erneuert. Ausfuhrverbote aus den Jahren 1747, 1768, 1769: vgl. SCOTTI, Bd. II, insbes. Nr. 494; hierzu s. a.: HSTA, Kurköln IV, 435/436, Cameralverfolge aus den Jahren 1701 bis 1776.

— „General-Berechnung Jahr 1750¹⁶⁸ —

deren vor verkauften Holtz und Abfall im Ambt Bonn pro anno 1750 in 51 eingegangenen und nach abzug der außgab einzubringenden geldern.

Empfang
und
Ausgab

Ambt Bonn	Rthl.	Albus	Heller
In diesem ambt seyend für verkauftes holtz laut cameral protokoll sub Numero 11 Lit. L eingegangen	813	30	
ferner seyend an abgefallenen reiseren windschlägen und obergehöltz laut anlag sub numero 12 Lit. M einkommen	122	20	
Item seyend auß denen auf der Godesberger bach und am Rhein verkauften weyden rahmen vermög anlag sub numero 13 Lit. N eingebracht worden.	163	43	4
Summa der einnahm	1099	93	4
Ausgab			
Von vorstehender Summa gehen ab und seyend verwendet worden			
1. dem Herrn von Harff für 1500 eichen stahlen sambt fuhrlohn, item für stahlen im Hardter busch zu graben und zu fahren in allem laut anlag sub numero 14 Lit. O zahlt	170	50	
2. dem von Harffischen förster, umb gute stahlen außzusuchen geschenckt	2		
3. denen arbeitsleuten aufm Röttgen für graben zu machen, junge pflanzen zu setzen und zu behäufen für den jagdweeg außzuwotten und für fuhrlohn laut schein sub numero 15 Lit. P bezahlt	352	70	
4. Frantzen von Hilberath für 100 junge stahlen zahlt	2	66	4
5. für sultz ¹⁶⁹ zu denen Hirschlecken laut quittung sub numero 16 Lit. Q zahlt	5	10	
6. denen arbeiteren von Merl für graben zu machen, pflanzen zu setzen etc. laut schein und quittung sub numero 17 Lit. R zahlt	189	22	
7. seyend zu dem Rheinbau in der Gronau verwendet worden laut specification sub numero 18 Lit. S	163	43	4
Summa der außgab	886	261	8

¹⁶⁸ HSTA, Kurköln IV, 442.

¹⁶⁹ „Sultz“, „Sülzen“ = „Salzlecke“, seit dem 16. Jh. in der Jägersprache; Salzspeise für das Wild; oft auch eine Mischung von Salz und Leimerde mit einigem Beisatz von Anis und Anisöl, welche als eine Lieblingslecke des Rotwildes bereitet wird, um es mehr an seinen Stand zu fesseln, nach v. TRAIN, Waidmannspractica, 1838, vgl. hierzu: GRIMM, Dt. Wörterbuch X, IV, 1942, S. 1055.

Specification der Außgab Rhein. Forstamt 1750¹⁷⁰

	Rthl.	Albus	Heller
Anno 1749 den 24. Novembris haben auf befehl des Herrn Forstverwalteren Ostler am Rhein gearbeitet mit rahm hauen und pflantzen 10 man, ihrer 9 bekommen pro dag ein jeder 13 stüber der weyden aufsichter so mit gearbeitet hat pro dag 15 stüber haben in allem 22 däg vor hundert fünfzehn plesinen zu binden gegeben pro 100 12 stüber	48	32	
vor sieben däg plesinen zu fahren gegeben pro dag 40 stüber	3		
vor die Rheinpfahl ¹⁷¹ zu machen und zu fahren an Peter und Michael Rheindorff zahlt	4	53	4
Anno 1750 den 5. Januari haben wiederumb in der Gronau angefangen zu arbeiten 12 däg 13 man, einem jeden pro dag gegeben 13 stüber	7	44	3
Dem Christoffel Henrichs als aufsichter hat pro dag bekommen 15 stüber	36	64	
vor 23 ¹ / ₂ däg plesinen zu fahren gegeben pro dag 40 stüber	9		
vor zwey neue stecheleysen ¹⁷² und die eysen zu scherfen dem schmitt gegeben	2	36	
dem Axenmacher vor die hämmer zu machen gegeben	1		
Summa	112	59	4

Stephan Ostler
Johan Georg Mant^{cc}

Waldmast

Bis zur Einführung der Methoden des modernen Landbaus, der erst eine Stallfütterung ermöglichte, bezog die Landwirtschaft aus der Mast im Walde einen für ihre Existenzsicherung nicht zu unterschätzenden Nutzen. Unter dem Einfluß des Merkantilismus und der wachsenden Holzknappheit entwickelte sie sich zu einer der wichtigsten Einnahmequellen der kurfürstlichen Verwaltung.

Der steigende Fleischkonsum machte die Schweinezucht zu einem bedeutenden Erwerbszweig der Grundherren und ländlichen Bevölkerung, der den wirtschaftlichen Kreislauf Kurkölns wesentlich beeinflusste. Nicht nur bei der Bevölkerung war der Konsum von Schweinefleisch seit dem 17. Jahrhundert stark gestiegen, sondern auch am kurfürstlichen Hofe war der Bedarf sehr groß. In einer undatierten mittelalterlichen Quelle wird erwähnt, daß der Erzbischof von Köln täglich

¹⁷⁰ HSTA, Kurköln IV, 441 (1749–1750). 1 Stüber = 16 Heller, 1 Albus = 12 Heller. Der Reichstaler ist hier mit 80 Albus bewertet.

¹⁷¹ Für Deichbau.

¹⁷² Stecheisen, Grabeisen der Wurzelsammler zum Ausgraben von Wurzeln, GRIMM, Dt. Wörterbuch X/II, 1919, S. 1222.

für seinen Hofdienst 24 größere und 8 mittelgroße Schweine für die Küche benötigte und an den drei großen kirchlichen Festtagen noch 12 der mittelgroßen extra¹⁷³. Im Jahre 1655 wurden allein 437 „*Dienstschweine*“ des kurfürstlichen Hofes Bonn in den Kottenforst zur Mast eingetrieben¹⁷⁴. Die volkswirtschaftlichen Schriftsteller jener Zeit, wie Kaspar Klock, versäumten nicht, die ökonomischen Vorzüge der Mastnutzung hervorzuheben¹⁷⁵. Die ökonomische Bedeutung dieses kombinierten land- und forstwirtschaftlichen Produktionsverhältnisses zeigt die Tatsache, daß der Wert eines zum Verkauf kommenden Waldbesitzes über die Schätzung des Ertragsniveaus von Eichelmast und Galläpfeln ermittelt wurde¹⁷⁶.

In keinem anderen Waldgebiet des Rheinlandes wurde die Nutzung der Eichelmast so intensiv betrieben wie im Kottenforst. Keine auf den Wald bezogene Nutzungsplanung wurde mit soviel Sorgfalt durchgeführt wie bei der Regelung der Mastnutzung. Die im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf aufbewahrten Mastregister¹⁷⁷ liefern genaues Zahlenmaterial über den Umfang des Mastbetriebes im Kottenforst. Allein im Jahre 1705 kamen über 5000 Schweine dort zum Eintrieb; doch war der Mastbetrieb abgesehen vom Eckerertrag auch durch übermäßige Holznutzung und Unwetter wiederholt nicht in vollem Umfang möglich. So 1759: „*In summa das gehölzt uff dem Cottenforst ist durch verhawen, verdorven, verschnitten, windschläg und sonsten dermaßen geschmälert und verdorven, das nicht möglich ist, soviel schwein zu mästen.*“ Die Belastbarkeit des Waldes war überschritten, letztlich muß der Druck der Viehweide und des hohen Wildbestandes zur Eckermast hinzugerechnet werden.

Der Ablauf der Mast vollzog sich nach den aus dem Mittelalter übernommenen Gewohnheiten und wurde erst durch die kurfürstliche Forstordnung des Jahres 1759 neuen Vorschriften unterworfen, die für alle Waldbesitzarten verbindlich waren¹⁷⁸. Der Zeitraum des Auftriebes wurde vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember begrenzt, wobei nur ältere Schweine zur Mastung kommen durften. Die „*Faselmast*“ wurde „*bei alter Observanz*“ (in der Regel nach einer erfolgten Vollmast) zugelassen. Jedem Eintrieb mußte ein „*Brennen*“ der Schweine vorausgehen, wobei man im wesentlichen zwei Ziele verfolgte: Erstens konnte der Hirte sein eigenes Vieh erkennen und zweitens war das mit der Überwachung beauftragte Forstpersonal in der Lage, den Mastbetrieb zu überwachen, insbesondere die Einzahlungen der Mastgelder. Die Hirten waren zur gewissenhaften Durchführung der Mast aufgerufen und bei Verletzung ihrer Aufsichtsfunktion zu

¹⁷³ Vgl. TEN CATE, Wan god mast gift S. 101.

¹⁷⁴ HSTA, Kurköln II, 1645.

¹⁷⁵ ENDRES, Waldbenutzung S. 172.

¹⁷⁶ KRAHL-URBAN, Die Eichen S. 20 f.

¹⁷⁷ Mastregisterauszug aus den Jahren 1614–1705; HSTA, Kurköln IV, 1261: Jahr 1614: „*Die Interessenten können bis zu 1000 Schweine eintreiben*“; aufgrund des schlechten Mastjahres wurden nur 700 eingetrieben; ursprünglich sollten bei guter Mast bis zu 2200 Schweine in den Wald. Jahr 1618: „*Aufgrund einer schlechten Mast konnten die 300 Dienstschweine des Kurfürsten nicht aufgetrieben werden.*“ Jahr 1679: „*Sind 2400 Schweine aufgetrieben worden.*“ Jahr 1705: „*mehr als 5000 Schweine*“.

¹⁷⁸ Forstordnung von 1759 §§ 54–62.

Schadenersatz verpflichtet. Die Entlohnung der Schweinehirten war großzügig; im Jahre 1655 erhielten 4 Schweinehirten 70 Gulden Lohn für etwa 70 Tage.

Clemens August wies im Jahre 1759 die Schöffen und Vorsteher der gemeinen Waldungen an, daß in ihren Wäldern unter dem Grundsatz „*Gleichheit zwischen Armen und Reichen*“ die Mast zu erfolgen hätte, wozu er näher ausführte, daß „*die Reichen, zum Nachteil der Armen nicht zu viel Schwein aufreiben, und dadurch verursachen, daß weder ihre viele, weder deren Arme wenige Schweine feist und gut werden mögen*“. Gleichfalls verbot er das „*Sammeln der Eicheln in ihren Waldungen*“ mit der Ausnahme, daß solches „*zur Anpflanzung deren Eichel-Kämpen oder Besaamung leerer Plätze erforderlich würde*“. Eine besonders nachteilige Erscheinung bestand im „*Schneiteln*“¹⁷⁹, wobei meist im Falle einer geringen Mast zusätzlich frisches Laub von den Bäumen abgeschlagen wurde. Die schädlichen Auswirkungen dieser Futtergewinnung auf Kosten des Waldes stellte man aber erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter Strafe.

Die Kenntnisse über die Wechselbeziehung von Mastertrag und Waldaufbau scheinen sich auf der Grundlage überlieferten bzw. empirischen Wissens gebildet zu haben. Das Resultat dieser Entwicklung war die besondere Unterschützstellung der Eiche und die vielfach überalterten („*abständigen*“) Bestände. So erhellt aus der Auswertung der früheren Mastregister, die z. T. in verschlüsselter Form Auskunft über die Mast- bzw. Samenproduktion geben, daß der damalige Bestandsaufbau eine wesentlich höhere Samenproduktion von Eiche und Buche zur Folge hatte, und erklärt, warum die Schweinemast von Jahr zu Jahr, z. T. mit unterschiedlicher Intensität, ihren Fortgang finden konnte¹⁸⁰.

Ein Zusammenhang zwischen Mastertrag und der Anzahl der zu mästenden Schweine ist der Untersuchung des Freiherrn von Hobe aus dem Jahre 1805 zu entnehmen. Er gibt an, daß „*für das Mästen eines Schweines bei einer Vollmast in geschlossenem Gehölz 24 starke bis mittlere Eichen erforderlich sind; an freistehenden Eichen ist nur die halbe Zahl nötig*“¹⁸¹.

Im allgemeinen begünstigte der damalige Bestandsaufbau in kürzeren Abständen „*Vollmast*“. Eine „*halbe Mast*“ lag vor, wenn Eichen und Buchen nur zur Hälfte Früchte trugen, bei einer „*Sprengmast*“ war so wenig Eckerich vorhanden, daß die Schweine im ganzen Walde auf Suche nach Eckerich gehen mußten. Hier-

¹⁷⁹ Das Schneiteln dient heute noch in mediterranen Waldgebieten zur Futterversorgung des einzutreibenden Viehs, wie der Verfasser anlässlich eines Algerienaufenthaltes wiederholt feststellen konnte (GTZ-Aurès-Projekt). Vgl. hierzu A. HEXGES: Range management as an integral part of silvicultural management. In: Reforestation and Forest Utilization under semiarid conditions. Feldaing and Eschborn 1979.

¹⁸⁰ Die Arbeiten von SCHWAPPACH (1895) und DENGLE (1935), die sich mit der Eichel- und Bucheckernproduktion befassen, können mit ihren Ergebnissen auf die früheren Verhältnisse nicht übertragen werden, da sie sich an Waldbildern, die von der modernen Forstwirtschaft beeinflusst sind, orientieren. TEN CATE, Wan god mast gift S. 220 f.

¹⁸¹ J. H. VON HOBE, Freymüthige Gedanken über verschiedene Fehler bey dem Forsthaushalt, insbes. über die Viehhude in den Holzungen, deren Abstellung und Einschränkung, Ehrenbreitstein 1805. Vgl. HESMER, Wald- und Forstwirtschaft S. 390.

für mußte ein „*Sprenkelgeld*“ entrichtet werden. Für die Buchenmast benützte man ebenfalls synonym den Ausdruck „*Halbmast*“, weil sie weniger gut mästete als die Eichelmast. Daher sprach man von „*halbmästigen*“ Hölzern, wenn sie nur Buchenmast enthielten¹⁸². Neben der „*Obermast*“, die aus Waldfrüchten einschließlich Haselnuß und Wildobst bestand, nahmen die Schweine auch die „*Untermast*“ (Würmer, Engerlinge, Trüffel, Wurzeln) auf. Es gab einen Voreckerich, der sich von Oktober bis Weihnachten erstreckte und den Nacheckerich in den Monaten Januar bis April, der aber auch nur in Vollmastjahren möglich war.

Außer abiotischen Faktoren (z. B. Klima, Witterungsverlauf), die die Höhe der Samenproduktion wesentlich bestimmten, erfahren wir von biotischen Einflüssen sehr wenig. Nur einmal liefert ein Buschkommissionsprotokoll aus dem Jahre 1711 den Hinweis, „*daß im Vorsommer die Bäume durch Ungeziefer einschließlich Eicheln und Blätter kahlgefressen ... und deshalb keine Ecker stattfinden wird*“¹⁸³ und der Schaden auf ein Auftreten des Eichenwicklers (*Tortrix Viridana*) deutet.

Hinsichtlich der Verjüngungsverfahren der Eichenbestände trat neben den früher üblichen Pflanzungen die Naturverjüngung auf, deren Erfolg offensichtlich erst durch den Schweineeintrieb sicher war. Wie in einer Untersuchung von Fröhlich¹⁸⁴ hervorgehoben wird, ist das Umbrechen des Bodens durch Wild- und Weideschweine eine der wichtigsten Voraussetzungen für das hervorragende Gelingen von Eichennaturverjüngung, wie dies teilweise in Ländern Südeuropas noch angewandt wird. Die Begriffe „*Vor- und Nachtriff*“, die offensichtlich als feststehende Begriffe in den Forstordnungen auftreten, haben sicherlich eine solche Verfahrensweise im Hinblick auf die Naturverjüngung der Bestände mit beinhaltet. Die Schweine wurden so lange in die zu verjüngenden Altbestände eingetrieben, bis die Eicheln der Hauptmast abzufallen begannen. Bei der Aufnahme der Eicheln („*Vormast*“) wurde die Bodenvegetation aufgebrochen und der Boden gelockert. Wenn die Flächen dann rechtzeitig in Schonung gelegt wurden, fanden die abfallenden Eicheln der „*Hauptmast*“ einen gut vorbereiteten Boden. Krahel-Urban¹⁸⁵ führt das Gelingen solcher Naturverjüngungen auch auf die seinerzeit wohl geeigneten Schweinerassen zurück.

¹⁸² Der Nährwert der in Eicheln enthaltenen Trockenfuttermasse entspricht dem der Gerste und des Maises. (Vgl. H. NIETSCH, Wald und Siedlung im vorgeschichtlichen Europa. Unter besonderer Berücksichtigung der jüngeren Steinzeit, Leipzig 1939, S. 81.)

¹⁸³ HSTA, Kurköln IV, 401.

¹⁸⁴ Vgl. KRAHL-URBAN, Die Eichen S. 220.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁵ Forstordnung von 1718: „*Unberechtigte sollen kein Vieh auftreiben.*“ Forstordnung von 1741: „*In die Büsch keine Ziegen ... noch Schaaff ... auch kein Rindvieh in die Hecken getrieben werden. In die hohe Busch (Kottenforst) nur von Berechtigten, jedoch daß ein District auff einige Jahr freibleibe.*“ Forstordnung von 1759: s. vor allem §§ 63–70 (teilweise Wiederholungen der Forstordnungen von 1728 und 1741).

Waldweide

Im Gegensatz zu den Weistümern des Spätmittelalters enthalten die landesherrlichen Forstordnungen verschärfende Vorschriften über die Waldweide¹⁸⁵. Neben der Bedrohung des Waldwachstums befürchtete Kurfürst Joseph Clemens einen schädlichen Einfluß auf die Entwicklung der Wildbestände, weil sie nämlich durch die Waldweide „*unersetzlich ewigen Schaden und vollends veröden und die wiltpahn gänzlich mit zu grundt gehen müeßten*“¹⁸⁶.

Bevor sich eine Ordnung durch den stetig steigenden Druck der Waldweide auf den Kottenforst gebildet hatte, gab es ständig Rivalitäten unter den Berechtigten. Ein Protokoll aus dem Jahre 1629 beschreibt das Bemühen der westlichen Kottenforstgemeinden, den Eintrieb des Viehs in Zukunft besser zu regeln¹⁸⁷.

Ziegen waren wegen ihres schädlichen Einflusses auf die Waldentwicklung schon früh von der Waldweide ausgeschlossen. In der „*Polizey-Verordnung*“ aus dem Jahre 1595 wird sogar die Abschaffung der Ziegen angeordnet; ab 1692 gestatteten die Landesherren wieder die Stallfütterung der Ziegen¹⁸⁸. Die Schafhaltung spielte im Bonner Raum eine untergeordnete Rolle. Sie wurde meist nur von einzelnen größeren Höfen betrieben. Ihr waldschädigender Einfluß hielt sich in Grenzen, und erst 1788 stand die Schafweide für die Gemeinheitswäldungen von Meckenheim unter Verbot¹⁸⁹. Die Bonner Metzgerzunft besaß seit jeher das Recht, auf der „*Kurfürstlichen Gronau*“ Schafe weiden zu lassen¹⁹⁰.

Die Forstverwaltung war bemüht, durch umfangreiche Schutzmaßnahmen das erschreckende Ausmaß der Waldweide in den Griff zu bekommen. Die Verbißschäden durch das Vieh erwiesen sich als so groß, daß die Berechtigten verpflichtet wurden, den Ausfall der Verjüngung durch das jährliche Pflanzen von „*Eichenstahlen*“ zu ersetzen¹⁹¹. Unter dem Druck der Viehweide ordnete die Forstverwaltung in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts den Schutz der Verjüngungsflächen an. Das Beweiden wurde so lange untersagt, bis die jungen Pflanzen „*dem Maule*

¹⁸⁶ HSTA, Kurköln IV, 412.

¹⁸⁷ HSTA, Kurköln II, 1638 von 1629: Bedingungen für den Viehtrieb im Kottenforst. Für die „*Übertrifft*“ mußten die Flerzheimer an den Kurfürsten 24 Malter Hafer und den Hirtenlohn entrichten.

¹⁸⁸ SCOTTI, Nr. 37, 191, 561.

¹⁸⁹ HSTA, Kurköln IV, 476 Kurfürstlicher Befehl vom 31. Mai 1788 an den Stadtrat zu Meckenheim, „*das Schafweiden in die jungen Gemeinheitswäldungen ganz einzustellen*“ (einziger Aktenvermerk über ein Weideverbot von Schafen).

¹⁹⁰ HSTA, Kurköln IV, 1265 vom Jahr 1792.

¹⁹¹ Die Stadt Meckenheim und die Dorfschaften Lüftelberg, Merl, Adendorf, Villip, Muffendorf, Röttgen und Ippendorf sind verpflichtet, jährlich Eichenstahlen zu setzen. Anzahl: 1010 Stahlen für 33 Reichstaler 10 Stüber sowie die Pflanzungskosten von 2 Stüber pro Pflanze an das Rheinische Forstamt abzuführen. Später wurde die Pflanzung durch das Forstamt selbst durchgeführt, da sie von den Berechtigten unbefriedigend ausgerichtet wurde.

des Viehs“¹⁹² ent wachsen waren¹⁹³. Vielerorts legte man zum Zwecke der Verjüngung in der Nähe der Weidebezirke kleinere Waldteile „in Zuschlag“ (Einzäunung), woran uns die Forstortsbezeichnungen „Merler Zuschlag“, „Pecher Zuschlag“ etc. heute noch erinnern. Als flankierende Schutzbestimmung wurde den Gemeinden auch das „Streuhausen“, worunter man das Abhauen der jüngeren Triebe zum Zwecke der Viehfütterung verstand, in Zuschlägen untersagt¹⁹⁴. Obristjägermeister von Weichs verteidigte im Jahre 1791 die hohen Ausgaben für Neuanpflanzungen im Kottenforst gegenüber dem Kurfürsten Max Franz mit den Worten: „Da es an Viehtrifften wimmelt, sey es angebracht, eher zu viel als zu wenig zu pflanzen.“¹⁹⁵

Trotz der verschärften Kontrollen durch die Forstbeamten blieb es nicht aus, daß viele Unberechtigte (insbesondere aus den „jülischen Dörfern“) aus den entferntesten Gegenden ihr Vieh im Kottenforst weiden ließen. Der Kurfürst drohte den „Unberechtigten“ mit der „Confiscirung“ des übertreibenden Viehs¹⁹⁶. Die Bauern beklagten die Beschränkung der Waldweide, da sie ihre Existenz bedrohte. Im Jahre 1760 richteten die Meckenheimer Bauern an Kurfürst Clemens August die Petition, wegen der lang anhaltenden Trockenheit den Kottenforst für die Waldweide freizugeben, da sie sonst genötigt seien, ihr Vieh notzuschlachten¹⁹⁷.

Ursachen der Waldverwüstungen

Erst mit den Forstordnungen des 16. Jahrhunderts zeigen sich erste Ansätze, welche der regellosen Rodung und Verwüstung der Wälder Einhalt gebieten sollen. „Wenn wir gleichwohl in diesen Forstordnungen nicht den Anfang der modernen, rationellen Forstwirtschaft erblicken können, so hat das seinen Grund in der Tatsache, daß die Verwirklichung rationell-forstwirtschaftlicher Grundsätze noch allzu viele Hindernisse im Wege standen, die kaum vor dem Ende des 18. Jahrhunderts weggeräumt worden sind“ (Sombart)¹⁹⁸. Von wesentlicher Bedeutung für die Überbeanspruchung der Wälder war das Fortbestehen der aus dem Mittelalter überkommenen Agrarverfassung bis in die frühkapitalistische Epoche hinein¹⁹⁹.

¹⁹² HSTA, Kurköln IV, 406 von 1742: Buschkommissionsprotokoll: „Auch müßte jeder Ort in Zuschlag gelegt werden.“

¹⁹³ HSTA, Kurköln IV, 485 (Jahr 1791): „Auch die zur weide und viehtrifft berechtigten nirgends eintreiben und fahren zu lassen, wo das holtz dem viehe noch nicht aus dem maule gewachsen ist. Welche einschränkung sich auch jeder zum weidgange im walde berechnigte in rücksicht des allgemeinen besten und der aufnahme der unentbehrlichen holtzcultur wohl gefallen lassen werden und müssen.“

¹⁹⁴ HSTA, Kurköln IV, 428: Verordnung vom 8. 6. 1787.

¹⁹⁵ HSTA, Kurköln IV, 485.

¹⁹⁶ Forstordnung von 1718.

¹⁹⁷ HSTA, Kurköln IV, 1262 von 1760: Petition der Meckenheimer Bauern an Kurfürst Clemens August: „Durch die langwierige trockenheit und durch vielfältigen mausbiß seyen die felder verdorben, daß nichts von stoppelrüben, noch gras, noch klee darin zu finden, ... zu treiben das hornvieh in den waldt, um nicht schlachten zu müssen“ (gezeichnet vom Bürgermeister und Rat zu Meckenheim).

¹⁹⁸ W. SOMBART, Der moderne Kapitalismus, II: Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, vornehmlich im 16., 17. und 18. Jahrhundert, 2. Halbbd., München und Leipzig 1917, S. 647.

¹⁹⁹ Vgl. PACHER, Untersuchung S. 24 f.

Der schlechte Zustand der Wälder im Erzstift schien eine der Hauptsorgen der Kurfürsten von Köln gewesen zu sein, eine Tatsache, die sie ausnahmslos in allen Forstordnungen beklagten: „... *das Gehölz und Waldungen aber von fernerner Verfall, die Landschaft von Mangel an nöthigen Brand- und Bau-Holz gerettet ... werden mögen*“²⁰⁰.

Die Ursachen dieser Waldzerstörung, die Sombart generell für die deutschen Verhältnisse im Zeitalter des Frühkapitalismus beschreibt, sollen für das Erzstift und insbesondere für den Kottenforst näher untersucht werden.

In erster Linie sind hier die traditionellen Bindungen der mittelalterlichen Waldbenutzung durch die übermäßig betriebene Viehweide, die schädlichen Nebennutzungen (Plaggen- und Streugewinnung) sowie die unwirtschaftliche Ausnutzung des Holzes zu nennen. Besonders nachteilig auf die Waldentwicklung haben sich die Belagerungen und die dadurch verursachten Verwüstungen durch die französischen Truppen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ausgewirkt. Allein im Jahre 1689 befanden sich 4000 Mann zu Fuß und 750 zu Pferd im Bereich des Kottenforstes²⁰¹. Ein Umstand, der auch in den Präambeln der Forstordnungen von 1692 und 1718 berücksichtigt wird: „*Unseres Erzstiftes Collen alleinige Gewalde und Büschen bey voriger und jetziger noch wehrender Kriegs-Unruhe ... gantz und zumahlen verhauen*“ (1692), „*durch vorgewesene Kriegs-Zeiten (die Wälder) in solche Verwüstung und verderblichen Stand gerathen*“ (1718). Nach den Aufzeichnungen des Waldförsters Johann Gerhardt aus dem Jahre 1692 erfahren wir den Umfang des abgefahrenen Holzes. Oberst Linden von der Bonner Garnison veranlaßte den Abtransport von „*1000 Wagen Holz*“. Ein Oberst Distelink soll sogar mehr als „*2000 Wagen Holz*“ aus dem Kottenforst verführt haben, ohne vorherige Absprache mit der Forstverwaltung. Die Proteste der Förster nach diesen brutalen Eingriffen blieben erfolglos. Selbst anlässlich einer Besichtigung des Kurfürsten aufgrund der Vorkommnisse — so die Protokollaussage des engagierten Försters Gerhardt — hat er „*keinen Beistand bekommen, ... der schad uff dem Kottenforst schwerlich groß seyen*“²⁰². Aber nicht nur der hohe Holzbedarf des Militärs, sondern auch die drückenden Kriegslasten und Kontributionen, welche u. a. über Holzverkäufe abgedeckt werden mußten, wirkten sich nachteilig aus.

Die einst vorratsreichen Eichenbestände des Kottenforstes verwandelten sich im Laufe der Zeit vielerorts in verlichtete Ausschlagwälder mit teilweise überalterten („*abständigen*“) Eichen, in dem Espen und Birken als bestandbildende Hauptbaumarten einen immer größeren Standraum eroberten.

²⁰⁰ Forstordnung von 1759.

²⁰¹ Über die französischen Truppen in Bonn, s. EDITH ENFEN und DIETRICH HOROLDT, Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn 1976, S. 134 f.

²⁰² HSTA, Kurköln IV, 1259, fol. 82 von 1692: Protokoll über die durch die Bonner Garnison verursachten Schäden im Kottenforst.

Das erste „*Buschprotokoll*“ vom 16. Oktober 1610 bezeugt die Waldverwüstungen im Kottenforst: „*Es liegt noch ziemlich holtz im busch so von dem noch 1609 eingefallenen sturmwind, aus welchem etzliche hundert wagen holtz ohne des busches schaden zusammengebracht werden mögen.*“ Auf die besondere Erschwernis der Holzbringung wird hingewiesen. „*In der Dicke, in der Dhörn und im Bergerroth etwa 500 morgen mit lindenbüschen, espen und dergleichen ziemlich überwachsen, weil Jahre hindurch die Bezirke geplündert, ... 50 wagen schlagholtz, ferner waltzholtz und brandholtz zu allen dingen muß sowohl bei der bönnischen als auch ihrer Churfürstlichen hoffhaltung gewußt werden bei winterszeit gefällt werden solle.*“ Ferner erwähnt das Protokoll die Überlastung der Förster und vermehrte Holzplünderung durch das Volk.

Ausgenommen von diesen Waldbildern waren die „*Probsteyischen Büsche*“ im Nordwesten des Kottenforstes, wo sich „*viel ansehnliche höltzer erfunden, welche abzuhausen dem Busche nicht schädlich sey*“²⁰³.

Die aus dem 17. Jahrhundert und heute noch gebräuchlichen Forstortsbezeichnungen (vgl. Forstkarten der Forsteinrichtung) lassen auf die seinerzeitige Waldverfassung schließen, wie z. B. die Forstorte „*Am Knüppelshecke*“ (Brennholzbusch), „*Leuschhecke*“ (mundartl. „*Leusch*“ = „*Gestrüpp*“: Schlehen, Himbeeren), „*Grieshecke*“, „*In der Dicke*“ (= „*Dickicht*“, heute „*Dickskante*“), „*Thiergarten*“ (landesherrlicher Waldgarten, besonders feuchte Gründe und Brüche und zur Hegung des Wildes); hinzu kamen die völlig devastierten, verlichteten und verjüngungsfreien Waldweidebezirke oder Triften der berechtigten Gemeinden.

Die Hofhaltung in Bonn und die veränderte Lebensweise des Adels, welcher nach und nach in oder in die Nähe der Residenzstadt zog, nötigte die Kurfürsten, immer tiefer in die natürliche „*Sparkasse*“ des Waldes zu greifen. Die hohen Wildbestände, die im Rahmen der höfischen Jagd gehalten wurden, führten zu enormen Schädigungen im Walde. Neben der ausgiebig betriebenen Eckernttrift des Hausviehs diente die Mast als Äsung des Wildes und verhinderte eine Verjüngung der Bestände. Die spärlich vorhandenen Kernwüchse und Stockausschläge wurden schließlich ein Opfer der hohen Rotwildbestände. Zur Pflege der hohen Wildbestände wandelte man größere Flächen in sog. Wildplätze (Blößen) um, wo zusätzlich Salzlecken für das Rotwild eingerichtet wurden, wie die Forstortsbezeichnungen „*Sülzenblech*“, „*Spürkelsblech*“ (eine seinerzeit freie und mit Wacholder bewachsene Fläche) und „*Thiergarten*“ beweisen.

Auch das Artengefüge der Krautschicht veränderte sich. Ellenberg²⁰⁴ kommt zu dem Ergebnis, daß bei dem mittelwaldartigen Aufbau der Wälder die Krautschicht artenreicher war und viele lichtliebende Pflanzen ihr Dasein den regelmäßig erfolgten Brennholzschnitten verdankten. Diese Lichtungsanzeiger verschwinden allmählich, wenn man den Mittelwald zum Hochwald durchwachsen läßt. Das parkartige Stadium des Kottenforstes führte zur Ausbreitung oder Neu-

²⁰³ HSTA, Kurköln IV, 1259, fol. 135.

²⁰⁴ ELLENBERG, Vegetation Mitteleuropas S. 30 f.

ansiedlung von „Weideunkräutern“, von denen der Wacholder in den Waldprotokollen häufiger erwähnt wird. Der Wacholder, der dort als „*Sprock*“ bezeichnet wird, diene als Schutz gegen Wildverbiß und Schäden durch weidendes Vieh, indem man die Neuanpflanzungen mit Wacholderstauden einfriedete. Kurfürst Joseph Clemens erließ im Jahre 1715 das Verbot des Wacholderklopfens unter besonderer Berücksichtigung, daß der Wacholder in den landesherrlichen Waldungen für die Hasen und Feldhühner als Remisen erhalten bleibe²⁰⁵. Auf das zahlreiche Vorkommen des Wacholders verweist auch die Verpachtung des „*Wacholderschlages*“ im Großen Kottenforst 1790²⁰⁶.

Die an den Kottenforst angrenzenden Waldbesitzungen, darunter auch die markgenossenschaftlichen Waldteile, wiesen ähnliche Zustände auf. Die Markwaldungen von Buschhoven und Morenhoven, die ehemals unter strenger Selbstverwaltung noch einen gepflegten Zustand aufwiesen, waren nach dem Buschprotokoll des Hofkammerrats Noyseux aus dem Jahre 1718 vollständig devastiert. So bemerkt er zum Buschhovener Wald: „*Der Buschhovener Dannenwald aber, welcher gänzlich ausgerottet, muß entweder aufs neu besetzt oder sonst zu einer Weide optiert werden, haltet etwa 40 Morgen und bringt nichts ein.*“ Und zum Morenhovener Forst: „*Dieser Waldt haltet etwa 300 Morgen, ist völlig ruiniert, muß aufs neu angepflanzt, vom Viehe befreit und hernächst in regulierte Haue ad 25 Jahren gerichtet werden. Aus dem gemeinen Morenhovener Wald, woraus die Kurfürstlichen Güter zu Busch- und Morenhoven als auch verschiedene andere Beerbte sich gefunden, kann auch jährlich nichts verkauft werden.*“²⁰⁷

Die ungeregelte Waldwirtschaft hatte die Holzvorräte seit dem Spätmittelalter in einem bedenklichen Ausmaß verringert und die Produktionskraft des Waldes weitgehend geschwächt, so daß eine nachhaltige Holzversorgung aus dem Kottenforst und den umliegenden Waldgebieten gefährdet war.

Wie sich das Waldbild des Kottenforstes in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gestaltete und durch welche Maßnahmen eine Verbesserung der forstlichen Verhältnisse erreicht werden sollte, gibt das von Forstverwalter Stephan Ostler am 12. Oktober 1742 verfaßte Protokoll wieder. Da es sich um die bis dahin ausführlichste Waldbeschreibung handelt, die schon nach Forstorten aufgegliedert ist, soll sie nachfolgend ungekürzt wiedergegeben werden:²⁰⁸

„In der Dicke, welche noch auszumessen ist, finden sich viele abständige Eichen. In einem Teil des Kottenforstes, an der Meckenheimer Bahn, ist kaum Holz vorhanden wegen der Eintreibung des Hornviehs und Holzdiebereien. Auch gibt es kaum Untergehölz und Ausschlag.

²⁰⁵ HSTA, Kurköln IV, 1676: Verbot des Wacholderklopfens aus dem Jahre 1715.

²⁰⁶ HSTA, Kurköln IV, 489.

²⁰⁷ HSTA, Kurköln IV, 433.

²⁰⁸ Protokollabschrift: HSTA, Kurköln IV, 406.

Im Tiergarten ist allerhand Untergehölz vorhanden und auch Eichen, die genutzt werden können. Die Heubinder aus Bonn sollen den Forellenweiher gepachtet haben. Es wäre also zu untersuchen, ob das Rahmen- und sonstige Gehölz darinnen nicht besser eingerichtet werden könnte.

Das Bergerroth ist, wie der übrige Kottenforst, wo Vieh getrieben wird, mit abständigen Eichen nur schlecht besetzt, ein Distrikt aber, welcher von dem Waldförster beaufsichtigt wird, ist mit jungem Ausschlag wohl versehen.

Die Dörn (Darne) sind mit Unterholz und alten Eichen versehen, deswegen, weil hier, wie auch in der Leuschhegg und der Dicke, kein Vieh geduldet wird.

Die Geyßhegg ist, wie die vorher genannten, doch nicht in ganz so gutem Zustand.

Der Merlerbroich ist teils mit gepflanzten, teils mit abständigen Eichen besetzt, desgleichen der Buscheschau.

Die Leuschhegg ist mit starken Maibüschen (Birken) und alten Eichen gut bewachsen.

In einem großen Distrikt des Kottenforsts ist das Holz morgenweise verlehnt (pro Morgen 9 Stüber jährlich). Dieses Gebiet heißt der gelehnte Kottenforst²⁰⁹. In diesem Distrikt müßte befohlen werden, daß die Pächter nach Anweisung des Försters Stahlen (Eichenheister) errichten lassen sollen.

Mit der Steinsetzung im Kottenforst müßte fortgefahren werden, um die Grenzen eindeutig festzulegen.

Die Huth (Hutung) des Försters Mandt (heute: bei Schönwaldhaus) ist deswegen so schlecht besetzt, weil die Possung (Pflanzung) anderwärts im Kottenforst für 3 Stüber pro Stück gemacht wird, hierinnen aber aus Mangel der Anschaffung nicht geschehe.

In dem hinter dem Schloß (Herzogsfreude) gelegenen Hau, in welchem kein Vieh geduldet ist, finden sich Espen, Hainbuchen, Eichen, Linden und Rahmenholz, wie auch viele junge Eichenstahlen. Aus diesem Gebiet wird das nötige Brandholz für den Jäger beschafft, auch dasjenige, was der Buschhüter Halbwinzer zum Ackerbau benötigt. Die gleiche Beschaffenheit hat auch der Haam Heydenhof, außer, daß das Wachstum nicht so gut zunimmt.

Der Morenhovener Wald, der der Erbbusch der Frau von Schall, des Herrn von Geyr und der Frau von Kolb ist, ist, wo kein Vieh getrieben wird, mit gutem Untergehölz und recht brauchbaren Eichen versehen. Wo aber Vieh ist, ist es zwar mit Eichenoberholz, aber mit keinem Schlagholz versehen. Der anschlie-

²⁰⁹ Die Vermessung 1716 ergab eine Fläche von 1134 Morgen: HSTA, Kurköln IV, 521.

ßende Busch (Morenhovener Wald)²¹⁰, der dem Kurfürst gehört, ist auf gleiche Art bewachsen, müßte jedoch mit Grenzsteinen versehen werden. Es sind im Kottenforst zwar Zuschläge angelegt, die Morenhovener trieben aber dessen ungeachtet ihr Vieh durch den Distrikt.

Es müßte in Zukunft verboten sein, daß im Kottenforst eigenmächtig Holz geschlagen wird.

Die um Oedekoven und Gilsdorf gelegenen Büsche sind in schlechtem Zustand, und es wäre nötig, sie besser zu bepossen (bepflanzen), Grenzsteine zu setzen und den Leuten zu befehlen, daß sie nur die gewöhnlichen Straßen benutzen sollen. Früher wurden die Rahmen für die Gilsdorfer kurfürstlichen Weingarten aus dem Oedekovener oder Gilsdorfer Distrikt genommen, jetzt müssen sie im Kottenforst gehauen werden. Es wäre also danach zu trachten, daß das wieder in den vorherigen Zustand gebracht würde“.

Verbesserung der forstlichen Verhältnisse

Forstpolitische Maßnahmen

Die Kurfürsten von Köln versuchten, dem Holzmangel und der Devastierung der Wälder insbesondere durch restriktive Maßnahmen zu begegnen. In der Reglementierung des Holzverbrauchs erkannten sie das wirksamste Mittel ihrer Forstpolitik. Der Katalog der hierzu erlassenen Verbote nahm mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts ein erschreckendes Ausmaß an.

Für den Bau eines Hauses etwa war ein „Attestat“ zu erbringen, das von einem „Werksverständigen“ erstellt werden mußte, aus dem die Menge des zu verbauenden Holzes hervorging. Das Attestat über das nötige Bauholz „zur Erbauung des Münchhausen Hofes“ aus dem Jahre 1751 betrug immerhin 9925 Fuß²¹¹. Selbst

²¹⁰ Umfaßt etwa die Hälfte des Morenhovener Waldes, heute Staatswald.

²¹¹ Attestat des Zimmermanns Meister Niclas Rinckelbach über das zur Erbauung des Münchhausenhofes erforderliche Bauholz *:

„Zu Erbauung des Münchhausen hofhausß wird ahn bawholtz erfordert		fuß
Erstlich	3 tragbalcken jeder 59 fuß lang facit	177
Zweytens	75 balcken jeder 36 fuß facit	2700
Drittens	auff die Maur so 59 fuß in die länge und 36 fuß in die weithe doppelte Maur latzen facit	4248
Viertens	40 Kästeren jede 28 fuß lang facit	1120
Fünfftens	16 Tach posten jeder 12 fuß lang facit	192
Sechstens	16 Kehlbalcken jeder 18 fuß facit	288
Siebtens	Vor die Tachreyne (Dachrinne)	200
Achtens	Vor schächt und reyholtz vor die unterschläg zusammen	1000
Summa		9925

Daß obiges beschreiben angaben nach erforderlich, thuet unterschriebener Zimmer mann
Meister Niclas Rinckelbach krafft unterschrifft attestierent bescheinigen
Adendorff den 31 ten July 1751

Meister Niclas Rinckelbach
Zimmer Mann“

* HSTA, Kurköln IV, 514.

auf die Bauausführung wurde Einfluß genommen, wie die Vorschrift besagt, „*daß die Schwellen (Balken) nicht auf dem Grund, sondern so hoch gelegt werde, damit der Fäulung nicht so leichtlich unterworfen werde*“. Den Handwerkern untersagte man die in früheren Zeiten übliche Holzfällung im Walde. Das zum Brennen von Branntwein benötigte Holz durfte nur noch aus dem eigenen Walde bezogen werden.

Die meisten Vorschriften dienten der Schonung der Waldbestände, wie z. B. das Verbot des „*Heidebauens*“ und „*Waldstreumachens*“²¹², das Verbot des „*Lohschälens*“²¹³, das Verbot des „*Besenreismachens*“²¹⁴ oder die Schützung der „*Zuschläge*“ usw. Sie wurden durch Aushang bekanntgemacht oder kamen in der Kirche zur Verlesung.

Im Jahre 1752 verbot Clemens August zum Einhalt weiterer Zerstörungen und Plünderungen in den kurfürstlichen Waldungen und wegen des ansteigenden Holzbedarfs den „*Zuzug von Unbemittelten, da den alten Einwohnern Eygenthumbern an ihren Weydt Schweidt Holtz und anderen Gerechtigkeiten ... Schad und Nachteil zugefügt werde*“²¹⁵. Seit dem Jahre 1741 waren auch „*neueintretende Gemeinde-Glieder*“ zur Pflanzung von 2–3 Bäumen in den Gemeindewaldungen verpflichtet²¹⁶. Bei der Umfriedung der häuslichen Anwesen und der landwirtschaftlichen Nutzflächen durfte kein Holz verwendet, sondern mußten statt dessen lebende Hecken gezogen werden²¹⁷. Kein Verbot wurde in der kurkölnischen Zeit häufiger erneuert als das Verbot über das Hauen von Maibäumen. Letztlich untersagte Kurfürst Max Franz das Abbrennen des Martins- und Osterfeuers „*wegen der damit verbundenen Walddevastationen*“²¹⁸.

Hinsichtlich der Umwandlung von Wald- in Ackerboden wurden im 18. Jahrhundert neue Vorschriften erlassen. Selbst kleinflächige Umwandlungen durften nur mit Genehmigung des Landesherrn durchgeführt werden. Die Rodeverbote wurden als „*Waldschutzedikte*“ neben den bestehenden Forstordnungen separat an öffentlichen Gebäuden zum Aushang gebracht. Erwähnenswert ist die Verordnung Clemens Augusts „*gegen die mißfälligst verspürte Ausrottung deren Waldungen*“ aus dem Jahre 1746, die sein Nachfolger, Max Franz, im Jahre 1785 mit

²¹² HSTA, Kurköln IV, 423.

²¹³ HSTA, Kurköln IV, 427.

²¹⁴ HSTA, Kurköln IV, 429, von 1787.

²¹⁵ HSTA, Kurköln IV, 422.

²¹⁶ Forstordnung vom 27. 5. 1741.

²¹⁷ Forstordnung von 1666: Es „*sollen lebende Dörnen, Hecken und Wiesen und Gärten gesetzt und als Zaun- und Steckenholtz so viel mögliche erspart werden*.“ (SCOTTI, Nr. 114).

²¹⁸ HSTA, Kurköln IV, 414; Edikt gegen das Hauen von Maibäumen, insb. im Amt Kempen, 8. Febr. 1686: „*... daß jährlich am ersten Tag des Monats Mai, wie auch bei den gewöhnlichen Gotestrachten, Kirchmeßen und anderen dergleichen Tagen die loßledigen Gesellen und Knechte heuffige Bircken und anderen Bäumen und zwaren die längste, starckeste u. beste*“ aus den Wäldern „*bei nächtlichem Werke fällen und schleppen und vor Wirtschaften aufstellen*“. Verordnung vom 15. 1. 1788: „*Die Anlegung sog. (nächtlicher) Martins- u. Oster-Feuer wird, wegen der damit verbundenen Walddevastationen u. des dabei vom zusammen gelaufenen jungen Volke getriebenen Unfuges, für die Zukunft verboten; die Lokalbehörden sollen die Contravenienten u., den Umständen nach, deren Eltern unnachsichtlich bestrafen*.“ (SCOTTI, Nr. 867).

zusätzlich verschärfenden Bestimmungen neu erließ, indem er u. a. das „*Wiederaufforstungsgebot*“ unerlaubt umgewandelter Flächen einführt²¹⁹.

Ansätze einer waldbaulichen und betrieblichen Planung

Die allgemeine wirtschaftspolitische Situation und die sich hier abzeichnenden Veränderungen — insbesondere das durch Physiokraten und Wirtschaftsliberalismus beeinflusste wirtschaftliche Denken mit dem Ziel einer Hebung der Bodenkultur — konnten auch auf die praktische Waldbewirtschaftung nicht ohne Auswirkung bleiben²²⁰.

In den Forstordnungen zu Beginn des 18. Jahrhunderts wird das Bemühen der Landesherren, die Ertragslage der Forstwirtschaft zu verbessern, zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen Zielsetzungen, wie dies allein schon aus der Bezeichnung der unter Clemens August im Jahre 1741 erlassenen Forstordnung „*zur Schätzung und Förderung der im Rheinischen Erzstift vorhandenen Waldungen*“ zum Ausdruck kommt. Die Anhebung der Produktivität der Forstwirtschaft sollte nicht nur auf die landesherrlichen Waldungen beschränkt bleiben, sondern auf alle Waldbesitzarten ausgedehnt werden. Die ersten forstlichen Entwicklungskonzepte, die eine Sicherung der Stetigkeit der Holzgewinnung vorrangig zum Inhalt haben, sollten die künftige Waldbewirtschaftung bestimmen.

Bezeichnend für die Lage in Kurköln ist, daß die Anregungen weniger von Forstleuten ausgingen, als von den Kameralisten. Hierbei fallen vor allem die Bemühungen von Nikolaus Cless aus dem Jahre 1715 auf, der über einen Bewirtschaftungsplan für die kurkölnischen Wälder Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, denen wir in den späteren Forstordnungen von 1741 und 1759 wieder begegnen. Sein Konzept ging von einer Ordnung des Forsthaushalts durch die Abnutzung jährlich annähernd gleicher Massen und Werte aus, die über eine *Teilflächen n u t z u n g* erreicht werden sollte, indem man das Waldgebiet in 40 gleich große Flächen aufteilte und dann einer sukzessiven Nutzung unterstellte. Waldbauliche Gesichtspunkte finden erstmals Berücksichtigung; es wird die unterschiedliche Schattentoleranz der Baumarten erkannt, die Nutzung überalterter Eichen betont, und die Naturverjüngung der genutzten Fläche sollte durch den Überhalt von 25 Bäumen eingeleitet werden.

„*Wie man die Kurkölnischen Wälder verbessern kann:*“²²¹

1. *Man muß den Umfang der Kurkölnischen Wälder kennen und den 40sten Teil zu abstrahieren, der abgehauen sein muß und danach 40 Jahre in Ruhe gelassen werden muß.*

²¹⁹ HSTA, Kurköln IV, 421; Verordnung vom 16. 2. 1785.

²²⁰ PACHER, Untersuchung S. 48 f.

²²¹ Auszug aus dem Bewirtschaftungsplan von Nikolaus Cless aus dem Jahre 1715. HSTA, Kurköln IV, 406.

2. Wenn man den Gesamtumfang des Busches hat, muß man noch den Umfang pro Ort ermitteln, denn den 40sten Teil abhauen, um das Wild nicht zu verjagen.
3. Der 40ste Teil, der abgehauen wird, muß einen halben Fuß über der Erde abgeschnitten werden, außer den Eichen, sodaß in jedem Morgen ungefähr 25 große Bäume (Balineaux) stehen bleiben.
4. Alle Bäume, die Eicheln tragen, müssen stehen bleiben, ausgenommen die schattigen, die die kleinen in ihrem Wuchs behindern.
5. Alle Eichen, die keine Eicheln tragen, müssen gefällt werden.
6. Die Bäume dürfen nur von 1. Oktober bis April inklusive geschlagen werden, wenn der Saft nicht in die Bäume steigt.
7. Damit die neuen Sprößlein ungehindert wachsen können, muß man bei Strafe 10 Jahre lang verbieten, daß das Vieh den Wald betritt, das gleiche gilt für Personen; ausgenommen sind Schweine, die in der rechtmäßigen Zeit die Eicheln genießen dürfen.
8. Um den Vorwurf zu entkräften, der Schnitt des 40sten Teils könnte das Wild verjagen, sei gesagt, daß das Wild lieber die neuen Sprößlinge als das Gras frisst.
9. Man muß bedenken, daß das Holz nach 40 Jahren zum 2. Mal geschnitten werden kann, und so der Busch nach 100 Jahren in viel besserem Zustand ist, das Wild sich vermehrt hat, desgleichen die kurfürstlichen Einnahmen.“

In den Eichenbeständen des Kottenforstes, besonders bei den Betriebsarten Nieder- und Mittelwald, war das Flächenteilungsverfahren zur regelmäßigen Deckung des Brenn- und des (geringen) Nutzholzbedarfs durchaus geeignet, im Gegensatz zum Nadelholzbestand, wo auf der jährlichen Schlagfläche nur das stärkere Holz benutzt wurde²²². Vereinzelt geben die Buschprotokolle auch einen Zeitraum von 30 Jahren an, der zur „Regulierung der Büsche erforderlich sei“. Den Flächenteilungsverfahren gingen umfangreiche Vermessungsarbeiten voraus²²³.

Nachdem der Erfolg der bisherigen Planungen ausblieb, erklärte die Hofkammer in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, die „alleinige Zuständigkeit für den gründlichen Zusammenhang sämtlichen Forstwesens“ zu übernehmen. Die Erkenntnis, daß einer erfolversprechenden Planung eine sorgfältige Erfassung des Waldzustandes vorausgehen muß, veranlaßte sie zur „Aufstellung eines Generalstatutes“ für die kurfürstlichen Waldungen im Erzstift²²⁴. Der Entwurf dieser

²²² Vgl. G. SPEIDEL, Planung im Forstbetrieb, Homburg-Berlin 1972, S. 205.

²²³ HSTA, Kurköln IV, 434 von 1718: „Die sog. Dicke, die Leuschhecke, der Thiergarten und die Große Hecke, auch Grieshecke mußten gemessen werden, und darin die Häue (Schläge) auf 30 Jahre reguliert werden, ... und so könnten neben deren kurfürstlichen Lust- und Küchelgarten (Bezeichnung für Jagdrevier) ein großes (Menge Holz) ausbringen“.

²²⁴ HSTA, Kurköln IV, 432 von 1788: Einleitung: „... die Reviere des Erzstifts sollen auf Art deren Schlägen in gewissen Quadrate einteilen zu lassen. Diese nützliche Verrichtung ließe sich ohne das lokale Einsehen zu haben entwerfen, ... schlechterdings ist es aber nicht möglich, ohne dasselbe die wesentliche Einrichtung vorzunehmen, ... demzufolge sollen erfaßt werden:

1. in welchem Amt oder Kellnerei solcher Wald gelegen
2. Name und Anzahl deren Förstern
3. die ungefährliche Größe, in wie weit selber falls keine Karten vorhanden ohne Messungen dem Auge nach abzuschätzen — und was für Grund und Boden

Vorschrift berücksichtigt stärker die jeweiligen lokalen Verhältnisse und zeigt die ersten Ansätze einer methodischen Zustandserfassung, wie sie damals in Preußen in einer schon weiter entwickelten Form bestand. Gegenüber den früheren Verfahren (von 1715) sollte unter Einbeziehung zusätzlicher Kriterien, wie z. B. Bodenverhältnisse und Bestandsaufbau, Differenzierung zukünftiger Nutzungsformen, Ertragsermittlung etc., eine Verbesserung der forstlichen Verhältnisse und Bewirtschaftung erreicht werden.

Die Schilderungen über den Waldzustand in den Buschprotokollen und die dort betonten Waldnutzungsformen ergeben einen mittelwaldartigen Bestandsaufbau des Kottenforstes, der letztlich in dem ersten umfassenden Forstbetriebswerk (1829) bestätigt wird. Aber auch in den Gemeindeforsten war der Mittelwaldbetrieb vorherrschend. Der Mittelwaldbetrieb konnte am besten die an den Wald gestellten Bedürfnisse befriedigen. Aus ihm konnte periodisch der Brenn- und Nutzholzbedarf gedeckt werden, ohne daß die Waldweide allzu lange ausgeschlossen zu werden brauchte. In Kurköln gab es keine Anzeichen, auf eine andere Betriebsart überzugehen, obwohl man sich seinerzeit in Preußen schon mit anderen Betriebssystemen in Laubholzgebieten auseinandersetzte.

Alle Autoren, mit Ausnahme von Beckmann, waren sich darin einig, daß ein gut bewirtschafteter Mittelwald sogar keinen geringeren Holzertrag abwirft als ein reiner Hochwald²²⁵. Umso bemerkenswerter ist das Urteil Schwegelins, der mit seinem klassischen Urteil schon im 16. Jahrhundert die Nachteile der Mittelwirtschaft aufzeigte²²⁶. Da die Mittelwälder im Laufe der Zeit, insbesondere infolge einer regellosen Plenterung, in einen sehr schlechten Zustand gekommen waren und die Gefahr immer größer wurde, daß sie den steigenden Holzbedarf eines Tages nicht mehr decken könnten, wurden die hier niedrigen Umtriebszeiten auf 60–70 und sogar auf 80 Jahre erhöht²²⁷. Die hochwaldartige Bewirtschaftung war in Kurköln noch nicht bekannt und wurde erst unter Preußen Mitte des 19. Jahrhunderts für den Kottenforst und im ganzen Rheinland eingeführt.

Die Forstverwaltung verfolgte durch den Anbau des Laubholzes weniger das Ziel, die Waldfläche zu vergrößern als die lückigen Wälder zu ergänzen, und zwar vor allem durch den Anbau von masttragenden Bäumen, in erster Linie der Eiche, um darüberhinaus auch den Bedarf des Bauholzes zu sichern²²⁸. Die kurkölni-

4. *die Bestimmung deren Grenzen, wo und welche Fremden anstoßen*

5. *welcher Bestand und Gattung des Holzes vorhanden*

6. *auf welche Art selbes Revier benutzt wird*

7. *wie es ferner benutzt werden kann*

8. *was jedes Revier im Durchschnitt austragen könne* (Ertrag)

9. *ob und wie solches noch zu verbessern ist*

10. *wie und welche Dorfschaften, Rittergüter etc. auf den Wald berechtigt sind*

11. *welche besondere Gerechtsame auf dem Wald noch darauf haften.*“

²²⁵ Vgl. O. EICHHORN, Der waldbauliche Gehalt der südwestdeutschen Forstordnungen, Diss. math. nat. Freiburg i. Br. 1952, S. 16.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Pacher, Untersuchung S. 53.

²²⁸ Obristjägermeister von Weichs bemerkt in einem Protokoll vom 13. 6. 1787: „Nach meiner Durchbreitung und dabei mit allem Fleiß genommener genauester Beaugenscheinigung besagten Kottenforstes finden sich hier und da noch viele Örter, die zu dessen Nutzen und Aufkommen unumgänglich nothwendig bepflanzt werden müssen.“

schen Forstordnungen betonen daher generell nur die Einbringung von Eiche und Buche, die gegen „Vieh- und Wildverbiß zu verdörnen“, zu schützen sei. Im Sinne einer rationellen und nachhaltigen Gewinnung von Eichenheistern sollten sog. „Heister- oder Eichelkämpen“ geschaffen werden. Diese mußten mit einem Graben „zur Versicherung gegen das Viehe umgeben werden und unter Anleitung der Forstbedienten ohne entgeltlich nach erfolgter Mast besät werden“²²⁹. Aus ihnen zog man die entbehrlichen Pflanzen, wenn sie die nötige Größe erreicht hatten, um sie an den freien Stellen zu setzen. Die Einrichtung der Eichelkämpen war seit dem Jahre 1759 verbindlich. Die damals erlassene Forstordnung enthält sogar eine ausführliche technische Anleitung zur Anlage von Eichelkämpen.

Im Niederstift wurde auch das Anlegen von „Glat-Buchen-Elberen-Birken-Aspelen- und Poppel-Weiden-Kämpen“ angeregt. Die Verpflanzung von Eichenheistern in andere Forstorte, wo die Naturverjüngung behindert wurde, war seinerzeit üblich; so wurden im Jahre 1654 Eichen aus der Grafschaft Moers in den Kottenforst eingebracht.

In der Regel handelte es sich um recht starke Heister, von denen man sich ein besseres Durchwachsen gegenüber Vieh- und Wildverbiß versprach²³⁰. Bei der Größe der zu verwendenden Heister gingen die Meinungen auseinander. Die Großheisterpflanzung versprach keine guten Anwuchserfolge, wie dies aus den Buschkommissionsprotokollen zu entnehmen ist. Auch Trunk²³¹ erkannte die Nachteile zu starken Pflanzenmaterials und empfahl stattdessen beim Laub- wie auch beim Nadelholz zweijährige Pflänzchen zu verwenden, die besser anwachsen. Im Jahre 1789 empfahl die Hofkammer die „leichter gelingende Holzsaat“ und verwarf „das mißliche und kostspielige Stablensetzen“. Sie machte mit ihrer Kritik selbst vor den alten Forstbeamten nicht Halt, wie folgender Protokollauszug wiedergibt: „Pflanzen sollen gut und forstmäßig gepflanzt werden, damit sie anwachsen können und müssen; dazu gehört ein bißchen mehr Forstkenntnis und Übung, als ich den genannten Holzhauer und selbst dem alten Förster Wentzel zutraue.“²³²

Die Pflanzarbeiten im Kottenforst waren wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse mit höheren Aufwendungen verbunden. Obrißjägermeister von Weichs empfahl deshalb, die zur Pflanzung vorgesehenen Flächen mit Wasser- und Abflußgräben zu versehen, „fort alles Besorgen, das zum Aufkommen des ein oder andern immer zuträglich sein könne“²³³. Die Forstordnung von 1759 begrenzte die Pflanzzeit „von Anfang Novembris bis in den halben April bey mildem, gutem Wetter“. Entsprechende Angaben machte auch von Carlowitz, „nicht vor Michaeli und nicht nach Mitte April zu pflanzen“²³⁴.

²²⁹ Die ausführlichsten Bestimmungen über die Pflanzung enthält die Forstordnung von 1759.

²³⁰ HSTA, Kurköln IV, 485: Das Protokoll aus dem Jahre 1789 enthält hierfür den Hinweis: „Das Vieh der Beerbten möge dort eingetrieben werden, wo das Holtz dem Viehe bereits aus dem Maule gewachsen ist und nicht mehr so leicht beschädigt werden kann.“

²³¹ J. TRUNK, Kleines vollständiges Försterlehrbuch, 1788, § 154, S. 192.

²³² HSTA, Kurköln IV, 485.

²³³ HSTA, Kurköln IV, 484.

²³⁴ H. C. VON CARLOWITZ, Sylvicultura oeconomica oder Anweisung zur wilden Baumzucht, Leipzig 1713, § 8 S. 222.

Im Gottes Gnaden Wir CLEMENT AUGUST

Erb-Bischoff zu Cöln / des Heiligen Römif. Reichs durch
Italien Erb-Canzler und Churfürst / LEGATUS NATUS
des H. Apostolischen Stuhls zu Rom / Administrator des
Hochmeistertthumbß in Preussen / Meister Teutschen Ordens
in Teutsch- und Welschen Landen / Bischoff zu Hildesheim / Pader-
born / Münster und Osnabrück / in Ob- und Niederen Bäumen / auch
der Oberen Pfalz / in Westpfahlen und zu Engeren Herzog / Pfalzgraf
bey Rhein / Landgraf zu Leuchtenberg / Burggraf zu Stromberg / Graf
zu Pyrmont / Herz zu Borckeloh / Werth / Freudenthal und Eulen-
berg &c. &c. Haben einige zeithero mißfälligt wahrgenommen / daß /
ohnangesehen deren in Unserem Erbstift vorhandenen vielen Waldun-
gen / gleichwohl ein merklicher Abgang an Holz / so wohl zum Brand /
als zu denen Gebäuden und Weingarten / verspühret werde / solches aber
daraus entstehe / daß kurgihin viele Waldungen gänzlich ausgerottet / und
von neuem nicht wieder bepflanzt / das Jahr hindurch / auch bey denen
May- und anderen Zeiten viele junge wachsbahre Bäume abgehawen /
und vor die Häuser gestellet / oder sonst unnützlich verwendet / vieles
Gehölz auch / und zwar durchgehends von denen darzu am wenigsten
Berechtigten zum Brandenwein-brennen / abgehawen / und verbraucht /
anben die Waldungen mit häufigem Viehe betrieben / und dardurch die
Anwachsung deren etwa ansehnenden / und vom Saamen aufgehenden /
oder sonst von selbst wieder ausschlagenden Bäumen und Hecken behin-
dert / mithin Uns und anderen Eigenthümern der Eigenthumb fast un-
nützlich gemacht / und dabeneben dem Publico ein unersetzlicher Schade
und Nachtheil zugesügt worden seye ; wan Wir aber solchem Unwesen
und höchstschädlichen Verfahren länger nachzusehen nicht gemeint / sonde-
ren das gemeine Beste zu befürdern / und biß dahin verspührete Män-
gel zu verbessern gnädigst geneigt und beflissen seynd ; so thuen Wir gnä-
digst und ernstlich verordnen / daß

1. Künftighin, ohne Unseres gnädigsten Vorwissen und Erlaubniß, keine Wal-
dungen gänzlich ausgerottet ;

2. An statt deren sonst abhawenden, abständigen, oder anderen nöthigen hohen
Bäumen aber alsofort binnen Jahres Zeit zwey junge Stämme wieder angepflanzt,
und da solche nicht anschlagen, gleichfalls andere aufs neu wieder angepflanzet wer-
den sollen ;

3. Das Menen ansetzen vor denen Häusern soll, ohne einige Ausnam deren Per-
sonen, gänzlich hiemit nachmahls, bey Straff von sechs Rthlr., verboten seyn, und
gegen diejenige, welche die übertretung vornehmen, so wohl, als gegen die, welche
solche an ihren Häusern gestatten, oder nicht gleich abstellen, mit Erklärung und Ver-
treibung der Straff, alsofort verfahren werden ;

4. Das in viele Wege ohne dem schädliche Brandenweins-brennen soll niemanden
erlaubt seyn, er beschwinde dan, daß das nöthige Gehölz in seinem eigenen Busch
gehawen, oder von anderen anerkaufft habe ;

5. Gegen die Holz-Diebe soll auf das schärfste verfahren, deren desfalls verdächti-
gen Häuser, Höff, und Gärten zuweilen visitirt, und auf erfolgende überweisung, nach

der dritter Bestrafung, zur Züchtigung auf gewisse Zeit ins Stockhaus gebracht, oder nach Befinden des Landts verwiesen werden, welche Straff der Züchtigung im Stockhaus oder Austreibung dan gegen diejenige, so einen fruchtbahren Baum willkürlich abgehawen, oder entfreundet, gleichfals, ohne einige Nachlaß, bewürcket werden solle;

6. Die Ziegen sollen so wenig in die Büsch, als sonst mehr ausgetrieben werden, sondern, wer solche zu halten guthinder, mag solche im Stall behalten, und darinnen wohnen, bey Straff der Confiscation, und dem Befinden nach fernere Geldt- Buß;

7. Die Schaaß sollen gleichfals unter Straff der Confiscation in die Büsche nicht getrieben werden

8. Es soll auch hiemit gänzlich verboten seyn das Horn- Viehe in die Hecken oder Harn- Büsch einzutreiben,

9. Wie nicht weniger vom halben April bis Michaelis in die hohe Büsch; übrige Monathen soll gleichfals das Horn- Viehe in sothane hohe Büsch oder Waldungen zu treiben niemanden verstatet seyn, als welch er solches ohne einige Widersprach von langen Jahren ruhig hergebracht zu haben, oder sonst darzu besonders berechtigt zu seyn, bescheinigen kan; woben jedoch,

10. Von selbigen nicht dieweilen ein gewisser District auf sichere Zeit gänzlich besreyet bleiben soll, damit die ansehende, oder von selbst aufgehende junge Bäume oder Stahlen desto besser und höherer anwachsen mögen, wes Endts dann eines jeden Orts Obrigkeit negstens zwisch en denen zur Heid und Schmeidt Verrechtigten, dan denen Eigenthümbern, einen Vergleich zu versuchen, bey dessen Entstehung aber zu verordnen hat, welche Verther deren hohen Büsch und Waldungen jährlich vom Viehe auf etwa 3. 4. oder mehrere Jahren denen Umständen nach besreyet bleiben sollen, wobe indessen:

11. Die Eigenthümer aber auch zu fleißiger Bepflanzung ihrer Büschen anzumahnen seynd,

12. Das in denen Hecken, Harn- und anderen besreyten Büschen betreffende Viehe soll confiscirt, und die übertretere dabeneben den verursachten Schaden und Kosten gut zu machen angehalten, mit dergleichen Confiscation und Verstraffung auch gegen diejenige, welche, ohne ehangeführtes langjähriges Herbringen oder gerechtsamb, das Horn- Viehe in die hohe Büsch zu treiben sich anmaßen, verfahren werden, auf gleiche Weise es dan auch

13. Mit denen etwa einer ganzen Gemeinden zugehörigen Büschen zu halten, und gesambte Gemeinheits- Glieder jährlich ein- oder mehrere junge Bäume zu pflanzen angewiesen werden sollen, damit aber,

14. Sothane tüchtige junge Bäume oder Stahlen von allerhand Art beständig zu haben seynd, soll bey jeder Gemeinheit ein bequämer Ort ausgefucht, besreyet, wohl zugestrichet, und mit verschiedenen Baum- Saamen besäet werden, wo aber

15. Die Gemeinheiten mit keinen besonderen Büschen versehen seynd, sollen umb demehr die Heiden oder andere gemeine Plätze auf gleiche Weiß, wie vorbemelt, jährlich bepflanzt, auch besreyet, und

16. Auf diese gemeine Verther, oder Büsche, ein jeder, welcher sich in eine Gemeinheit niederzulassen vorhabens, vor seiner Aufnahme zwey oder drey Bäume zu pflanzen angehalten werden:

17. Die Abhawung des Schlag- Holz oder Hecken sollen dergestalt geschehen, daß alle wohl wachsende junge Heisteren verschonet, und deren auf jedem Morgen wenigst 20. stehen bleiben;

18. Diejenige, welches das Laub und Gras in denen Büschen und Heiden zu hohlen ohne jemandes Widerrede von langen Jahren ruhig hergebracht, oder sonst darzu berechtigt seynd, und solches bescheinigen können, sollen solches mit solcher Bescheidenheit gleichwohl zu gebrauchen schuldig seyn, daß unter solchem Vorwand die aufgehende junge Bäume in und Hecken nicht mit abgeschnitten, oder ausgerissen werden, widrigens desfalls das erst- und zweytemahl dem Befinden nach bestraffet, und den etwa verursachten Schaden zu vergülthen angehalten, das drittemahl aber sothanen ihres Gerechtsambs verlustig erklärt werden sollen, denen aber, welche vorerwehntes langjähriges Herbringen, oder gerechtsamb nicht bescheinigen können, soll das Laub und Gras oder Heid in denen Büschen und Heiden weiter zu hohlen allerdings verboten seyn, und bey übertretungs- Fall davor dem Befinden nach bestraffet werden;

Die Sicherung der Verjüngungsflächen gegen die Viehweide sollte auf 10 Jahre festgelegt werden. Kurios klingt jedoch der Nachsatz, daß die zu erwartende Verjüngung ein ausreichendes Äsungsangebot für das Wild bietet. Die Holzernte sollte vom 1. Oktober bis April erfolgen. Im Jahre 1718 ergänzte Hofkammerrat Noyseux die oben genannten Vorschläge mit einem weiteren Maßnahmenplan für den Kottenforst²³⁵.

„Wie die kurfürstlichen Wälder zu nutzen seyen:

1. Holz dürfte nur noch im Beisein des Kurfürstlichen Commissarii verkauft werden.
2. Die Oberkellner sollen das Holz erst nach einem aufgestellten Verteilungsplan angewiesen bekommen.
3. Allen anderen Würdenträger (salvis pensionibus honoribus) sollte eine Holzzuteilung nur nach vorheriger Genehmigung gestattet seyn.
4. Die Haue seyen einzurichten und abzumessen.
5. Keinem Oberkellner oder Bediensteten sey erlaubt, den geringsten Eichen oder Buchen oder sonstigen großen Baum abzuhausen.
6. Das Vieh soll aus den jüngeren Hauen auf 6 Jahre abgehalten werden.
7. ... pro 100 Schanzen 4 Reichstaler zu zahlen.
8. Die übrigen Pensionen, so auf den Waldungen stehen, waren in der verkauften Hau miteinzubeziehen.
9. Den Beambten sey es nicht erlaubt, einen Baum direkt oder indirekt zu kaufen.
- (10. und 11. ohne Bedeutung).
12. In den jährlich jungen Hauen sollen die etwa vorhandenen Abständigen für die Mühlen und anderen Gebäuden Bau benötigten Eichenbäumen oder andere große Bäume gezeichnet werden, um sonst einige als mit Vorwissen des Kurfürstlichen Commissarii nun verwendet werden.“

Die auf dem Wald ruhenden Berechtigungen verhinderten größtenteils den Erfolg, den die eingeleiteten Verjüngungen normalerweise erbracht hätten. Besonders schädlich wirkte sich der hohe Wildbestand und die immer noch geübte Waldweide aus. Die Kurfürsten von Köln forderten schon sehr früh im Sinne eines Regreßanspruches die Beteiligung der Berechtigten an der Pflanzung. Die Aufzuchtspflichten wurden auch auf die Gemeindewälder ausgedehnt. Jedes „Gemeinheitsglied“ war zur Pflanzung von „einem oder mehreren jungen Bäumen“ verpflichtet. Nicht waldbesitzende Gemeinden sollten im Gemeineigentum befindliche Ödlandflächen aufforsten²³⁶.

²³⁵ HSTA, Kurköln IV, 433.

²³⁶ Forstordnung von 1741.

Traditionelle Nutzungsformen der Niederwaldbewirtschaftung

Rott- und Schiffelwirtschaft

Ein sicher nicht unbeträchtlicher Teil des heutigen Niederwaldes im Untersuchungsraum geht seiner Entstehung nach zurück auf gewisse Formen extensiven Feldbaues, wie er im Mittelalter weit verbreitet war. Zu unterscheiden sind zwei Formen: die „Schiffelwirtschaft“ und die „Rottwirtschaft“. Urkundlich erwähnt finden wir die Rottwirtschaft im Urbar des Klosters Prüm 893²³⁷. Im Unterschied zur Schiffelwirtschaft, bei der die Brache aus Rasen, Heide oder Ginstergestrüpp entsteht, wird sie bei der Rottwirtschaft auf wachsendem Niederwald gebildet. Beide Wirtschaftsformen waren hauptsächlich in den umliegenden Waldallmenden stark vertreten. Der Kottenforst als herrschaftlicher Wald war von dieser Bewirtschaftungsform ausgenommen.

Im Weistum von Miel aus dem 15. Jahrhundert „erkennen die scheffen und nachbarn, dasz für etlichen verlittenen jahren die von C. und der halfman zum H. etliche heidt haben understanden zu verlehen und zu schiffeln“²³⁸. Den Vorgang konnte Lamprecht²³⁹ ausführlich beschreiben, da die Schiffel- wie auch die Rottwirtschaft noch bis vor wenigen Jahrzehnten in der Eifel betrieben wurde. Um den Bedarf an Brotgetreide zu decken, wurden immer neue Stücke der umgebenden Waldallmende geschlagen und auf kurze Zeit zur Nutzung verteilt. Sie wurde bis zur Erschöpfung des Bodens mit Getreide bestellt, um dann brach zu liegen, bis der Boden sich wieder erholt hatte. Da sich auf den Brachflächen doch jedesmal wieder üppiger Holzaufwuchs einstellte, machte man sich bei der Bestellung dieser meist nur einen Jahresertrag liefernden Flächen nicht die Arbeit der vollständigen Rodung, sondern schlug einfach das vorhandene Holz ab. Nach Aufgabe der Felder trieben dann die verbliebenen ausschlagfähigen Stöcke wieder aus, und es entstanden die „Rottbüsche“, die durch Beweidung licht und niedrig gehalten wurden.

Erst durch die „Erzstiftische Jagd- und Büschordnung“ aus dem Jahre 1759 wurde das „rotten“ und „schiffeln“ beim Forst- und Jagdamt anzeigepflichtig, wobei die Genehmigung nur für sog. „Wildland“ (oft ehem. Rottbüsche oder Ödland) — nicht aber für Wald erteilt wurde. Zur Vermeidung von Waldbränden sollte ein Abstand „wenigst eine Ruthe lang von den Waldungen“ eingehalten werden.

Aus diesen „Urformen“ der Holzbedarfsdeckung entwickelten sich im Bonner Raum weitere Betriebsformen der Niederwaldbewirtschaftung; diese waren größtenteils im Mittelalter schon bekannt, erlangten aber erst im 17. und 18. Jahrhundert ihre größte Bedeutung. Im 19. Jahrhundert wurden sie dann vollständig

²³⁷ SCHMITHÜSEN, Niederwald S. 25 f.

²³⁸ GRIMM, Weistümer IV, S. 764, zitiert nach: H. WIESSNER, Sachinhalt und wirtschaftliche Bedeutung der Weistümer im Deutschen Kulturgebiet. Baden-Wien 1934.

²³⁹ LAMPRECHT, Wirtschaftsleben I, S. 128. Der Name Schiffelwirtschaft kommt von dem dabei üblichen Abplagen des Rasens, was man in der Eifel als Schiffeln bezeichnet.

aufgegeben. Um eine möglichst geschlossene Betrachtungsweise zu ermöglichen, erfolgt die Darstellung dieser Betriebsformen, wie auch über die im nachfolgenden Abschnitt aufgeführten Nebennutzungen, epochenübergreifend.

Kopfhholzwirtschaft

Eine seit frühester Zeit überlieferte Bewirtschaftung des Ausschlagwaldes, die einer kombinierten Nutzung von Waldweide und Holzwirtschaft diente, war die an verschiedenen Stellen des Kottenforstes und ansonsten vereinzelt im Bonner Raum und im Siebengebirge bekannte Kopfhholzwirtschaft. Auf den Kopfhholzbetrieb im Rahmen der Niederwald- und Mittelwaldwirtschaft in Verbindung mit Waldweide deuten noch eine Reihe als Naturdenkmäler ausgewiesener alter Kopfbuchen im Stadtwald von Bonn südlich der Waldau hin.

Der Kopfhholzbetrieb bestand in der periodischen Wegnahme (Köpfen) des Gipfelbetriebes und der Äste von Laubholzstämmen, an deren Stelle sich dann fortwährend neue Ausschläge bildeten. Insbesondere Laubbäume mit besonders gutem Regenerationsvermögen, wie Weiden, Pappeln, Hainbuchen, Linden, Eschen, Ulmen (im Kottenforst hauptsächlich Buchen, Hainbuchen und Eichen) wurden kurz nach der Anpflanzung geköpft und die sich bildenden Schößlinge nach vier bis sechs Jahren zur Gewinnung von Rebpfählen für den Weinbau (Ramen), als Flechtmaterial, aber auch als Futterlaub genutzt. Die Stämme erreichten im Laufe der Jahre erhebliche Durchmesser.

Die preußische Forstverwaltung übernahm den Kopfhholzbetrieb in die Konzeption der zukünftigen Bewirtschaftung des Kottenforstes; sie begrenzte ihn jedoch auf diejenigen Flächen, auf denen er seit jeher ausgeübt wurde²⁴⁰. Immerhin umfaßten die Kopfhholzbestände eine Fläche von 1030 Morgen, das entsprach 7,4 % der Holzbodenfläche.

Lohwirtschaft

Schon in der Römerzeit wurde im Rheinland und insbesondere in Bonn gegerbt, und im Urbar von Prüm aus dem Jahre 893 wird berichtet, daß Lohbündel als Abgaben entrichtet wurden²⁴¹. Die Gewinnung der Gerberlohe konzentrierte sich im wesentlichen auf die Mark- und Bauernwaldungen — und weniger auf den herrschaftlichen Kottenforst — durch Auslese der leicht schälbaren jungen Eichenstämmchen. Reichlicher als im Hochwald waren diese in den durch Rott-

²⁴⁰ In der „Generellen Beschreibung der Königlichen Waldungen der Oberförsterei Kottenforst“ (1829) heißt es: „So muß auch dahin gewirkt werden, auf ersteren eine solche Wirtschaft einzuführen, welche bei den Viehweiden doch den möglichst höchsten Ertrag abwirft, hierzu eignet sich die Kopfhholzwirtschaft, wobei das Oberholz der Kopfstämmen alle 20 Jahre benutzt wird, am besten; wenn man dagegen wirklich auf der Fläche befindliches Holz, sind dabei alle überständigen und abständigen Stämme in der nächsten Periode zu benutzen, dabei die vorhandenen und die zu Kopfhholz tauglichen Stämme zu köpfen.“

²⁴¹ LAMPRECHT, Wirtschaftsleben S. 515; in Köln gab es im Jahre 1746 noch 57 Lohhöfe, s. ZITZEN, Scholle und Strom S. 266.

wirtschaft schon früh geschaffenen Niederwäldern vorhanden, und deshalb wurde die Lohschälung schon im Mittelalter zu einer Nebennutzung der Rottwirtschaft. Das Jungholz der Rothecken (auch Lohhecke genannt) wurde geschont, und durch Bevorzugung der Eichenstöcke wird sich auch in den ursprünglich gemischt bestockten Hecken stellenweise schon früh eine Anreicherung der Eiche vollzogen haben. Von der gesamtdeutschen Eichenschälfläche des 18. Jahrhunderts entfiel fast die Hälfte auf das Rheinland.

Unter dem Druck der Holzknappheit wurde das Lohe- und Bastschälen im Königsforst bei Köln schon im Jahre 1624 untersagt: So sollten „*lohe und lintschelen mit fünf mark gebrüchtet und bestraft werden*“²⁴². Unter Clemens August war erst mit dem Jahre 1759 im Erzstift das Lohschälen „*bey straf von drey goldgulden verboten*“ und in schweren Fällen mit „*Leibstraf*“ bedroht. Nur alte Bäume waren von dieser Bestimmung ausgeschlossen²⁴³.

Auch die preußische Forstverwaltung unterstützte diese Wirtschaftsform, indem sie eine „*Eichenschälbetriebsklasse*“ für den Kottenforst mit einer Flächengröße von 508 Morgen ausschied. Im Betriebswerk von 1829 gab sie zur Erzielung der besten und größtmöglichen Menge Lohrinde an, „*immer einiges Oberholz, zum Schutze des Unterholzes und zur Besamung der etwa entstehenden leeren Stellen überzuhalten, wozu 20 bis 30 Laßreit, Überstände und geringe Stämme pro Morgen vollständig hier reichen*“²⁴⁴.

Den stärksten Aufschwung nahm die Gerberei erst Mitte des 18. und 19. Jahrhunderts. Der Kreis Rheinbach wurde im Jahre 1894 als einer der Kreise der Rheinprovinz bezeichnet, die sich durch Beschaffenheit und Menge ihrer Lohrerträge aufzeichneten. Nachdem durch ein Zufall festgestellt worden war, daß die in der Nähe des Kottenforstes geförderte Braunkohle Alaun (spielte bei der Gerbung, der sog. Weißgerberei, eine große Rolle) enthielt, ging die Lohschälung beträchtlich zurück. Auch die 1870 beginnende Einfuhr überseeischer Gerbmittel, insbesondere von Quebrachoholz, ließ die Lohepreise bis zur Jahrhundertwende derart fallen, daß die Lohheckenwirtschaft unrentabel wurde und mit der Zeit aufgegeben werden mußte²⁴⁵. Bemerkenswert ist, daß die Eichenrinden-gerbung nicht etwa aufgegeben wurde, weil die neuen Verfahren besseres Leder ergäben — mit Eichenrinde gegerbtes Sohlleder gilt nach wie vor als das beste —, sondern die neuen Gerbmittel waren billiger und arbeiteten rascher²⁴⁶.

²⁴² Zitiert nach KRUEDEWIG, Königsforst II, S. 61 ff.

²⁴³ Forstordnung von 1759.

²⁴⁴ Der Gerbstoff ist am höchsten bei jungen Stämmen, kurz vor Beginn der Borkenbildung, die etwa im 15.–20. Jahr einsetzt, und es ist bei Stockausschlägen höher als bei Kernwüchsen, so daß hier durch Lebensgesetze des Baumes dem wirtschaftenden Menschen der Niederwald als Betriebswald vorgeschrieben war. Nach dem Betriebswerk von 1829 (S. 8 f.) wurde der Umtrieb auf 20 Jahre festgelegt. Vgl. auch SCHMITHUSEN, Niederwald S. 19.

²⁴⁵ BAUER, Soonwald S. 111.

²⁴⁶ HESMER, Wald- und Forstwirtschaft S. 389.

Sonstige Nebennutzungen

Streu- und Plaggennutzung

Die Nutzung von Streu und Plaggen spielte für die Stallhaltung des Viehs und die Düngung der Äcker eine große Rolle. Bei beiden Nebennutzungsarten handelt es sich um uralte Gewohnheitsrechte, die größtenteils kollektiv für ganze Gemeinden oder im Sinne des sog. Armenrechts in den Weistümern festgehalten waren²⁴⁷.

Die Plaggendüngung wird von Konrad Heresbach²⁴⁸, der im 16. Jahrhundert einen Hof am Niederrhein bei Marienbaum bewirtschaftete, in seinem 1570 erschienenen Buch *„Vom Landbau ...“* wie folgt beschrieben: *„Auf sandigen Heidegründen tragen die Leute Erdklumpen und Heideplaggen zusammen auf Haufen, bestreuen diese mit Mist und Dung, lassen sie modern, und nachdem die Grasplanken weich und faul geworden sind, streuen sie auf mageres Land, vor allem aber schaffen sie sie dort, wo man Schafherden hält, in die Schafsställe, nachdem die Grasstücke aus dem Boden mit Sichel und Hacke herausgelöst worden sind.“* Zwar wurde die Schädlichkeit des Plaggens und des Streurechens schon sehr früh erkannt, aber Verbote hierüber erstmals im Jahre 1746 erlassen. In der Forstordnung von 1759 wird zwar noch nicht auf die Bedeutung des Mineralentzuges im Waldboden, sondern vielmehr auf mögliche Schädigungen des Jungwuchses hingewiesen²⁴⁹.

Noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts befürworteten die Physiokraten unter Hervorhebung der Produktivität der Landwirtschaft die Streugewinnung und die Plaggennutzung — entgegen der von einzelnen Forstleuten bereits gewonnenen Überzeugung wegen der Schädlichkeit für den Wald²⁵⁰. Als die sich entwickelnde Agrikulturchemie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den geringen Düngewert der Plaggen erkannte, ging der Plaggenhieb langsam zurück.

Preußen hatte den Nadelholzanbau im Kottenforst u. a. mit der Zielsetzung gefördert, eine Einschränkung der Streuentnahme zu erreichen. Nur der Gemeinde Stotzheim (ehemals zur Oberförsterei Kottenforst gehörig) wurde dieses Servitut von der preußischen Forstverwaltung im Forst Hardt weiterhin gewährt mit der Einschränkung, *„das Laubscheren jedoch in 15-jährigen und alten Beständen und in diesen höchstens 3 Jahre auszuüben“*²⁵¹.

²⁴⁷ Weistum von Morenhoven von 1463: *„... die Kötter zum Grase holen berechtigt“*.

²⁴⁸ K. HERESBACH, *Rei rusticae* ..., 1570; vgl. MANTEL/PACHER, *Biographie* S. 10 f.; s. auch W. KRINGS, Wertung und Umwertung von Allmenden im Rhein-Maas-Gebiet vom Spätmittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine historisch-sozialgeographische Studie, Assen-Amsterdam 1976 (Maaslandse Monografieën 20), S. 19 f.

²⁴⁹ Forstordnung über das Verbot des Heidehauens und Waldstreumachens vom 14. März 1756, HSTA, Kurköln IV, 423. Forstordnung von 1759, § 98: *„Das Laubstreifen ... wird bey straf eines Goldgulden jedesmahl verboten.“*

²⁵⁰ ENDRES, *Waldbenutzung* S. 200.

²⁵¹ Betriebswerk Kottenforst (1829), S. 13.

Sehr verbreitet war auch die Gewinnung von Dünger durch das Verkohlen von Eichen- und Buchenholz, das zum Torfen der Äcker benutzt und im Jahre 1788 von Kurfürst Max Franz verboten wurde²⁵².

Pottaschegewinnung

Mit der steigenden Nachfrage nach Glas wurde das Pottaschebrennen im Walde in immer größerem Umfang betrieben. Die kleineren Glashütten in Rheinbach, Köln, Bonn und Umgebung brannten die Asche entweder selbst oder kauften diese von „*Aschenbrennern*“. Die Verlegung des Aschenbrennens in den Wald war häufig Ursache von Waldbränden. Zur Herstellung von einem Zentner Pottasche benötigte man einen Festmeter Holz; aus ihr konnte unter Zusatz von Kalk und Quarziten 5 kg Glas produziert werden. Kurfürst Clemens August verbot im Jahre 1759 das Pottaschebrennen seinen „*Unterthanen bey drei Goldgulden straff*“²⁵³. Pottasche benötigten bis zur künstlichen Sodaherstellung auch die Bleichereien der umliegenden Textilbetriebe; außerdem diente das Aschenbrennen der Gewinnung von Dünger.

Bienenweide

Bis zur Entdeckung des Rohrzuckers in Amerika hatte die Bienenzucht nicht nur als einziger Süßstofflieferant eine hohe Bedeutung, sondern auch wegen des Wachses für kirchliche Zwecke. Der hohe Anteil der Winterlinden, Aspen und Salweiden an der Bestockung im Kottenforst bot die besten Voraussetzungen für die Bienenweide²⁵⁴. Doch im Vergleich zu den süddeutschen Gebieten, wie im Nürnberger Reichswald, wo die „*Zeidelweide*“ schon im 11. Jahrhundert zumtümlich organisiert war, enthalten die Weistümer im Untersuchungsraum hierzu keine Regelungen²⁵⁵. Auch die Angaben in den Archiven sind spärlich; Heusgen berichtet, daß die Gemeinde Arzdorf im 18. Jahrhundert von sechs Bienenstöcken Honig und Wachs bezog²⁵⁶.

Kurfürst Clemens August erließ erstmals eigentumsrechtliche Bestimmungen über den Fang von Wildbienen. Danach war das „*Aushauen*“ von Bienen in den landesherrlichen Waldungen bei Strafe verboten. Derjenige, der einen Bienen-schwarm fand, mußte diesen dem nächsten Forstbediensteten anzeigen. Die Hälfte des erzielten Verkaufserlöses, den die Veräußerung des Bienenschwarmes einbrachte, floß in die landesherrliche Kasse, die andere Hälfte („*Halbscheid des Preises*“) teilte sich der Förster mit dem Finder²⁵⁷.

²⁵² Verordnung vom 5. 4. 1788: „... durch das Verbrennen der fruchttragenden Eichen- und Buchenstämmen zum Torfen der Äcker, der obnehin an vielen Orten vorhandene Holz-mangel merklich vermehret werde“. SCOTTI, Nr. 831.

²⁵³ Forstordnung von 1759, § 96.

²⁵⁴ HSTA, Kurköln IV, 1259, fol. 135 vom Jahr 1610: „in der Dicke und der Dörn und im Bergerroth, etwa 500 Morgen mit Lindenbüschen“.

²⁵⁵ Vgl. MANTEL, Aufsätze S. 224.

²⁵⁶ Vgl. HEUSGEN, Dekanate Meckenheim und Rheinbach S. 100.

²⁵⁷ Forstordnung von 1759, § 71.

Holzernte und gebräuchliche Holzsortimente

Die ungünstigen Transportverhältnisse bedingten im allgemeinen eine Bearbeitung des Nutzholzes im Walde. Doch aus der Furcht vor Mißbrauch verbot Kurfürst Joseph Clemens im Jahre 1692 allen „*Handwerksleuth, insbesondere denen Vaßbenderen, Schreineren, Zimmerleuthen, Assenmachern* (Wagner), *Schmiedten, fortan allen übrigen Werckleuthen, einig Holtz zu fellen*“²⁵⁸. Somit übernahmen nur noch die kurfürstlichen Waldarbeiter die Fällung des Holzes, das nach Aufarbeitung in transportfähige Längen mit Pferdefuhrwerken aus dem Walde verführt wurde. Die Fällung des Holzes erfolgte bis Ende des 18. Jahrhunderts mit der Axt; es finden sich keine Hinweise über den Einsatz der Säge. Vereinzelt begegnen wir der Vorschrift, die Stöcke höchstens einen Fuß hoch zu fällen. Auch die unterirdischen Stammteile wurden infolge zunehmender Holzverknappung nutzbar gemacht und zu diesem Zweck gerodet; so wurde z. B. den Boten und Spürleuten bei Hirsch- und Wolfsjagden seit dem Jahre 1752 in den Ämtern Brühl und Lechenich die Rodung der „*Holzstümpfe einmal jährlichst für den Hausbrand überlassen*“²⁵⁹. Berechtigten war seit dem Jahre 1759 anbefohlen, nur vorher angewiesenes Holz zu fällen²⁶⁰. Schon die Forstordnung aus dem Jahre 1692 verweist auf eine zeitliche Beschränkung der Holzernte²⁶¹.

Bedingt durch die wachsende Holzknappheit schenkte man der Sortierung des Holzes zunehmend mehr Aufmerksamkeit; so war es nach der Forstordnung von 1759 nicht erlaubt, zu Nutzholz taugliches Holz als Brennholz zu verwerten. Beim Brennholz unterschied man „*Knüppelholz*“ und „*Reisigholz*“, das zu „*Schanzen*“²⁶² gebunden wurde; alles stärkere Holz wurde als „*Klafterholz*“ oder „*Scheitholz*“ bezeichnet. Die Forstortsbezeichnungen mit den Endungen -hecke („*Am Knüppelshecke*“, „*Leuschhecke*“, „*Grießhecke*“ etc.) bezeugen, daß in diesem Bezirk die Brennholzgewinnung konzentriert betrieben wurde. Die Abteilung „*In der Scheid*“ liefert den Hinweis für einen Waldteil, in dem man Starkholz nutzte. Besonders wertvolles Eichennutzholz, das seit dem 16. Jahrhundert nur über eine Sondergenehmigung der Hofkammer an Berechtigte verabfolgt wurde, nannte man „*Forst- oder Wersbaum*“, der als Querbalken für den Fachwerkshausbau verarbeitet wurde; aber auch dem Begriff „*Nothschwellen*“ (auf die „*Notdurft*“ bezogenes Holz) begegnet man häufig in älteren Aufzeichnungen. Ferner wurden Werthölzer nach ihrem besonderen Verwendungszweck benannt. So richtete 1615 ein Bonner Küfermeister ein Gesuch an Kurfürst Ferdinand zum Fällen eines „*Kelterbaumes*“ im Kottenforst, den er zur Herstellung

²⁵⁸ Forstordnung von 1692, novelliert 1718 und 1759.

²⁵⁹ HSTA, Kurköln IV, 573.

²⁶⁰ Forstordnung von 1759, § 25: „*Welcher angefangen einen Baum auf vorherige Anweisung abzuhauen, und denselben schwer zu hauen oder zu spalten findet, soll solchen angehauenen Baum nicht verlassen, und einen anderen suchen.*“

²⁶¹ Forstordnung von 1692: Es soll, „*von Neu-Jahrstag an biß an den Monath May, so dan zur Herbstzeit gehauen und hinweg gefahren werden*“. Forstordnung von 1759: „*Kein Unterthan soll Brandholz (!) von dem halben April, in Mayo, Junio, Julio, da das Holz in vollem Saft ist . . . fällen.*“

²⁶² Schanzen: Reisigbündel, Holzwellen aus den abgehauenen Nebenästen und Zweigen mit dünnen Knüppeln, mit Bändern gebunden, 1–1,5 m lang, vgl. ZITZEN, Scholle und Strom S. 216.

einer Weinkelter benötigte²⁶³. Die Bonner Wagner beantragten 1752 die Lieferung eines größeren Postens „*Achsenmacherholzes*“ zur Anfertigung von Wagenachsen²⁶⁴.

Für den in Bonn und Umgebung bis zum Ende der kurkölnischen Zeit noch weit verbreiteten Weinbau war die Nachfrage nach „*Ramenholz*“ (Weinpfähle), das vorwiegend aus Stockausschlägen von Eiche und Buche gewonnen wurde, sehr stark. Dieses meist auf den Bauernwald beschränkte Holzsortiment wurde aber auf Anweisung der kurfürstlichen Forstverwaltung auch an verschiedenen Orten des herrschaftlichen Kottenforstes gewonnen und an die kurfürstlichen Weingärten geliefert²⁶⁵.

Maßnahmen zur Walderschließung

Waldvermessungen

Die Waldeigentumsgrenzen waren im Mittelalter noch keineswegs genügend geschützt. Die häufigen Klagen und Rechtsstreitigkeiten, auch die vielerorts vorkommende Bezeichnung „*Streitholz*“, liefern den Beweis, daß die Vermarkung der Waldgrenzen noch nicht überall die Regel war und nur dort einem besonderen Schutz unterlag, wo sie mit der Mark, der Grund- und Landesherrschaft zusammenfiel²⁶⁶.

Erst im 16. Jahrhundert war man bestrebt, in Wald und Flur klare Abgrenzungen zu schaffen, die die ersten Vermessungen und damit auch Maßnahmen der Walderschließung zur Folge hatten. Eine Urkunde des Erzbischofs Anton von Köln aus dem Jahre 1558 über die Bestätigung von „*Waldgerechtsamen*“ an die Gemeinden Kessenich, Dottendorf und Friesdorf führt erstmals die Notwendigkeit einer Vermessung im Kottenforst aus; die einzelnen Berechtigungen auf Bau- und Brandholz sollten nur unter der Bedingung, daß „*eine Vermessung der Büsche vorausgehe*“, neu geregelt werden²⁶⁷. Kartographische Aufzeichnungen aus dieser Zeit sind leider nicht überliefert, da ein großer Teil der Kartenwerke durch den Brand des kurfürstlichen Schlosses und die Zerstörung der Geheimen Registratur im Jahre 1777 vernichtet wurde.

Im Jahre 1715 erklärte der kurfürstliche Berater Nikolaus Cless in seinem Maßnahmekatalog „*zur Verbesserung des Zustandes der kurfürstlichen Wälder*“ die damit verbundene Ermittlung der Bestandesflächengrößen zur unverzichtbaren Voraussetzung. Die Hofkammer richtete daraufhin eine Vermessungsabteilung ein. Eine kolorierte Karte aus dem Jahre 1717 anlässlich einer Neuvermessung des „*Gelehnten Kottenforstes*“ durch den kurfürstlichen Landvermesser Quirinus

²⁶³ HSTA, Kurköln IV, 1261.

²⁶⁴ HSTA, Kurköln IV, 529.

²⁶⁵ HSTA, Kurköln IV, 434 von 1718: „... *der alte Kottenforst, welcher mit keinem Schlag Holz versehen, sondern aus einem abständigen Hochwald und einigen Rahmbüschen besteht*“.

²⁶⁶ Vgl. HILF, Der Wald S. 161.

²⁶⁷ HSTA, Kurköln IV, 544.

Rademacher ist das früheste erhaltene Kartenwerk aus dieser Zeit; die Vermessungsarbeiten dauerten fünf Tage und wurden von den Hofkammerräten Noyseux und Ahse abgenommen²⁶⁸. Die Flächengröße umfaßte 1134 Morgen zu rund 3170 qm. Nach Ankäufen durch die Hofkammer im Jahre 1747 wurde abermals eine Vermessung von dem kurfürstlichen Landvermesser Matthias Jung durchgeführt, nach der für den „*Gelehnten Kottenforst*“ eine Flächengröße von 1379 Morgen angegeben wird²⁶⁹. Die Vermessung der kurfürstlichen Büsche im Niederstift aus dem Jahre 1718 in den Ämtern Hülchrath, Liedberg, Rheinberg, Kempen, Linn, Kaiserswerth, Brühl und Lechenich ergaben eine Gesamtwaldfläche von 10575 Morgen. Die Waldfläche der Ville betrug 1515 Morgen und 52 Ruthen²⁷⁰.

Nicht nur aus der Sicht des Waldeigentums, sondern auch im wachsenden Bewußtsein einer schonenden Bewirtschaftung der Wälder gewann die Waldvermessung an Bedeutung. Die Buschkommission empfahl deshalb schon im Jahre 1742 im Zuge einer planmäßigen Bewirtschaftung des Kottenforstes, „*der Kottenforst müßte vermessen werden, um den jährlichen Ertrag feststellen zu können*“ (Bericht der Buschkommission an die Hofkammer vom 12. 10. 1742). Wie diese Ertragsmessungen vorgenommen wurden, wird nicht ausgeführt.

Grenzsicherungen und Limitengänge

Die Periode vom 16. bis 18. Jahrhundert hat bezüglich der älteren Formen der Grenzbezeichnung und der Grenzsicherung mehrfache Fortschritte und Veränderungen herbeigeführt. Solange weder öffentlich-rechtliche Herrschaftsbezirke (etwa Staaten, Gerichtsbezirke, Gemeinden) noch überhaupt der Grund und Boden zuverlässig vermessen in den Landkarten bzw. Katastern aufgenommen waren, kam den im Gelände angebrachten Grenzzeichen eine besondere Bedeutung zu²⁷¹.

Vor der Errichtung rechtlicher Grenzsteine aus Basalt und Trachyt seit dem 16. Jahrhundert dienten häufig langlebige Bäume als Markierung von Grenze und Bann. Bevorzugt wurden Hainbuche, Eiche und Winterlinde. Zur besseren Unterscheidung pflanzte man in einem mit Eichen vorwiegend bestandenen Wald Buchen oder Linden; wo hingegen die Buche überwog, dienten Eichen als Grenzbäume. Die Bäume zeigten und schieden die Grenzen und hießen daher im Volksmund „*Log, Logboom, Looscheid, Scheedboom*“ und „*Scheedstock*“²⁷². Im Jahre 1762 wurde bei der Verpachtung des „*Gelehnten Kottenforstes*“ noch die Bepflanzung mit Grenzbäumen vereinbart; dadurch sollten vor allem die Weidebezirke der berechtigten Gemeinden gekennzeichnet werden²⁷³. Einer der wenigen noch erhaltenen Grenzbäume ist die unter Denkmalschutz stehende „*Bannlinde*“ am Heimerzheimer Centweg. Der größte Teil dieser historischen Grenzzeichen ist

²⁶⁸ HSTA, Kurköln IV, 521.

²⁶⁹ HSTA, Kurköln IV, 431.

²⁷⁰ HSTA, Kurköln IV, 406.

²⁷¹ Zu Grenzrecht und Grenzzeichen s. KNAPP, Marksteine S. 1–45.

²⁷² ZERLETT, „*de Zänk ös op*“ S. 19 f.

²⁷³ HSTA, Kurköln II, 1639: § 7 Es „*sollen neue Lagbäume . . . jeden Dorfs beziern, als auch die Venner Wiese separieren, errichtet werden*“.

aus den verschiedensten Gründen (Neuvermessungen, Flurbereinigungen etc.) ein Opfer unserer Zeit geworden²⁷⁴.

Die kurkölnischen Forstordnungen beziehen sich ausführlich auf die Grenzsicherung der Wälder und stellen willkürliche Veränderungen der Grenzen unter hohe Strafen²⁷⁵. Unversteinte Grenzen waren anzeigepflichtig. Vielerorts wurden Waldgrenzen an Stelle von Marksteinen oder Grenzbäumen durch Gräben ausgewiesen²⁷⁶. Der „Große Kottenforst“ war vom „Gelehnten Kottenforst“ durch einen „Limitengraben“ getrennt.

Das Recht, die Forstmarkung vorzunehmen, wurde in der landesherrlichen Zeit als Zubehör zur forstlichen Obrigkeit betrachtet. Kurfürst Clemens August ließ deshalb im Kottenforst eine Vielzahl von Grenzsteinen zur Kennzeichnung der Banngrenzen der „Hohen Jagd“ und des kurfürstlichen Waldeigentums setzen²⁷⁷. Aber auch durch die „Polizey-Verordnung“ aus dem Jahre 1723 war jeder Waldbesitzer verpflichtet, seine Waldgrenzen zu „versteinen“²⁷⁸. Zur Besichtigung der Grenzen und zur Erhaltung der Grenzsteine wurden Grenzbezüge veranstaltet, die man „Augenschein“ oder „Limitengänge“ nannte. Sie fanden zu festen Terminen (z. B. beim Waldgeding) statt, konnten aber auch für die Setzung neuer oder entwendeter Steine angesetzt werden²⁷⁹. Handelte es sich um einen Gemeindewald, wurden auf dem Hochgeding die Limiten innerhalb eines jeden Dingstuhls verlesen. Nach den Forstordnungen mußten die Limiten jedes Jahr einmal begangen werden, was aber sehr oft unberblieb²⁸⁰. Die Be-

²⁷⁴ Die Beschreibung vieler heute noch vorhandener Grenzsteine ist ein Verdienst von Norbert Zerlett. Ein großer Teil der kurfürstlichen Grenzsteine ist durch Verbauung in der Hofmauer des Forsthauses Schönwaldhaus konserviert. S. N. ZERLETT, Grenzsteine im Kottenforst; in: Rhein. Heimatpflege NF 10, 1973, S. 17–28, hier S. 17. Zu den kurkölnischen Grenzsteinen allgemein s. KARL ERWIN FUCHS, Grenzsteine, Gütersteine aus Kurköln I und II, in: Annalen des Hist. Ver. für den Niederrhein 183, 1980, S. 201–261 und 185, 1982, S. 73–140, zum Bonner Raum HERBERT MÜLLER-HENGSTENBERG, Die Grenzsteine und Zeichen des alten Bonner Stadtbannes, in: Bonner Geschichtsbll. 31, 1979, S. 17–25, und: Kurkölnische Grenzzeichen in und um Bonn, ebda. 33, 1981, S. 81–88.

²⁷⁵ Polizeiordnung von 1723: „... befehlen Wir unter straff von 1000 Marck die ... Schnaden in ihrem unverrückbaren Standt zu belassen und zu halten, auch keine Veränderung darin vorzunehmen noch zu gestatten“ (SCOTTI, Nr. 358). Forstordnung von 1759, § 6: „Derjenige, welcher einen Markstein ausgrabet, oder verrucket, oder auch einen Laag-Baum umbauet, soll mit dem Stock-Haus auf ein halbes Jahr, oder auch nach Befinden am Leib schärfer gestrafet werden.“

²⁷⁶ Forstordnung von 1759, § 10: „Weilen auch verschiedene unserer Waldungen an statt Marksteinen, und Laag-Bäumen mit einem Graben umzogen, und dadurch abgemarket seynd, so sollen unsere Forst-Beamten besten Fleißes daran seyn, damit sothane Graben beständig offen gehalten werden.“

²⁷⁷ HSTA, Kurköln IV, 406 von 1742: „Mit der Steinsetzung im Kottenforst mußte fortgefahren werden, um die Grenzen eindeutig festzulegen.“ HSTA, Kurköln IV, 404 von 1733: „Sodann wird nochmal erinnert, ungefähr 31 oder 32 Grenzsteine zu setzen.“

²⁷⁸ Polizeiordnung von 1723, § 8: „Wan sich an einem Forst unversteinte Gränzen befinden, soll solches ohne Anstand von unseren Forst-Bedienten zu dem Forst- und Jagd-Amt, und von diesem unserer Hof-Cammer einberichtet werden, damit darauf eine ordentliche Versteinig- und Entscheidung vorgenommen werden möge“ (SCOTTI, Nr. 358).

²⁷⁹ HSTA, Kurköln IV, 431 von 1716/1721: Begehung der Limiten im Kottenforst.

²⁸⁰ Polizeiordnung von 1723: Es sind „Landscheidungen von Maahlen zu Maahlen ... jährlichst auf einen von Unseren Beamten ansetzenden Tag anzeigen“ (SCOTTI, Nr. 358).

gehung der Grenzen war ein hochfeierlicher Vorgang, an dem der Amtmann als Vertreter des Kurfürsten, der Vogt, der Gerichtsschreiber und die betroffenen Landsassen teilnahmen. Hierüber nahm der Gerichtsschreiber ein Protokoll auf, worin die Grenzen genau aufgezeichnet waren und auf jedem Hochgeding verlesen wurde²⁸¹. Die Formen der Grenzbezüge und der Grenzbeschreibungen sind aus dem Mittelalter, und zwar von den Markwaldungen seitens der landesherrlichen Forstverwaltungen, übernommen, aber den Bedürfnissen der neueren Zeit sowie den Anschauungen über die Forsthoheit entsprechend modifiziert worden.

Für den Kottenforst lag die Inspektion der Grenzen in Händen der Hofkammer, die, vertreten durch einen Hofrat, im Beisein der örtlichen Forstbeamten die Limitengänge in der Regel mit der allgemeinen Forstbesichtigung zusammenlegte. Die Häufigkeit der Forst- bzw. Grenzbesichtigungen ist auch ein Gradmesser für die zunehmende Intensität der Forstwirtschaft im 18. Jahrhundert.

Waldwegebau

Die planmäßige Erschließung des Kottenforstes wurde unter Kurfürst Clemens August durchgeführt, der mit der Erbauung des Jagdschlusses Herzogsfreude und der darauf ausgerichteten Anlage eines radialen Schneisensystems vor über 250 Jahren ein Wegenetz schuf, dessen Einteilung sich als Grundmuster einer einzigartigen Walderschließung bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Nicht forstliche Gesichtspunkte, sondern der Wunsch der standesgemäßen Bejagung des seinerzeitig reichen Rot- und Schwarzwildbestandes im Kottenforst bewogen den Kurfürsten zum Bau des aufwendigsten Jagdschneisensystems im Rheinland²⁸².

Die Grundlagen für den Bau der sternförmigen Gliederung von Wäldern entstammen der italienischen Renaissance, die in der machtvollen Übersteigerung des Barocks, insbesondere in Frankreich, ihre Fortführung fand. Um 1700 finden sich ähnliche Anlagen auch in anderen deutschen landesherrlichen Forsten, wobei ein Jagdschloß den architektonischen Mittelpunkt einnahm²⁸³. Bei der Aufteilung der Wälder in dieser Weise fand das barocke Gefühl der zentralen Macht der Fürsten durch den Eingriff in die natürlichen Gegebenheiten einer Landschaft und in ihre Formung nach ihren Vorstellungen repräsentativen Ausdruck.

Die Hauptwege bildeten „60 Fuß breite“ geradlinig verlaufende „Alleen“ bzw. „Bahnen“, die wegen der zu Vernässung neigenden Böden über deren Niveau angelegt werden mußten. Die Bauzeit der heute noch vorhandenen Jagdschneisen, die ehemals beim Jagdschloß Herzogsfreude²⁸⁴ zusammenliefen („Merler Bahn“,

²⁸¹ Vgl. auch J. BREMER, Das kurkölnische Amt Liedberg, Mönchengladbach 1930, S. 250 f.; KNAPP, Marksteine S. 1–45.

²⁸² Zur jagdtechnischen Funktion des Schneisensystems s. HOCKER, Jagdgeschichte S. 37 bis 39.

²⁸³ Vgl. die radiale Jagdanlage des Barocks bei Fürstenried (Bayern) in: H.E. PAPPENHEIM, Die Ursprünge der radialen Jagdanlage, in: Zschr. für Bayer. Landesgesch. 1938, S. 224 f.

²⁸⁴ Schloß Herzogsfreude: um 1757 nach Plänen von H. Roth für 80 000 Taler fertiggestellt. Im Jahre 1807 auf Veranlassung der französischen Besatzung abgebrochen. F. ENNEN und D. HÖROLDT, Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn³ 1976, S. 140, 176.

„Flerzheimer-, Dottendorfer- und Villiper Allee“) dauerte von 1727 bis 1756. Querwege, wie z. B. die „Venner Allee“, der „Jagd- und Rennweg“, verbinden die zuvor genannten Hauptwege untereinander und bilden mit ihnen kleine „Parforcejagdsterne“. Die längste Jagdschneise stellt die in nördlicher Richtung — durch die „Cent“ — verlaufende „Breite Allee“ dar, die eine Verbindung zum Jagdschloß Herzogsfreude in Röttgen und der Brühler Augustusburg herstellte.

Die Baukosten²⁸⁵ für diese im Rheinland beispielhaften Walderschließungsmaßnahmen waren für die damalige Zeit äußerst hoch; sie lagen bei weitem über den Planansätzen, so daß 1746 auf Befehl der Hofkammer Frondienstpflichtige zum Grabenziehen „zwecks Kostenersparnis für den Hof“ eingesetzt wurden²⁸⁶. Hinzu kamen die vielen Entschädigungsforderungen²⁸⁷, denn die Alleen verliefen zu einem großen Teil auch durch Privatwaldbesitz, wo sich der Kurfürst das Recht der hohen Jagd allein vorbehielt. In der Gesamtplanung der Erschließungsmaßnahmen erfolgte auch der Bau der Forsthäuser in der Venne (1728/29) und Schönwaldhaus (1730/31).

Erschwerend für die umfangreiche Erschließung des Kottenforstes erwiesen sich die zur Vernässung neigenden Böden und die temporäre Überflutung des Waldes nach hohen Niederschlägen, so daß parallel zu den Alleen zusätzliche Wassergräben gezogen wurden, die den Wegebau sehr verteuerten²⁸⁸. Nach französischem Vorbild wurden die Alleen spalierartig bepflanzt²⁸⁹. Sehr aufwendig gestalteten sich die Entwässerungsmaßnahmen in der „Cent“ im nördlichen Bereich des Kottenforstes, die im Zuge größerer Rekultivierungen durchgeführt wurden. Der Bornheimer Burgherr, Johann Jakob Freiherr von Waldbott, ließ auf seiner „Kleinen Cent“ schon vor 1736 im Abstand von drei bis vier Metern tiefe, schnurgerade Gräben auswerfen²⁹⁰.

²⁸⁵ HSTA, Kurköln IV, 446: Baukosten, Jahr 1755: Ausgaben für Wege und Abzugsgräben über 10000 Reichstaler, aber nur 211 Reichstaler Einnahmen aus Holzverkauf.

²⁸⁶ HSTA, Kurköln IV, 472.

²⁸⁷ HSTA, Kurköln II, 1641, 1644: Zahlungen, Entschädigungen, „Meckenheimer Allee“: 19 Betroffene, 288 Taler; „Adendorfer Bahn“: 35 Betroffene, 222 Taler. Die Entschädigungssätze richteten sich nach der Bodengüte (gut, halb gut, recht gut, mittelmäßig schlecht, wässrig) und bewegten sich zwischen 20 und 100 Talern pro Morgen.

²⁸⁸ HSTA, Kurköln IV, 486 von 1787: „Specificatio der auszuhebenden Wassergräben im Akkordlohn ... 1419 Ruthen zu 134 Reichstaler“.

²⁸⁹ HSTA, Kurköln IV, 487 von 1787: „Nach Anweisung der Hofkammer soll das Forstamt über den Zustand der weitlaufenden Alleen berichten ... die Alleen seyen so stark beschädigt, daß sie neu bepflanzt werden sollen wegen ahnsehnlichen Abbruch (Windbruch).“

²⁹⁰ Bornheimer Abgabenverzeichnis 1736, Blatt 115, Abschrift im Besitz von N. ZERLETT, vgl. DERS., „de Zänk ös op“ S. 35.

Ungedruckte Quellen

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf (HSTA/HStAD)

Kurköln IV: Hofkammer (Regalien [Forstsachen, Generalia] 1400–1794)

<i>Rheinisches Forstamt</i>	Nr. der Akte
Forstsachen, allgemein	401–408, 414, 431–434, 448, 1681–1683
Forstsachen, Verordnungen	409–430, 1679–1680
Holzausfuhr	435–436
Holzverkauf	437–450

Kellnerei Bonn

Forstsachen, allgemein	474–475
Verordnungen	475–476
Kottenforst	
Forstsachen, allgemein	477–511, 1259–1261
Eckerntrift und Weidgang	497–513, 544–558
Holzbeerbte	514–520
Gelehnter Kottenforst	521–528
Morenhovener Wald	529–536

Kurköln II: Erzstift, Verwaltung

Nr. der Akte

Forsten, Jagd, Marken

853, 887, 1355, 1629, 1635–1637, 1640–1647,
2044, 2048

Vgl. FR. W. OEDIGER (Bearb.), Das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und seine Bestände II: Kurköln, Siegburg 1970, S. 100 f., 134 f., 137 f.

Archiv des Rhein-Sieg-Kreises, Siegburg (ARSK)

Altes Archiv

Nr. der Akte

Handakte des Hofratspräsidenten Graf von Virmont

5

Die Waldungen des Erzstifts Köln

6

Vgl. R. THOMAS (Bearb.), Altes Archiv [Akten und Amtsbücher], Bonn-Siegburg 1977 (Quellen zur Gesch. des Rhein-Sieg-Kreises 6), S. 13–15.

Stadtarchiv Bonn (StAB)

Gräfl. Westerholtsche Akten

Nr. der Akte

Akten betr. den Kottenforst

I 1–2

Archiv der Münsterpfarre, Bonn

Archiv des ehem. Cassius- und Florentius-Stifts

Nr. der Akte

Waldordnung Pilgrims von Drachenfels

A 85 bzw. B 2/17

Burgarchiv Morenhoven (BAM)

Morenhovener Erbenwald

Nr. der Akte

Aufzeichnungen des Luther Hertzgen über die Rechte im Morenhovener Wald

196

Waldbuch der Morenhovener Gemeinde

195

Vgl. Ä. HANSMANN (Bearb.), Das Burgarchiv Morenhoven, Bonn-Siegburg 1976 (Quellen zur Gesch. des Rhein-Sieg-Kreises 4), S. 167–169.

Gedruckte Quellen und Literatur

Aufgeführt sind nur die mehr als einmal zitierten Werke.

- BAUER, E., Der Soonwald, Diss. math. nat. Freiburg i. Br. 1962.
- BERNHARDT, A., Geschichte des Waldeigentums, der Waldwirtschaft und Forstwissenschaft in Deutschland I–III, Berlin 1872–1875.
- BEYER, H. (Hrsg.), Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preuss. Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien I, Koblenz 1860.
- ELLENBERG, H., Vegetation Mitteleuropas mit den Alpen in ökologischer Sicht, Zürich 1978.
- ENDRES, M., Die Waldbenutzung vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts, Tübingen 1888.
- GRIMM, J., Weistümer, 7 Teile, 1840–1878, Nachdruck Berlin 1957.
- GRIMM, J. und W., Deutsches Wörterbuch, 16 Bde., Leipzig 1854–1960.
- HANSMANN, Ä. (Bearb.), Das Burgarchiv Morenhoven, Bonn-Siegburg 1976 (Quellen zur Geschichte des Rhein-Sieg-Kreises 4).
- HESMER, H., Wald- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Hannover 1958.
- HEUSGEN, P., Die Pfarreien der Dekanate Meckenheim und Rheinbach, Köln 1926 (Geschichte der Pfarreien der Erzdiözese Köln, NF 1).
- HILF, R. B., Der Wald. Wald und Weidwerk in Geschichte und Gegenwart I, Potsdam 1938.
- HOCKER, R., Zur Jagdgeschichte der Kurfürsten von Köln, in: Bonner Geschichtsblätter 23, 1969, S. 23–50.
- HÖROLDT, D., Tausend Jahre Kottenforst, in: Godesberger Heimatblätter 11, 1973, S. 125 bis 142.
- KNAPP, Th., Über Marksteine und andere Grenzbezeichnungen, in: K. S. BADER (Hrsg.), Beiträge zu Rechtsgeschichte und rechtlichen Volkskunde, Freiburg 1940, S. 1–45.
- KRAHL-URBAN, J., Die Eichen. Forstliche Monographie der Trauben- und Stieleiche, Hamburg 1959.
- KRUDEWIG, J., Der Königsforst bei Köln, in: Jahrb. des Köln. Geschichtsver. 2, 1913, S. 35–52, und 3, 1916, S. 61–87.
- LACOMBLET, Th. J., Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, 4 Bde., Düsseldorf 1840–1858, Nachdruck Aalen 1960.
- LACOMBLET, Th. J., Archiv für die Geschichte des Niederrheins, 7 Bde., Düsseldorf 1832 bis 1870.
- LAMPRECHT, K., Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des platten Landes aufgrund der Quellen zunächst des Mosellandes, 3 Bde., Leipzig 1885–1886.
- MAASSEN, G. H., Geschichte der Pfarreien des Dekanates Bonn, 2. Teil: Land, Bonn 1899 (Geschichte der Pfarreien der Erzdiözese Köln 5).
- MANTEL, K., Forstwissenschaft, Bio- und Bibliographie, Forstgeschichte, in: DERS.: Gesammelte Aufsätze III, 1974, S. 175–308.
- MANTEL, K. und J. PACHER, Forstliche Biographie vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart I, Hannover 1976.
- PACHER, J., Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Forstwirtschaft und den Veränderungen der Staatswirtschaft sowie der Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland, Diss. nat. math. Freiburg i. Br. 1964.
- SCHMITHÜSEN, H., Der Niederwald des linksrheinischen Schiefergebirges, Bonn 1934 (Beitr. zur Landeskunde 1).
- SCHORN, H., Zur Geschichte des Landgerichts Bonn, Bonn 1950.
- SCHWAPPACH, A., Handbuch der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands, Berlin 1886 bis 1888.
- SCOTTI, J. J. (Hrsg.), Sammlung der Gesetze und Verordnungen . . . Churfürstenthum Cöln 1463–1816, 4 Bde., Düsseldorf 1830–1831.
- TEN CATE, C. L., Wan god mast gift . . . Bilder aus der Geschichte der Schweinezucht im Walde, Wageningen 1972.
- VAN REY, M., Morenhoven in kurkölnischer Zeit, in: Morenhoven. Untersuchungen zur Geschichte eines rheinischen Dorfes. Festschrift zur historischen Feier „Morenhoven — mehr als 1000 Jahre“, Swisttal-Ludendorf 1980, S. 15–51.
- WESSLING, W., Das Jagdprivileg Kaiser Otto II. für die Kölner Domkirche aus dem Jahre 973, in: Zschr. für Jagdwiss. 19, 1973, S. 98–109.

- WIEDEMANN, A., Geschichte Godesbergs und seiner Umgebung, Godesberg ²1930, Nachdruck Frankfurt 1979.
- WISPLINGHOFF, E. (Bearb.), Urkunden und Quellen zur Geschichte von Stadt und Abtei Siegburg I, Siegburg 1964.
- WISPLINGHOFF, E. (Bearb.), Die Benediktinerabtei Siegburg, Berlin – New York 1975 (Germania Sacra NF 9 : Die Bistümer der Kirchenprovinz Köln. Das Erzbistum Köln 2).
- ZERLETT, N., „de Zänk ös op!“ Geschichte und Bräuche des Vorgebirgswaldes, Alfter-Olsdorf 1957.
- ZITZEN, E., Scholle und Strom. Rheinischer agrargeschichtlicher Wortschatz, NF 5 : Tiere und Forsten, Bonn 1960.